

Editorial

Das terroristische Attentat vom 11. September bestätigt eine Diagnose, die Hans Magnus Enzensberger schon vor einem halben Jahrzehnt formulierte: Der klassische Krieg wird durch »molekulare Gewalt« ersetzt. Gerade deshalb ist es so unsinnig, von »Krieg« zu reden. Natürlich wissen alle halbwegs nüchternen Beobachter, warum George W. Bush solche Worte wählte: Er wollte die Hilflosigkeit bemänteln, in der er sich – als mächtigster Mann der Welt – befand. Wobei man ihm diese Hilflosigkeit nicht entgegen halten kann; gegenüber Selbstmordattentätern, Briefumschlägen mit Milzbranderregern und Sarindämpfen in U-Bahnen ist jeder hilflos, jedenfalls im Augenblick des Anschlags. Nur nachhaltige Politik kann solche Attacken aus dem Hinterhalt eindämmen. Wir alle hoffen, dass die amerikanische Politik die kalte, aufs Langfristige zielende Entschlossenheit bewahrt, die sie in den ersten vier Wochen nach dem Attentat auf das World Trade Center und das Pentagon zeigte.

Unsere Zeitschrift ist eine Plattform fürs kontroverse Zeitgespräch. Konformistische Medien gibt es genug. Deswegen sind die Beiträge von Karsten D. Voigt, Oliver Thränert, Ludwig Watzal, Jochen Thies und Klaus Faber höchst unterschiedlich. Thränert zum Beispiel plädiert, gerade nach dem Schock der terroristischen Angriffe, für die amerikanischen Pläne für ein Raketen-schild, Watzal dagegen. Voigt ist weiß Gott ein Freund Amerikas; das berechtigt ihn aber umso mehr, die Supermacht darauf zu stoßen, dass sie ihre Alliierten konsultieren sollte. Faber ist sehr für den universalistischen Grundgedanken eines Internationalen Gerichtshofs, spießt aber den propagandistischen Missbrauch von Menschenrechtsanklagen ohne diplomatische Vorsicht auf. Wir wollen mit den schwachen Kräften einer Kulturzeitschrift den Kampf gegen den Terrorismus nachhaltig unterstützen; aber nicht um den Preis der Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Wer jede Art von Kritik an den USA zum Anti-amerikanismus und jede Art der Kritik an der israelischen Politik zu Antisemitismus erklärt, ist unser Gegner.

Die Programmdebatte der SPD geht weiter; wir leisten dazu unseren Beitrag, und zwar durch zugespitzte Essays zur »Global Governance«, zur Gerechtigkeitsdebatte und zum Gleichheitsbegriff. Gibt es »gerechte Ungleichheiten«? Starrt irgend jemand von Bedeutung in der SPD »nur auf jene 10 bis 15%, die das Milieu der jungen aufstiegsorientierten Menschen mit Ellbogenmentalität umfasst« (Heinz Thörmer)? Gelegentlich – beim Gesetz über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse oder bei der Verweigerung einer Deregulierung des Arbeitsmarkts – hat man eher den Eindruck, dass die SPD nach wie vor auf die Gewerkschaften starrt, nicht auf die »neue Mitte«, den Sauerteig der digitalen Ökonomie. Die Programmkommission sollte diese Debatte mit der radikalen Offenheit führen, die zwischen Bernstein und Kautsky üblich war. Nichts schlimmer als Formelkompromisse.

Jochen Thies schreibt nach dem 11. September: »Die Bundesrepublik muss sich auf weitaus höhere Verteidigungslasten einstellen«. Ohne Schadenfreude stellen wir fest: Das sagen wir (übrigens gemeinsam mit unserem Autor Thies) schon lange.

Noch eine Anmerkung zu unserem letzten Heft: Durch ein Versehen fehlte im Beitrag von Heinz-Jürgen Axt eine wichtige Fußnote zum Begriff »Republik Mazedonien«: »Im Folgenden wird die Kurzform »Republik Mazedonien« benutzt, wohl wissend, dass die im Sprachgebrauch der Vereinten Nationen übliche Schreibung »Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien« ist.« Wir bitten den Autor um Nachsicht und holen dies an dieser Stelle nach.

PETER GLOTZ

Editorial

Aktuelles

- 645 MANFRED GÜLLNER
**Die Parteien nach
der Hamburger Bürgerschaftswahl**

- 647 THOMAS LAZAR
**Die neue Biologie und die
Zukunft des Menschengeschlechts**

Das Thema: Globale Sicherheit

- 651 KARSTEN D. VOIGT
**Keine Schlupfwinkel
mehr für Terroristen**

- 654 OLIVER THRÄNERT
**Nach dem Terror:
Ein Schutzschild bleibt notwendig**

- 657 LUDWIG WATZAL
Kritische Fragen an die US-Nahostpolitik

- 660 JOCHEN THIES
**Der Quantensprung in der
deutschen Außenpolitik**

- 663 KLAUS FABER
Grundregeln einer künftigen Weltordnung

Texte zur Programmdebatte

- 669 FRANZ NUSCHELER
Global Governance

- 673 BIRGIT MAHNKOPF
Irrwege in der Gerechtigkeitsdebatte

- 677 HEINZ THÖRMER
Was meint Gleichheit heute?

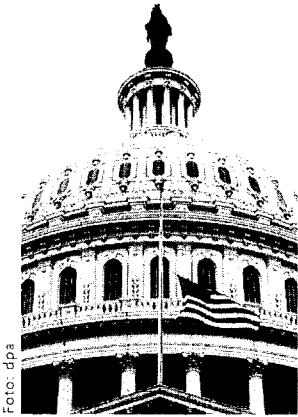
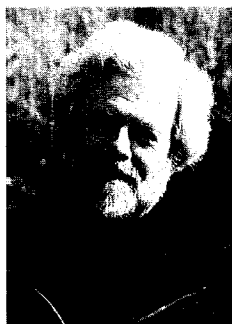


Foto: dpa

Wir diskutieren die
außen- und sicher-
heitspolitischen
Konsequenzen des
September-Infernos
in den USA.



Im Gespräch über
Neue Medien mit dem
Medienwissenschaftler
Jochen Hörisch.

Kultur & Medien

- 681 WIELAND FREUND
**Den Krieg herbei reden.
Die Sprache der Mediengesellschaft**
- 683 KLAUS HARPPRECHT
**Die Glosse:
Goldene Distel für Gaus**
- 684 GESPRÄCH MIT JOCHEN HÖRISCH
**»Neue Medien machen
alte nicht überflüssig«**

Berliner Facetten

Lokalitäten

- 689 CLAUDIA GLIEMANN
**Das Jüdische Museum
soll auch in die Zukunft weisen**

Die Reportage

- 692 DOROTHEE KNAB
»Topographie des Terrors«

Dokumentation

- 695 HARRY RISTOCK
Der Sozialismus hat Zukunft!

Kritik

- 697 DIERK SPREEN
Nachdenken über Krieg
- 699 JOHANO STRASSER
**Die Revolution hält nicht,
was sie verspricht**
- 700 ULRICH ROSENBAUM
**Nur ein neugieriger Journalist
ist ein guter Journalist**
- 703 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN
- 704 IMPRESSUM

Titelfoto: dpa



Foto: Stephan Falk

Am 1. Oktober präsentierte »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« ihr Griechenland-Heft zur Frankfurter Buchmesse. Im Konferenzsaal der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierten Medienstaatssekretär Jannis Nikolaou und der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen. Es moderierte Norbert Seitz.

MANFRED GÜLLNER

Gnadenlose Verwirrung

Die Parteien nach der Hamburger Bürgerschaftswahl

Alle Parteien zeigten sich nach der Stimmenauszählung der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am Abend des 23. September 2001 konsterniert darüber, dass die politische Gruppierung des »Richters Gnadenlos«, Ronald Schill, über 165.000 Stimmen erhalten hatte. Dabei konnten sie nicht davon überrascht sein, dass Ronald Schill von so vielen Wählern gewählt worden ist; denn alle Umfrageinstitute, die in Hamburg im Vorfeld der Wahl tätig waren, hatten übereinstimmend signalisiert, dass Schill auf Anhieb rund 15 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichen würde (die Differenz zwischen diesen Vorhersagen vor der Wahl und dem tatsächlichen Wahlergebnis von über 19 Prozent rührt daher, dass die früheren rechtsradikalen Wähler der DVU und Republikaner, die so gut wie alle zu Schill gewandert sind, sich entweder nicht befragen lassen oder sich nicht offen zu ihrer Wahlabsicht bekennen).

Vor allem die SPD hatte Schill in ihren Wahlkampfplanungen ursprünglich völlig ausgeblendet. Gestützt auf Untersuchungen jener Institute, derer sich die SPD bei Wahlen regelmäßig bedient, ging die SPD von einem Stimmenanteil von 40 Prozent (also einem Zuwachs im Vergleich zu 1997) aus und glaubte, Schill sei allein ein Problem für die CDU. Ähnlichen Fehleinschätzungen unterlag die SPD allerdings schon in der Vergangenheit – so z.B. 1989, als in einem Papier der Strategen des damaligen Erich-Ollenhauer-Hauses propagiert wurde, die rechtsextremen Republikaner könnten ruhig stark werden, das schade ausschließlich der Union und nütze insofern der SPD. Abgesehen davon, dass eine solche Position für eine Partei wie der

SPD zutiefst unmoralisch ist, war die Annahme auch schlicht falsch; denn von den Republikaner-Wählern bei der Europawahl 1989 und den nachfolgenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen kamen rund 40 Prozent von der SPD.

Bei Schill ist es nicht anders: Er erhielt Zulauf von den eher rechtsorientierten Randwählern aller Parteien – auch von denen der SPD. Als diese in Hamburg die Gefahr erkannte und ihr im Frühjahr und Frühsommer klar wurde, dass sie Stimmen verlieren könnte, ersetzte sie den erfolg- und glücklosen Innen senator Wrocklage durch Landeschef Olaf Scholz. Allerdings geschah dies zu spät, um die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse der Hamburger Wahlbürger noch entscheidend beeinflussen zu können; denn über dreieinhalb Jahre hatte die SPD die gelbe Karte, die ihr die Wähler schon vier Jahre zuvor auf dem Feld der inneren Sicherheit gezeigt hatten, ignoriert. Folgerichtig nannten im März dieses Jahres schon 34 Prozent aller Hamburger auf die Frage nach dem größten Problem in der Stadt – die Kriminalität. Bis Anfang September kletterte dieser Anteil auf 48 Prozent. Zwar wurde registriert, dass Olaf Scholz Änderungen bewirkte, doch werteten dies viele eher als opportunistische Wahltaktik ohne Nachhaltigkeit für die Zeit nach der Wahl. Alle durchaus sehenswerten Leistungen und Erfolge des Senats auf anderen Politikfeldern wurden durch das Problem »innere Sicherheit« überlagert und deshalb kaum zur Kenntnis genommen.

Schills Erfolg hat also mit den Terroranschlägen in den USA nichts zu tun, sondern ist auf ganz spezifische Hamburger Konstellationen zurückzuführen. Ohne die Terroranschläge hätte Schill sogar noch günstiger abgeschnitten; denn mehr potenzielle Anhänger der SPD und der CDU wären am 23. September 2001 nicht zur Wahl gegangen, wenn die Ter-



Hamburger Bürgerschaftswahl. Der Sieger posiert ganz rechts.

rorakte nicht doch wieder alte Loyalitäten zu den beiden großen Parteien erweckt hätten. Die Wahlbeteiligung wäre entsprechend gesunken und Schills 165.000 Wähler hätten dann nicht 19 Prozent, sondern (z.B. bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent) 23 Prozent der abgegebenen Stimmen ausgemacht.

Nun hoffen viele, das Phänomen Schill würde sich wie bei früheren Protestgruppierungen (z.B. der STÄTTPARTEI von 1993) am Ende der Legislaturperiode von selbst erledigen. Doch es könnte auch anders kommen: Bei einer eher schwachen CDU, einer ebenfalls schwächlichen FDP und einer angeschlagenen SPD könnte sich Schill durchaus als charismatischer Kopf bewähren und nach zwei oder drei Jahren zum Haider des Nordens mutieren; denn das Potenzial für eine Schill/Haider-Partei ist prinzipiell auch in Deutschland vorhanden.

Ein Blick auf die Ergebnisse der niedersächsischen Kommunalwahlen vom 9. September 2001 (das dann durch die Terroran-

schläge in den USA am 11. September schnell in Vergessenheit geriet) zeigte im übrigen ja auch den Unmut vieler Bürger über den Zustand der Parteien (insbesondere den der SPD) vor Ort. Wenn in Hannover, Braunschweig oder anderen Städten rund die Hälfte aller Wahlberechtigten nicht zur Wahl gingen, kann man sich unschwer ausmalen, welche Chancen ein Schill oder ein Haider in diesen Städten gehabt hätte – wenn es denn jemanden gegeben hätte. In Niedersachsen hätte eine Schill-Partei vor Ort zwar nicht mit einer populistischen Zuspitzung auf das Problem innere Sicherheit Stimmen sammeln können (weil in keiner deutschen Großstadt auch nur annähernd so viele Bürger wie in Hamburg in der Kriminalität das größte Problem sehen), aber jemand, der sich der Verkehrs- oder Bildungspolitik vor Ort so wie Schill der Kriminalität in Hamburg angenommen hätte, hätte in vielen Städten vom Unmut der Bürger darüber, dass zwar Geld für die Farben

für das Bemalen von Straßen, aber nicht für den Anstrich in den Schulen ausgegeben wurde, profitieren können.

Wie tief die Kluft zwischen der Schröder-SPD, die man 1998 gewählt hat und wahrscheinlich auch 2002 wieder wählen wird, und der SPD vor Ort ist, zeigt sich im übrigen ein weiteres Mal auch in Hamburg: Wäre am 23. September eine Bundestagswahl gewesen, dann hätten sich nicht nur 36 Prozent, sondern 46 Prozent der Wähler für die SPD entschieden. Die SPD-Strategen wären also gut beraten, nicht über angebliche Mobilisierungsdefizite der SPD-Stammwähler in Bezug auf die Wahl von Schröder zu lamentieren, sondern einmal den Ursachen nachzugehen, warum Schröder, aber vielerorts nicht die lokale SPD für wählbar gehalten wird.

Verwirrung nach Hamburg auch bei den GRÜNEN: Wieder mehren sich die Stimmen, die ein Überleben der GRÜNEN nur mit »grünern«, also einer eher rückwärts orientierten Politik der grünen Partei für möglich halten. Dabei wird übersehen, dass die meisten Anhänger der GRÜNEN ihren Lebensstil so geändert haben, wie es mit Joschka Fischers Outfit-Wandel symbolisiert wird. Zwar gibt es keine »grüne« Außenpolitik, mit der man grüne Wähler zur Stimmabgabe motivieren könnte. Aber Fischer als Außenminister ist unabhängig von politischen Inhalten für die »etablierten« GRÜNEN die Personifizierung ihres eigenen, individuellen Wandlungsprozesses und der kollektiven gesellschaftlichen Veränderungen, denen die GRÜNEN auch in ihrer Politik Rechnung tragen müssen. Fischer steht mit seiner Person für die widerspruchsfreie Integration bürgerlichen Seins und grünen Bewusstseins. Man hat – individuell und kollektiv – Karriere gemacht und nutzt die Privilegien der bürgerlichen Gesellschaft, die man dennoch wie in der Anfangszeit der GRÜNEN kritisiert. Diese grüne Symbiose von bürgerlichem Unterbau und von grünem Überbau schweißt die GRÜNEN mehr zusammen, als alle politischen Kontroversen um Atomenergie und militärische Aktionen der Bundeswehr.

Zudem differenzieren nach der Beteiligung an der Bundesregierung nunmehr auch die Anhänger der GRÜNEN stärker als früher zwischen den verschiedenen Politikebenen. Dabei ist die lokale Politikebene den GRÜNEN (die ohnehin schon immer eher kosmopolitisch orientiert waren) weniger wichtig geworden als die Ebene der Bundespolitik. Bei der Bundestagswahl 2002 dürften die GRÜNEN deshalb ihre Anhänger (ähnlich wie die SPD ihre Anhänger) besser zum Gang zur Wahlurne bewegen können als bei regionalen Wahlen.

THOMAS LAZAR

Die neue Biologie und die Zukunft des Menschengeschlechts

Der Mensch kam aus Afrika. Doch wohin wird sein Weg führen, den er mit Hilfe eben der Wissenschaft, die ihm über seinen Ursprung Auskunft gegeben hat, geht? Säht er mit Hilfe der von ihm selbst erdachten Techniken an dem Ast, auf dem er von Natur aus sitzt, oder schwingt er sich mit ihrer Hilfe auf zu neuen, nie gekannten Höhen?

Noch bevor es überhaupt begonnen hatte, ist das 21. Jahrhundert bereits enthusiastisch als das Jahrhundert der Biotechnologie proklamiert worden. Kaum dass es angebrochen ist, lassen die rapiden Fortschritte in den biomedizinischen Fächern erahnen, welche Möglichkeiten die folgenden Jahre und Jahrzehnte bringen werden, und welche schwer wiegenden Probleme und Entscheidungsnotwendigkeiten in ihrem Gefolge zu bewältigen sein werden. Die heftig und hitzig diskutierten Fragen dulden keinen Aufschub, kann es doch als gewiss gelten, dass der fortschreitende Erkenntnisgewinn, und somit letztendlich auch die Umsetzung des Verstehens in praktische Nutzenanwendung, so unstet und unberechenbar er ist, doch genauso unvermeidlich sein wird.

Das (laute) Nachdenken über unser Tun und seine den Urgrund des Menschseins

berührenden Konsequenzen ist sicher notwendig. Der gesellschaftliche Diskurs kommt beinahe schon ein wenig zu spät. Die öffentliche Diskussion bis hinein in die Kreise der politischen Entscheidungsträger hat auf sich warten lassen, bis die technischen Möglichkeiten da waren. Wenn sie aber einmal da sind, wer wird dann ihre Anwendung aufhalten? Das Machbare auch zu machen reizt aus den verschiedensten Antrieben – wohlmeinenden wie egoistischen – heraus. Das Tempo des Erkennens und Verstehens wird sich gegenüber dem heute schon schwindelmachenden eher noch beschleunigen. Und der Zugewinn an Verständnis, was der Mensch ist, bringt – mindestens mittelbar – die Möglichkeit immer tiefgreifenderer Manipulation am konkreten Objekt der anfänglich abstrakt gewonnenen Erkenntnis.

Das Dilemma der politisch-gesellschaftlichen Diskussion um die moderne Biologie ist ein zweifaches: erstens zwingt die unerbittliche normative Macht des Faktischen den Diskurs zu einem Tempo, das ihm nicht zuträglich ist. Um die Implikationen – die Gefahren ebenso sehr wie die Chancen – der »Biotechnologie des Menschen« zu erfassen und zu evaluieren, braucht es Zeit – Zeit der Reflexion, ja Zeit der Muße. Diese jedoch ist uns nicht gegeben! Der zweite Hemmschuh der glücklicherweise nunmehr von allen gesellschaftlichen Gruppen geführten Auseinandersetzung ist die Internationalität der Forschung. Die Forschung war ein weltumspannendes Unternehmen, lange bevor der erste *global player* auf dem Börsenparkett erschien. Was, so mag man so boshaft wie zu Recht fragen, bringt eine durch Länder-, Kultur- und Sprachgrenzen eingepferchte Diskussion? Eine altbekannte, allfällige Rechtfertigung der Wirtschaft greift: Wenn wir es nicht machen, machen es andere.

Die gezielte Veränderung des menschlichen Erbgutes wird kommen. Den genauen Zeitpunkt anzugeben und das genaue Ausmaß, in dem dies möglich sein wird, ist unmöglich. Die Zukunft ist offen. Aber darauf zu setzen, dass es passieren wird, ist eine

sichere Wette. Der Mensch wird nicht bleiben, was er ist! Leben ist seiner Natur nach dynamisch. Der Mensch als Art hat sich entwickelt. Jedes Kind lernt in der Schule, dass der Mensch vom Affen abstammt. Diese Vorfahren des Menschen sind ausgestorben wie viele andere Lebewesen, die die Erde einst bevölkert haben. Auch (oder gerade dann?) wenn der Mensch nicht aktiv in sein eigenes biologisches Schicksal eingriffe, wäre kein Grund erkennbar, warum ausgerechnet unsere biologische Art stabiler als andere vor ihr sein und (wenn schon nicht als Individuum, so doch als Gemeinschaft) das »ewige Leben« haben sollte. Täten wir nichts, würden wir in einigen Jahrhunderttausenden die Art *Homo sapiens* (Mensch) kaum wiedererkennen. Die »Menschen« der Zukunft wären so weit von uns entfernt wie es der Urmensch ferner Vergangenheiten ist. Nun beginnt der Mensch der Gegenwart zu verstehen, was und woraus er gemacht ist und wie er funktioniert. Und er beginnt, sein innerstes, sein angeborenes Wesen, zu verändern.

»Und wieso auch nicht?«. Die ketzerische Frage sei erlaubt, was der eigentliche Grund für die Heftigkeit der geführten Diskussion um das Klonieren und – in der Zukunft – gentechnische Verändern von Menschen ist. Wir wissen um die Vergänglichkeit jedes Einzelnen wie auch um die Vergänglichkeit von Gesellschaften und schließlich die ganzer biologischer Arten. Der von uns selbst betriebene Raubbau an der Natur mit dem damit einhergehenden Artensterben legt beredtes Zeugnis ab von der Fragilität des Lebendigen, von der auch der Mensch nicht ausgenommen ist. Ist nicht die Opposition gegen pränatale Diagnostik, Gentherapie, oder was auch immer Gegenstand der aktuellen Debatte gerade ist, unabhängig von der weltanschaulichen Ausrichtung der rhetorischen Kombattanten, im höchsten Maße konservativ? Über der Diskussion schwebt, unsichtbar, aber immerwährend, das christliche Menschenverständnis des mitteleuropäischen Kulturkreises.

Verlogener Widerstand?
Greenpeace protestiert
vor der Berliner Dienst-
stelle des Europäischen
Parlaments (EPA)
für eine Limitierung bei
Genpatenten.



Foto: dpa

Der Mensch aber, so hat uns die Wissenschaft in einem intellektuellen Befreiungsschlag bewiesen, ist nicht das Fleisch gewordene Ebenbild eines höheren Wesens. Der Mensch ist fehlbar und fehlerhaft. Als der biologischen Evolution entsprungenes Wesen ist *Homo sapiens* so perfekt oder mangelhaft wie alle anderen Tierarten. Angepasst war der Mensch an den Lebensraum, dem er entstammt. Heute verändert er seine Umwelt, aber sein Innenleben ist dasselbe wie das seiner Ahnen, als sie die afrikanische Wiege vor mehr als hundert Jahrtausenden verließen.

Das Schreckgespenst einer gezüchteten Superrasse

Von dem unvermeidlichen Mangel an Perfektion künden nicht zuletzt durch Vererbung an die nächste Generation weitergetragene, zum Teil schwere, Krankheiten. Trotz der in unserem Kulturraum allgemein verbreiteten Kenntnis um die Evolution des Lebendigen wird die Diskussion um gezielte Eingriffe ins menschliche Erbgut immer noch vor dem Hintergrund eines im Grunde überholten Menschenbildes geführt. Die konservativen Gezeitenkräfte der kulturellen Tradition haben es bis heute verhindert, dass das rationale, wissenschaftliche Bild die überkommene mythologische Sichtweise voll-

ständig ersetzen konnte. Damit soll nicht bewertet sein, ob das gut ist oder schlecht. Die wissenschaftliche Erkenntnis ist universell, ihre Anwendungen werden deshalb ebenso global gleichartig ausfallen. An welcher Richtschnur soll nun aber das Erlaubte vom Machbaren geschieden werden? Eine interessante, aber in Deutschland bis dato ebenfalls noch nicht gestellte Frage ist die, wie Kulturkreise mit einem anderen philosophisch/religiösen Hintergrund sich der Probleme der Human-genetik des 21. Jahrhunderts annehmen, ja, ob es nicht Länder oder Systeme gibt, in denen das sich immer weiter ausdehnende Machbare gar nicht als Problem stellt? Oder Länder, in denen ganz andere Probleme viel dringlicher sind?

Eine oft genug übersehene Tatsache ist, dass die Diskussion um künstliche Befruchtungsmethoden, Gentests und die Menschenvermehrung durch Klonieren das Problem einer Minderheit, namentlich der Bewohner der reichsten Regionen des Planeten ist. Die Frage z.B., ob wir die Gentechnik in der Medizin wirklich brauchen, ist nur vor diesem ökonomischen Hintergrund überhaupt zu diskutieren.

In wenigen Fällen kann eine Krankheit an der Wurzel gepackt und wirklich geheilt werden. Dies gilt zuvorderst für eine Reihe (aber

beileibe nicht alle) Infektionskrankheiten, die durch Impfung verhindert oder durch Antibiotika beseitigt werden können. Ein entzündeter Blinddarm oder Gallensteine können operativ entfernt werden. Die Erforschung der Krankheitszustände wie die Erforschung des menschlichen Erbgutes schlechthin förderte und fördert aber eine erdrückende Beweislast zu Tage, dass die Empfänglichkeit für alle möglichen Krankheiten – wenn auch nicht ausschließlich so doch maßgeblich – von der schicksalhaft zugeteilten Erbmasse mitbestimmt wird. Bislang steht die Korrektur solchermaßen ererbter Defekte noch in den Sternen. Eines schönen Tages wird es aber zweifelsohne irgendeinem Forscherteam gelingen, das Kunststück zu vollbringen. Was dann aus dem Menschen werden wird ... ?! Sicher absehbar ist jedoch die Konsequenz der symptomorientierten Medizin: die Zahl der genetischen Defekte wird von Generation zu Generation ansteigen. In dem Maße, in dem die angesammelten erblichen Schäden zunehmen, wird die genetische Qualität der Menschheit zurückgehen, weil es keinen natürlichen Selektionsdruck mehr gibt. Will man die Menschheit vor dem genetischen Verfall bewahren, ohne zum unerbittlichen Prinzip des Überlebens der Stärksten zurückzukehren, scheint ein Einsatz gezielter Gen-Reparatur durch gentechnische »Operationen« beinahe unvermeidlich.

Dieses Szenario stellt sich in den Köpfen vieler als Horrorstimmung dar. Die Zucht einer Superrasse wird als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Davor Angst zu haben, verbietet sich eigentlich aus zwei Gründen. Der erste, seiner Natur nach ein technischer, ist die Gewissheit, dass mit Veränderungen an einem oder wenigen Genen nicht die spektakulären Effekte auftreten werden, die manche erwarten und noch mehr befürchten. Tausende andere Erbfaktoren und nicht zuletzt auch die Umwelt reden bei der Menschwerdung des Individuums mit. Gerade bei der für das Menschsein so unersetzlich wichtigen Entwicklung des Gehirns – also

von Verstand und Wesen des Menschen – spricht die Umwelt jenseits der Gene ein gehöriges Wort mit. Und Gehirne werden heute schon manipuliert. Ideen werden eingepflanzt, Werbefachleute und andere Demagogen waschen unser aller Gehirne unablässig. Gegen die Manipulation der Gene läuft man Sturm, die Manipulation von Meinungen und Weltbildern ist in ihrer Alltäglichkeit nicht einmal einen Nebensatz wert. Gene sind fraglos wichtig; aber sie sind nicht die ganze »Miete«.

Andere sehen gar die Gefahr einer Aufspaltung der Menschheit in zwei oder mehr verschiedene Typen, in eine Art überlegene, genetisch verbesserte Herrenrasse, die sich die »Nichtmanipulierten« als Arbeitstiere hält. Was wäre daran prinzipiell anders als die Sklavenhaltung vergangener Jahrhunderte oder die Ausbeutung der sich plagenden Massen durch Konzernbosse und Großaktionäre heutzutage? Schwere soziale Ungerechtigkeiten bestehen seit der Formation der ersten menschlichen Gesellschaft. Daran wird die moderne Genetik weder im Guten noch im Bösen etwas ändern. Von dieser Wissenschaft die Lösung aller, oder auch nur wesentlicher Menschheitsprobleme zu erwarten, hieße aber, sie maßlos zu überschätzen.

Der Mensch steht mit seinem nicht gegen eine andere Heimat eintauschbaren Planeten vor größeren Herausforderungen und Problemen als denen, die aus der Genomforschung bzw. deren Anwendung erwachsen. Die gezielte genetische Veränderung des menschlichen Genoms wird sich etablieren als ein Teil der medizinischen Praxis des 21. Jahrhunderts, und sie wird so selbstverständlich sein wie heute Herzoperationen oder Silikonimplantate. Denen, die es sich werden leisten können, werden die Methoden der modernen und der noch kommenden Medizin das Leben verbessern; für viele, und dies wird wahrscheinlich die Mehrzahl der Menschen auf diesem überbevölkerten Planeten sein, wird sich das in Deutschland diskutierte ethische Für und Wider aber nie stellen.

Das Thema: Globale Sicherheit

KARSTEN D. VOIGT
**Keine Schlupfwinkel
mehr für Terroristen**

Mit dem Fall der Mauer haben die Deutschen die Gefahren des Kalten Krieges hinter sich gelassen. Deutschland lebt nunmehr seit zehn Jahren zu Recht in dem Bewusstsein, zum ersten Mal seit Hunderten von Jahren nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein. Dieses Bewusstsein trügt nicht. Unsere Freude über neue Chancen hat uns jedoch den Blick für neue Herausforderungen getrübt. Die neuen Risiken gehen nicht von unseren unmittelbaren Nachbarn aus und gefährden doch direkt oder indirekt unsere Sicherheit. Diese Gefahren können die Auswirkungen von Krisen innerhalb Europas, wie auf dem Balkan, oder jenseits von Europa sein, oder auch neue Gefährdungen, die durch die weltweite Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen, von Drogen, Seuchen oder auch Terrorismus entstehen.

Der internationale Terrorismus steht zwar seit geraumer Zeit auf der Agenda von Polizei und Nachrichtendiensten, aber die Sicherheitspolitik konzentrierte sich weiterhin zu sehr auf Szenarien und Architekturen, die aus dem Zeitalter des Kalten Krieges stammen. Der 11. September 2001 hat diese Wahrnehmungen nachhaltig erschüttert. Unsere Anschauung von der Welt und die Welt selbst beginnen sich zu verändern. Die Terrorangriffe auf New York und Washington richteten sich gegen die USA als mächtigstes Symbol der demokratischen Wertegemeinschaft und damit auch gegen uns als Teil dieser Wertegemeinschaft. Die Angriffe waren so brutal und unmenschlich, dass sie gegen die ethischen Normen aller Religionen und Zivilisationen verstießen. Deshalb gilt es auch

eine gemeinsame Gegenstrategie zu entwickeln, die religiöse Grenzen überwindet und über das NATO-Bündnis hinausreicht.

Die Bundesregierung und die überwältigende Mehrheit des Bundestages haben den USA von Anfang an die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus zugesichert. Den USA gegen diese Bedrohung zur Seite zu stehen, gebieten nicht nur unsere Dankbarkeit für die Unterstützung durch die USA in den vergangenen fünfzig Jahren, sondern unser ureigenstes Interesse. Nur durch die Gemeinsamkeit im Handeln können wir Deutschland und Europa bei ähnlichen Herausforderungen schützen. Nur wer sich jetzt als Partner bewährt, wird sich, wenn er selber in Not gerät, darauf verlassen können, selbst Partner zu finden. Und Deutschland wäre im Falle derartiger terroristischer Angriffe noch mehr als die USA auf Solidarität, Unterstützung und Beistand angewiesen.

Mit ihrem Beschluss vom 12. September hat die NATO den Bündnisfall auf eine Situation bezogen, die völlig verschieden ist von der, die bei der Gründung der NATO für denkbar gehalten wurde. Dies ist ein weiterer Hinweis dafür, dass die vertraglichen Grundlagen des nordatlantischen Bündnisses, wie bereits nach dem Fall der Mauer, flexibel genug sind, um auf neue Herausforderungen schnell und effektiv zu reagieren.

Jedoch bleibt die transatlantische Solidargemeinschaft nur stabil, wenn alle zu engen Konsultationen bereit und zum Interessensausgleich fähig sind. Ein Bündnis demokratischer Nationen setzt voraus, dass die Führung der stärksten Bündnismacht von der Einsicht geprägt wird, dass der Gemeinsamkeiten im Handeln die Gemeinsamkeit im Beraten, also Konsultationen, vorausgehen muss. Partnerschaft setzt aber

auch voraus, dass die europäischen Verbündeten der USA als Partner handlungsrelevant bleiben, d.h. sie müssen über diplomatische, polizeiliche, nachrichtendienstliche und militärische Fähigkeiten verfügen, mit denen sie den neuen sicherheitspolitischen Gefahren entgegentreten können. Dies ist das wichtigste Ziel der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies muss auch eines der wichtigsten Ziele der Überprüfung unseres sicherheitspolitischen Instrumentariums nach dem 11. September sein.

Die Bevölkerung stellt zu Recht die Frage, wie wir in Zukunft derartige grauenhafte Anschläge verhindern können. Der internationale Terrorismus ist dabei zwar die akuteste, aber leider nicht die einzige dieser Bedrohungen. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologien, die Angriffe auf die Funktionsfähigkeit von Computersystemen, globale Seuchen wie AIDS und der internationale Drogenhandel sind weitere. Uns allen wird spätestens jetzt bewusst: Die Globalisierung und die technologische Revolution enthalten nicht nur große Chancen, sondern bergen auch neue Risiken.

Die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus wird einen langen Atem erfordern. Einerseits gehört dazu die Verfolgung und Bestrafung von Tätern, Gehilfen und Anstiftern. Terroristen dürfen nirgendwo in der Welt einen sicheren Schlupfwinkel mehr finden. Andererseits muss die Reaktion der NATO, der Mitgliedsstaaten der EU und in den VN ausschließen, dass die Gefährdung durch die Methoden ihrer Bekämpfung in anderer Gestalt wiederersteht. Wir müssen die Bedrohung auf allen Bereichen angehen: Politisch, wirtschaftlich, nachrichtendienstlich, polizeilich, wo nötig militärisch und auch durch eine Intensivierung unserer Dialoge mit der islamischen Kultur und Religion. Nur so wird es gelingen, Hass, Gewalt und Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Eine weltumspannende Koalition

Die Resolution des Sicherheitsrates der VEREINTEN NATIONEN vom 12. September stellt fest, dass er terroristische Angriffe, wie sie auf New York und Washington ausgeübt wurden, als Bedrohung des Internationalen Friedens und der Sicherheit ansieht. Vor dem Bild der Verwüstungen in New York und Washington geht diese Resolution zu Recht über frühere Resolutionen zum internationalen Terrorismus hinaus, weil sie terroristische Akte als Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit definiert und gegen derartige terroristische Angriffe ausdrücklich das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit der VN-Charta betont. Auch diejenigen, die Täter, Organisatoren und Sponsoren terroristischer Akte unterstützen, sollen nach Auffassung des VN-Sicherheitsrates zur Rechenschaft gezogen werden. Dies bedeutet eine Weiterentwicklung der bisherigen Interpretation des Völkerrechts.

Die VN sollten umgehend die bereits existierenden internationalen Anti-Terrorismus-Konventionen auf ihre Wirksamkeit, Vollständigkeit und Aktualität hin prüfen. Indien hat angeregt, eine »umfassende Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus« zu verabschieden, mit der Lücken der bestehenden Regelungen geschlossen werden können.

Diejenigen in Europa, die jeder militärischen Aktion gegen Terroristen skeptisch gegenüber stehen, sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Bush-Administration in diesen Tagen keineswegs zum Schnellschuss neigt, sondern sehr sorgfältig eine weltumspannende Koalition gegen den Terrorismus zu schmieden versucht, die zwar auch den Einsatz militärischer Mittel einplant, vor allem aber mit diplomatischen, polizeilichen und nachrichtendienstlichen Mitteln reagiert.

Alle Staaten der islamischen Welt – außer dem Irak – haben die Terroranschlä-



Foto: dpa

Terroristische Akte sind eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

ge von New York und Washington verurteilt. Viele von ihnen haben – wie wir – eigene Staatsangehörige unter den Opfern des World Trade Center. Manche von ihnen haben eigene, sehr schmerzvolle Erfahrungen mit dem Terrorismus. Zu dem Schock über die Angriffe kommt jetzt aber eine spürbare Sorge, dass Muslime und Araber pauschal mit Terrorismus in Zusammenhang gebracht werden, insbesondere weil die Spuren der Täter in die arabisch-islamische Welt weisen. Was dazu zu sagen ist, haben die verantwortlichen Politiker in den USA und in Europa gesagt: Dort Präsident Bush mit seinem Besuch einer Moschee und der Einladung des obersten Geistlichen der muslimischen Amerikaner zur nationalen Gedenkfeier, bei uns u.a. der Bundespräsident, der Bundeskanzler und der Außenminister.

Für eine langfristige Strategie zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus kommt raschen und sichtbaren Fort-

sritten bei der politischen Lösung des Nahost-Konfliktes eine Schlüsselrolle zu. Sie sind zwingend erforderlich, da Deeskalation gerade in einer so problembeladenen Zeit zugleich Prävention ist. Jede weitere Eskalation im Nahen Osten fördert die extremistischen Kräfte in der islamischen Welt.

Das Zusammenstehen in dieser schicksalhaften Stunde muss uns bewusst machen, dass unsere transatlantischen Gemeinsamkeiten essenziell, unsere Differenzen dagegen vergleichsweise geringfügig sind. In der jetzigen Krise bewährt sich die Gemeinschaft der europäischen und amerikanischen Demokratien. Solange Europa und Amerika ihre transatlantische Gemeinschaft zur fairen Partnerschaft auch mit anderen Regionen der Welt und auch für die Zusammenarbeit mit anderen Kulturen und Religionen bereit sind, werden wir gleichzeitig die Unterstützung vieler Staaten, Völker und Kulturen weit über die euro-atlantische Gemeinschaft hinaus erfahren.

Vor den mörderischen Terroranschlägen von Washington und New York wurden die amerikanischen Pläne zum Aufbau eines Raketenschutzschildes hierzulande kontrovers diskutiert. Auch in der NG/FH meldeten sich die Kritiker zu Wort. In der Ausgabe Juli/August 2001 schrieb der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Gernot Erler, die in Aussicht gestellte Raketenabwehr diene den USA vornehmlich dazu, ihre eigene Dominanz in einer neuen Weltordnung abzusichern. Der amerikanische Präsident Bush – so Erler – ersetze nur das alte Feindbild der Sowjetunion durch das neue der sogenannten *least responsible states*. Doch sei die von Bush heraufbeschworene Gefahr gar nicht existent: »Keiner dieser ›höchst unzuverlässigen Staaten‹ kann Amerika heute mit Raketenwaffen erreichen, und auch in Zukunft dürfte von diesen Ländern keine ernsthafte Gefahr für den amerikanischen Kontinent ausgehen.« Nach dem 11. September 2001 kann diese Lageeinschätzung keinen Bestand mehr haben.

Sicher: Die Angriffe auf das wirtschaftliche und das militärische Zentrum Amerikas wurden von Terroristen, nicht von Staaten geführt. Doch ist es möglich, dass die Täter Unterstützung von Ländern wie Afghanistan oder Irak erhielten. Richtig: Die Angriffe erfolgten nicht mit Raketen, sondern mit Verkehrsflugzeugen. Das Erschreckende war daher, mit welch geringen Mitteln es den Terroristen gelang, ihren Angriff zu führen. Gerade deswegen hat der 11. September 2001 gezeigt, wie verwundbar Amerika und damit die gesamte zivilisierte Welt ist.

Eine Bedrohung mit Raketen würde für Terroristen eine ungleich kompliziertere Herausforderung darstellen als die Nutzung entführter Verkehrsmaschinen zu Massentötungen. Unterstützung durch *least responsible states* wäre wohl notwendig. Diese ver-

fügen derzeit noch nicht über Raketen mit einer Reichweite, die einen direkten Angriff auf die Vereinigten Staaten erlauben würden. Doch für die Zukunft scheint auch ein solches Szenario keineswegs ausgeschlossen.

Dies halten auch führende SPD-Politiker für möglich. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Hans-Ulrich Klose, war schon vor dem 11. September 2001 der Auffassung, durch die Verbreitung von Raketen und Massenvernichtungswaffen gebe es in der Tat neue Bedrohungsszenarien. Daher sei eine neue militärische Strategie notwendig, die nicht mehr allein – wie noch im Kalten Krieg – auf Abschreckung, sondern auch auf Verteidigung setze. Eine solche neue Strategie müsse durch den unverändert geltenden Ansatz der gemeinsamen Sicherheit komplettiert werden. Somit könne verhindert werden, dass Raketenabwehr zu einer Konfrontation mit Russland führe.

Auch in den USA fand das geplante Schutzschild vor den Ereignissen des 11. September 2001 keine ungeteilte Zustimmung. Während die Bush-Regierung die Raketenverteidigung entschlossen unterstützte, regte sich nicht nur bei einigen Experten, sondern auch bei demokratischen Senatoren Kritik. Ein solches System – so argumentierten sie – sei zu teuer, technisch schwierig und könnte politisch zu Komplikationen mit Russland und China führen. Nach den Terroranschlägen wurden diese Einwände jedoch zurückgestellt. Eigentlich hatten die Demokraten im Senat beabsichtigt, die von der Bush-Regierung vorgeschlagenen Haushaltsmittel für die Raketenabwehr zu kürzen. Angesichts der neuen Lage, in der der Kongress kein Bild der Zerstrittenheit abgeben sollte, stimmten die demokratischen Senatoren nun den vom Weißen Haus vorgeschlagenen Ausgaben zu.

Anders in Deutschland. Gegner der Raketenabwehr versuchten, die Terroranschläge in ihrem Sinne argumentativ zu nut-

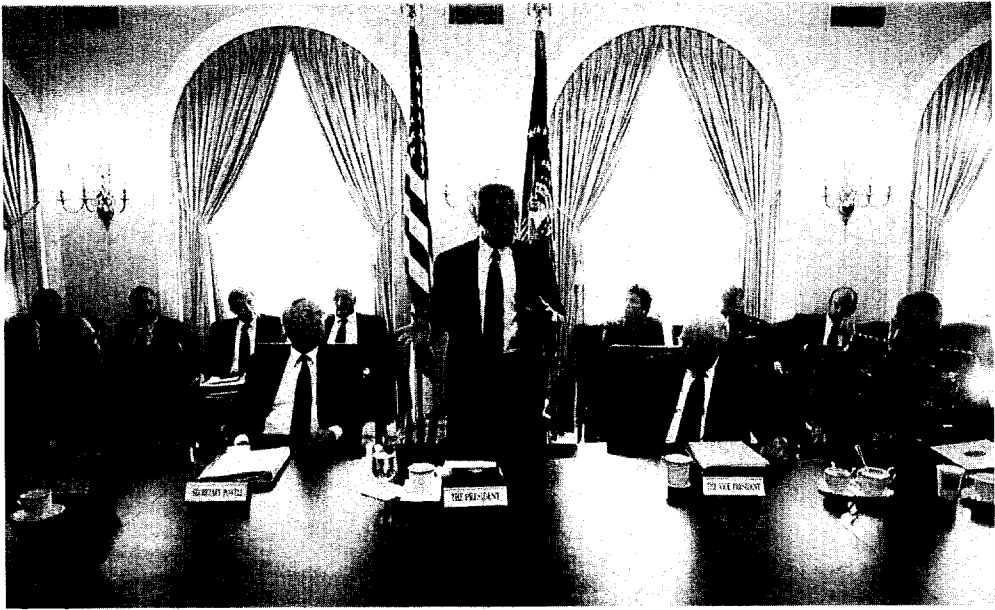


Foto: dpa

Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats im Weißen Haus in Washington.

zen. Der 11. September 2001 habe ein für alle Mal gezeigt, dass die Bedrohung nichts mit Raketen zu tun habe, sondern aus ganz anderen, unvorhergesehenen Ecken komme. Gegen zu fliegenden Bomben umfunktionierte Verkehrsflugzeuge sei eine Raketenabwehr ohnehin machtlos. Daher solle man dieses teure und nutzlose Projekt begraben.

Ist nun wirklich der Nachweis erbracht, dass Raketenabwehr gegenüber den realen Gefahren nichts bewirkt? Sollte das ohnehin umstrittene Projekt daher aufgegeben werden? Vier Gründe sprechen dagegen:

Erstens: Die Verbreitung von Raketen lässt die Welt zusammenrücken.

In der globalisierten Welt ist jeder jedes Nachbarn. Das hat nicht nur wirtschaftliche, das hat auch militärische Konsequenzen. Die bequeme Vorstellung, die Gefahren seien weit weg, hat keinen Bestand mehr. Es gibt Gegner, die vor nichts zurückschrecken, auch nicht davor, die stärkste Macht der Welt ins Herz zu stoßen. Nichts liegt also näher, als sich um Schutzvorkehrungen zu kümmern.

Momentan mögen terroristische Gruppierungen und die sie deckenden Staaten oder Territorien (bei Afghanistan kann man von einem Staat wohl gar nicht sprechen) noch nicht über weitreichende Raketen und Massenvernichtungswaffen verfügen.

Doch sei daran erinnert: Pakistan beispielsweise besitzt schon die Atombombe, und auch Raketen mit bis zu 2.300 Kilometer Reichweite (*Ghauri-2*). Dass die in Afghanistan operierenden Terrorgruppen sich dazu Zugang verschaffen, kann für die Zukunft nicht völlig ausgeschlossen werden. Und Irak bastelte ebenfalls an Kernwaffen und besaß chemische und biologische Waffen sowie Raketen mit bis zu 900 Kilometer Reichweite. Das Land wird nicht mehr von der UNO kontrolliert. Eine Kooperation Bagdads mit internationalen Terroristen ist möglich. Panikmache bleibt dennoch ein schlechter Ratgeber. Jetzt aber weiterhin die Gefahren, die von der Verbreitung von Raketen und Massenvernichtungswaffen ausgehen, als unwahrscheinliche Schreckensszenarien abzutun, ist schlichtweg nicht mehr möglich.

Braucht man aber deswegen eine Raketenabwehr? Reichte nicht auch die im Kalten Krieg erprobte Abschreckung? Sicher, Abschreckung gegen Raketen und Massenvernichtungswaffen wird auch künftig eine Rolle spielen. Selbst Akteure wie Saddam Hussein im Irak oder die Taliban in Afghanistan scheinen dadurch beeinflussbar, da sie selbst überleben wollen. Doch erscheint es alles andere als gesichert, dass Abschreckung immer funktionieren wird. Vor allem dann, wenn es um zu allem entschlossene und fanatisierte Staatsführer oder Terroristen geht. Für einen solchen Fall sind Schutzmaßnahmen dringend erforderlich. Da effektive Raketenabwehr aber Entwicklungszeit benötigt, sollten jetzt die entsprechenden Weichenstellungen vorgenommen werden.

Zweitens: Die zivilisierte Welt darf sich nicht von militärischen Gegenmaßnahmen abschrecken lassen.

Die USA und die gesamte zivilisierte Welt müssen auf Terrorangriffe reagieren können, und zwar auch militärisch. Schon um zu zeigen, dass solche Triumphe der Gewalt nicht einfach unbestraft bleiben. Dem stimmte auch Gernot Erler vor der SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich zu. Der UN-Sicherheitsrat hat in seiner Resolution 1368 festgestellt, dass es sich bei den Anschlägen auf New York und Washington um eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit handelte. Damit hat er die völkerrechtliche Grundlage für ein militärisches Vorgehen gegen die Terroristen geschaffen. Wer aber »A« sagt, muss auch »B« sagen. Eine militärische Auseinandersetzung mit Terroristen und den sie deckenden Staaten verlangt zwingend nach Schutzmaßnahmen für die eigenen Soldaten und Bevölkerungen. Dazu zählt künftig auch eine Raketenverteidigung. Denn sollte der Gegner mit Raketenangriffen und Massenvernichtungswaffen drohen, könnten die USA und ihre Verbündeten sonst von militärischen Gegenmaßnahmen abgeschreckt werden. Terroristen und *least responsible states* würden für ihre schrecklichen

Taten nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Weltordnung, die dann drohte, würde wohl kaum auf demokratischen und freiheitlichen Prinzipien beruhen.

Drittens: Schadensbegrenzung ist möglich.

Während der langen Jahre des Kalten Krieges hat sich in Deutschland die Vorstellung festgesetzt, Schadensbegrenzung im Krieg sei keine ernsthafte Option. In der Tat: wäre es zum Krieg zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt gekommen, hätte es Schadensbegrenzung jedenfalls für die beiden deutschen Staaten wohl nicht gegeben. Doch jetzt stellt sich die Situation völlig anders dar. Es geht um zwar massive, aber dennoch begrenzte Angriffe, bei denen Schadensbegrenzung möglich ist. Erfolgreiche Gegenmaßnahmen gegen terroristische Angriffe wären auch ein wichtiges politisches Signal, dass die zivilisierte Welt ihnen nicht völlig hilflos ausgeliefert ist. Das wiederum hätte eine de-eskalierende Wirkung. Der Angegriffene würde nicht so sehr unter dem internen Druck der eigenen Bevölkerung stehen, auf den Angriff mit starken militärischen Mitteln zu reagieren. Momentan sollten Mittel des Zivilschutzes zur Schadensbegrenzung bei Terrorangriffen im Vordergrund stehen. Da jedoch auch Raketenangriffe künftig nicht ausgeschlossen werden können, sollte man auch in diesem Fall über die Fähigkeit zur Schadensbegrenzung durch Abwehrmaßnahmen verfügen.

Viertens: Ein Raketenschutzschild richtet sich nicht gegen Russland.

Russland ist nicht mehr der Gegner des Westens. Russland und der Westen sowie die meisten anderen Staaten stehen gemeinsam im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die wenigen sie deckenden Staaten. Daher sollte es nun um so eher möglich sein, die Frage eines Raketenschutzschildes kooperativ mit Moskau anzugehen. Schon vor den Terroranschlägen deutete manches darauf hin, dass sich die Präsidenten Bush

und Putin in der Frage der Änderung des ABM-Vertrages, der das von den USA angestrebte Raketenschutzschild in seiner gegenwärtigen Form nicht erlaubt, einigen würden. Ein solcher kooperativer Ansatz, wie er u.a. von Hans-Ulrich Klose befürwortet wird, sollte nunmehr umso entschlossener umgesetzt werden, als es um den Schutz gegen einen gemeinsamen Gegner geht. Damit sollten Befürchtungen bei denjenigen Kritikern der Raketenabwehr, die als Konsequenz eine Art neuen Rüstungswettlauf befürchteten, endgültig beseitigt werden können.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Raketenabwehr muss nicht im Zentrum des Kampfes gegen den Terrorismus stehen. Erforderlich ist ein sehr breites Spektrum von Maßnahmen. Dazu gehören kurzfristig verschärfte Sicherheitskontrollen an den Flughäfen ebenso wie erweiterte Zivilschutz- und Notfallprogramme. Die Aufklärung durch die Geheimdienste und deren Kooperation bedarf der Verbesserung. Ein wichtiger Bestandteil ist die ganze Spannbreite der internationalen Nichtverbreitungspolitik einschließlich multilateralen Rüstungskontrollabkommen und Exportkontrollen. Selbstverständlich gehören langfristig weitere politische und diplomatische Instrumente dazu. Sie können dazu dienen, den Sumpf des internationalen Terrorismus auszutrocknen, indem sie versuchen, dem Terrorismus teilweise zugrunde liegende politische Konflikte, darunter im Nahen und Mittleren Osten, zu lösen.

Festzuhalten bleibt aber, dass die nun von den Gegnern der Raketenabwehr in Deutschland präsentierte einfache Gleichung »Flugzeugattacken auf Washington und New York = überflüssige Raketenabwehr« nicht zu überzeugen vermag. Keineswegs ist mit den fürchterlichen Anschlägen vom September 2001 der Beweis erbracht, Raketenabwehr sei unsinnig und überflüssig, nur weil diese Angriffe nicht mit Raketen erfolgten. Die zivilisierte Welt sollte nichts unversucht lassen, um die eigenen Bürger zu schützen.

Das wird teuer werden. Das wird technisch schwierig werden. Das wird mühsam werden. Aber der Schutz, auch wenn er begrenzt bleiben mag, sollte uns einiges wert sein. In den neuen Auseinandersetzungen des 21. Jahrhunderts unter bewusstem Verzicht auf Abwehr gegen Raketen bestehen zu wollen, macht jedenfalls weder moralisch noch strategisch Sinn.

LUDWIG WATZAL

Ursachenforschung ist keine Relativierung des Terrors Kritische Fragen an die US-Nahostpolitik

Seit den Terroranschlägen in New York City und Washington befinden sich die USA in einem einseitig erklärten Kriegszustand gegen den politischen Islam. Das westliche Verteidigungsbündnis, die NATO, erklärte den Bündnisfall laut Artikel 5 des NATO-Vertrages. Demzufolge wurde dieser Angriff auf die USA als ein Angriff gegen alle begriffen, obwohl es keinen kriegserischen Angriff von außen gegeben hatte. Ob diese Treueschwüre politisch klug waren und überall durchgehalten werden können, muss ernsthaft bezweifelt werden. Haben wir uns überhaupt die Mühe gemacht, in die Gedankenwelt dieser Menschen vorzudringen? Wenn es nicht gelingen sollte, die Hintermänner und Drahtzieher des Anschlages festzunehmen, wird dieser »Krieg gegen den Terror« gravierende Folgen für den Westen haben. Jeder vermutet, dass der Fundamentalist Usama bin Laden hinter diesem Terroranschlag steht, die Beweise dafür fehlen jedoch. Warum gilt bin Laden unter Millionen von Muslimen als Ikone? Wenn man den Feind nicht findet, muss einer konstruiert werden. Das Problematische dabei ist, dass dieser Konflikt seine eigene Logik entwickeln wird. Zum ersten Mal findet eine Entkoppelung von Kriegshandlung und Kriegsrhetorik statt.

Die ersten verbalen Reaktionen von Präsident George W. Bush ließen das Schlimmste befürchten. Zuerst dominierten Rachegefühle und Vergeltung. Bush stilisierte die bevorstehende Auseinandersetzung zu einem Kampf zwischen Gut und Böse. Er sprach von einem »Kreuzzug«; Gott könne in diesem Falle nicht neutral sein. Die Terroristen sollten »ausgeräuchert« werden. Im Sinne einer Heilserwartung wollte man »infinite justice« (unendliche Gerechtigkeit) schaffen. Bush stellte die Welt vor eine Alternative: »Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen.« Ein zutiefst arrogantes Verlangen, weil die meisten Völker eine solche Entscheidung für sich nicht zu treffen brauchen. Die Medien in den USA und Europa stimmten sofort in diese Kriegsrhetorik mit ein. Wobei nur zu hoffen bleibt, dass die Medien dieses Mal besser gegen die üble Manipulation von Fakten gewappnet sind als im Golfkrieg gegen den Irak oder im Krieg gegen Jugoslawien? Die Manipulation mit einer gestellten Szene von jubelnden palästinensischen Kindern lässt jedoch Zweifel aufkommen. Sie sollte suggerieren, als jubele die ganze palästinensische Nation über die terroristischen Gräueltaten gegen die USA.

Bundeskanzler Gerhard Schröder verpflichtete sich zur bedingungslosen Solidarität. Wäre nicht auch hier der Augenblick gewesen, seine Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit zu bewahren, wie es einem souveränen Staat trotz aller Bündnisschwüre zukommt? Nach anfänglicher schriller Rhetorik scheint es indes, als hätten sich die besonneneren Kräfte in der US-Administration durchgesetzt. Dennoch sei die ketzerisch anmutende Frage erlaubt, ob die USA nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung ihre Hegemonialstellung ausbauen wollen? Geht es nicht auch um den Entwurf einer neuen Weltkarte oder um die Vollendung einer »neuen Weltordnung«?

In der abendländischen Philosophie gibt es das Prinzip der *causa prima*, der Frage nach

der Erstursache. Der Frage nach Ursache und Wirkung sollten sich liberale Demokratien verpflichtet fühlen. Recht und nicht Rache und Vergeltung bestimmt die Handlungsweise von Rechtsstaaten. Die Hintermänner dieses Terroranschlages müssen gefasst und zur Verantwortung gezogen und der gerechten Strafe zugeführt werden. Ein Gericht dafür gibt es in Den Haag, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhandelt. Die Stärke freiheitlicher Demokratien zeigt sich darin, dass sie auch bei noch so grausamen Verbrechen sich dem Recht verpflichtet fühlen.

Die Frage nach den Ursachen dieses Terroranschlages darf nicht als verdeckte Legitimierung oder Relativierung denunziert werden. Gefragt ist neben der Zerschlagung der Infrastruktur des Terrors auch ein Nachdenken über mögliche eigene Versäumnisse. Ist die amerikanische und europäische Nahostpolitik noch glaubwürdig? Welche politischen Veränderungen müssen erfolgen, und was können die USA und die EU dazu beitragen?

Worüber diskutiert werden muss

Erstens: Die USA müssen ihre Nahostpolitik in Bezug auf Israel und Palästina verändern. Israel als Besatzungsmacht muss zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten bewegt werden.

Zweitens: Die USA müssen ihre doppelzüngige Politik gegenüber der arabischen Welt aufgeben. Einerseits verlangen sie verbal die Demokratisierung dieser Region, andererseits unterstützen sie die arabisch-reaktionären Regime wie Saudi-Arabien, Kuwait und die Golf-Emirate. Die Saudis finanzieren weltweit den islamischen Fundamentalismus, ohne dass die USA jemals etwas dagegen unternommen hätten.

Drittens: Die Sanktionen gegenüber dem Irak sollten beendet werden, da sie Tausenden das Leben kosten, insbesondere Kindern. Das Land wurde auf das Niveau eines Drittweltlandes gedrückt. Dies wird als eine tiefe

Demütigung der gesamten arabischen Welt wahrgenommen. Man kann nicht Krieg mit UN-Resolutionen wie gegen den Irak führen und im Falle Israels die Missachtung aller UN-Resolutionen gutheißen und jede Kritik gegen das Land im UN-Sicherheitsrat mit einem Veto belegen.

Viertens: Die »Schurkenstaaten«-Doktrin gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Sie diene zur Durchsetzung amerikanischer Vormachtstellung im Mittleren Osten und hat den Interessen der EU nachhaltig geschadet.

Fünftens: Die USA müssen begreifen lernen, dass es eine tiefe Abneigung wegen ihrer Dritte-Welt-Politik gibt. Die Anliegen dieser Länder müssen ernster genommen werden. Das Verlassen der Antirassismuskonferenz in Durban war der jüngste Ausdruck amerikanischer und israelischer Arroganz und Verachtung der Habenichtse in der Welt.

Sechstens: Die Folgen der Globalisierung für die »Verdammten dieser Erde« müssen mit berücksichtigt werden. Die einseitige ökonomische Interessenpolitik des Westens ist aufzugeben. Sie hat sich wie ein »Heuschreckenschwarm« (Arundhati Roy) durch die armen Länder gefressen.

Siebtens: Auf das Raketenabwehrsystem sollte verzichtet werden. Hätte es noch eines Beweises für die Unsinnigkeit dieses Projektes bedurft –, so war es dieser schreckliche Anschlag. Das Raketenabwehrsystem entspringt dem Denken des Kalten Krieges.

Achtens: Die Europäische Union sollte verstärkt ihren Einfluss im Nahen Osten und gegenüber der Nahostpolitik der USA zur Geltung bringen, um eine gerechtere Lösung des Nahostkonfliktes zu erreichen.

Dies sind nur einige Aspekte, die jetzt zu diskutieren sind. Einfach zur Tagesordnung überzugehen, wäre langfristig kontraproduktiv. Die Frustration in der arabischen und Dritten Welt würde sich weiter erhöhen. In der arabischen Welt herrscht eine Art Verzweiflung. Aus ihr speist sich Fanatismus. Diese Verzweiflung ist auch ein Resultat

amerikanischer Politik im Nahen und Mittleren Osten. Eine Revision wird immer wieder von arabischer Seite angemahnt, aber bisher ohne Erfolg. Michael Wolffsohn machte es sich zu einfach, wenn er in der Jüdischen Wochenzeitung ALLGEMEINE vom 26. September behauptet, die Verbindung »zwischen Israel und dem islamistischen Anti-us-Terror« sei unsinnig. Die islamischen Fundamentalisten haben diese Verbindung immer betont.

Der Terroranschlag in den USA hat in Deutschland zu einer skurrilen Diskussion geführt. Jedwede Kritik an den USA wird als Anti-Amerikanismus diffamiert. Sogar seriöse Wissenschaftler wie der israelische Soziologie-Dozent Natan Sznaider vertreten die These, dass Anti-Amerikanismus auch eine Form von Antisemitismus sei. Anti-Amerikanismus sei »eine vornehme Form des Antisemitismus«, viele Israelis hätten dies auch begriffen. Auch für Hannes Stein (DIE WELT) ist der Antisemitismus der Schatten, der den Anti-Amerikanismus schon immer begleitet habe. Wenn sich dieses »Argument« durchsetzen würde, wäre jede Kritik an den USA, ganz zu schweigen an der Besatzungspolitik Israels, »antisemitisch«. Doch was hat Kritik am imperialistischen Gehabe der USA oder an der selbst von der UNO verurteilten Siedlungspolitik Israels mit Anti-Amerikanismus oder Antisemitismus zu tun? Dies zu kritisieren gehört zur Redlichkeit eines jeden Intellektuellen, der glaubwürdig bleiben will.

Kaufen Sie uns an:

02 28 - 35 50 57

Rheinallee 4 a
53173 Bonn
www.dsuf.de

Spendenkonto
20 00 20 02
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00



Deutsche Stiftung für
UNO-Flüchtlingshilfe e.V.

Der Quantensprung in der deutschen Außenpolitik

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hat nach den Terroranschlägen von New York und Washington binnen weniger Tage einen Quantensprung vollzogen. Und diese Entwicklung wird weitergehen und den letzten Abschnitt der ersten Amtsperiode von Bundeskanzler Gerhard Schröder prägen. Noch vor wenigen Wochen, praktisch während der gesamten Sommerpause des Parlaments, zögerte das Land, aus der Konsequenz des Kosovo-Krieges vor zwei Jahren die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Die terroristischen Attacken in den USA schufen dann jedoch über Nacht eine neue Lage. Eine unter innenpolitischen Gesichtspunkten ins Amt gekommene Regierung Schröder/Fischer stellte sich – bis zum Zeitpunkt der Anschläge in den USA von der CDU/CSU-Opposition weitgehend im Stich gelassen – den ungeahnten Erfordernissen und knüpfte in ihrem neuen Realismus an die besten Zeiten von Helmut Schmidt an. Neben dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister spielte dabei SPD-Generalsekretär Müntefering eine herausragende Rolle.

Die erste deutsche Nachkriegsgeneration in der Politik anerkannte erstmalig die Rolle des Militärischen in Konfliktsituationen und relativierte damit Positionen, die jahrzehntelang durch die Friedensforschung zu einseitig besetzt waren. Möglich wurde dies aber auch dadurch, dass mit der FDP ein Alternativpartner für den Fall bereitstand, dass DIE GRÜNEN diese Diskussionen und die neuen Erfordernisse für das Land nicht durchstehen würden. Ungeachtet des weiteren Verlaufs des amerikanischen militärischen Aufmarsches und Aufbaus von Basen zwischen Arabischer Halbinsel, Pakistan und GUS-Staaten im Süden von Russland, zeichnen sich seit dem 11. September 2001 neue Aufgaben für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ab, die

weit über alles bislang Bekannte und Gedachte hinausgehen.

Erstens: Mit der Übernahme des neuen Mazedonien-Mandats hat Deutschland die Führungsrolle auf dem Balkan, die sich seit zehn Jahren andeutete, endgültig akzeptiert. Die USA werden sich aus dieser Region nun zurückziehen. Großbritannien wird ebenfalls die Chance nutzen, in Verbindung mit seiner Rolle als weltweiter Juniorpartner der USA, sein militärisches Engagement auf dem Balkan zu reduzieren und vor allem die künftige zivile Stabilisierungspolitik der Region Deutschland zu überlassen.

Zweitens: Der Nahe Osten und der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern sind derartig außer Kontrolle geraten, dass eine Beruhigung der Situation nur mit Hilfe von außen eintreten kann. Neben den USA, die sich seit den Anschlägen daheim nun wieder verstärkt engagieren, sind die Europäische Union und hier vor allem Deutschland gefragt. Außenminister Josef Fischer hat sich ein Vertraenskapital erarbeitet. Er gilt als »ehrlicher Makler« in der Region. Neben einem politischen und ökonomischen Engagement zeichnet sich für Deutschland und für die EU in letzter Konsequenz aber auch eine militärische Rolle ab, in Form von Beobachtern und Polizeikräften, die als »Puffer« zwischen den verfeindeten Lagern operieren könnten.

Drittens: Die auf längere Fristen angelegte Operation der Amerikaner zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus erlaubt Deutschland nicht, sich lediglich als regionale europäische Stabilisierungsmacht zu betätigen. Es ist zu erwarten, dass wie beim Golf-Krieg vor allem Großbritannien, aber auch Frankreich, möglicherweise auch andere EU-Staaten an der Seite der USA, fernab von Europa, sich an militärischen Aktionen beteiligen werden. Die Bundesrepublik Deutschland muss daher Bündnispartner »erster Klasse« bleiben. Der Aufbau einer weltweiten Koalition gegen den Terrorismus ist in Teilen auch ein Ringen um die Gunst und um Einfluss



Außenminister Fischer beim Besuch der New Yorker Feuerwache.

bei der Supermacht, die Amerika trotz der Anschläge unangefochten bleibt.

Viertens: In Europa kommt auf Deutschland zusätzlich die Aufgabe zu, den Kontakt zu Russland auszubauen, ihn dabei jedoch so zu gestalten, dass kein neues Misstrauen bei den Bündnispartnern entsteht. Sicher ist jedoch, dass Moskau einer der ganz großen Gewinner der neuen Situation ist, wie sich atmosphärisch beim Deutschland-Besuch von Präsident Putin Ende September schon zeigte.

Die deutsche Politik muss jedoch auch weiterhin klug auf die russische Innenpolitik einwirken, darf sie aus der Verantwortung zu einer adäquaten Bekämpfung des Tschetschenien-Terrorismus nicht entlassen. Aber dies wird nicht leicht sein, weil außer der Volksrepublik China keine andere große Macht so unabhängig von der öffentlichen Meinung im eigenen Lande außen- und sicherheitspolitisch operieren kann wie zur Zeit Russland.

Schmerzliche Veränderungen in der Innenpolitik

Auch in der Innenpolitik stehen schmerzliche Veränderungsprozesse an, die dazu zwingen, Positionen aufzugeben, die über viele Jahre hinweg als sakrosankt galten. Angesichts der Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland und zu einer multikulturellen Gesellschaft darf es zunächst als ein Glücksfall bezeichnet werden, dass die Herkunftsländer der Attentäter von New York und Washington anzeigen, dass der »Kulturbruch« hinter der Türkei liegt, also weiter östlich. Das wird den innenpolitischen Debatten einiges von ihrer Schärfe nehmen und hoffentlich erlauben, einen offensiven Dialog zwischen Deutschland, Europa und Nahem und Mittlerem Osten zu führen. Denn der »Kulturkampf« zwischen Europa und nahöstlicher und vorderasiatischer Welt muss unter allen Umständen vermieden werden. Es gilt eine jahrhundertealte Tradition eines gedanklichen Austausches zu vertei-



Bundeskanzler Gerhard Schröder am 9. Oktober mit UN-Generalsekretär Kofi Annan in New York. Die deutsche Außenpolitik muss auch weiterhin an ihrer Vernetzung im europäischen und transatlantischen Rahmen festhalten.

digen, der trotz aller Missverständnisse von heute und militärischen Auseinandersetzungen seit den Tagen Karls des Großen zu jeder Zeit stattgefunden hat.

Deutschland und seine europäischen Partner werden fortan jedoch deutlicher als bislang von denen, die dauerhaft in unserer Hemisphäre leben wollen, verlangen müssen, Institutionen und Regeln des Zusammenlebens zu akzeptieren. Das Integrationsangebot und die Integrationsbereitschaft müssen sich steigern, wenn Grabenbildung und am Ende Feindschaft zwischen europäischer und arabischer Welt verhindert werden sollen.

Der außen- und sicherheitspolitische Aspekt darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden. Wenn es zutreffen sollte, dass die Anschläge in den USA in den Ruhe- und Schlafzonen deutscher Großstädte geplant wurden, erhöht sich automatisch der Druck der USA, aber auch anderer Staaten auf die Bundesrepublik, mit präventiven Maßnahmen derartige Möglichkeiten für die

Zukunft auszuschließen. Das Bekenntnis zur internationalen Terrorismusbekämpfung schließt somit also auch eine konsequente Nutzung der bestehenden Gesetze und Möglichkeiten, notfalls aber auch ihre Verschärfung, ein. Die liberale deutsche Gesellschaft wird sich auf diesem Gebiet also umstellen müssen.

Die Bundesrepublik Deutschland muss sich ferner auf weitaus höhere Verteidigungslasten einstellen. Die Regierung bevorzugt noch, von Sonder-Paketen zur Bekämpfung des Terrorismus zu sprechen. Faktisch ist dies jedoch der Beginn einer stetigen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, die sich fortsetzen wird. Da die Unterlassungen auf diesem Gebiet schon zu Beginn der neunziger Jahre einsetzten, wird die Vermittlung des Mehrbedarfs innenpolitisch nicht leicht fallen. Wenn Fachleute den zusätzlichen Finanzierungsbedarf für eine reformierte Bundeswehr mit rund 20 Milliarden DM beziffern, sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass

dies in etwa die Summe ist, die Deutschland Anfang der neunziger Jahre an seine Verbündeten zu zahlen hatte, als die Verfassung eine militärische Beteiligung Deutschlands am Krieg verwehrte.

Ungeachtet aller dieser Maßnahmen, die die Regierung Schröder auf nationaler Ebene zu treffen hat, muss die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auch weiterhin an ihrer Vernetzung im europäischen und transatlantischen Rahmen festhalten. Das Kritische an der gegenwärtigen Lage ist, dass der Draht nach Washington, aber auch in die europäischen Hauptstädte unter keinen Umständen reißen darf. Das neue Mazedonien-Mandat eröffnet Chancen, die Zusammenarbeit mit Frankreich auszubauen. Und dies ist wichtig. Denn nur mit einer engen Tuchfühlung zwischen Berlin und Paris lassen sich die Briten »halten«, die sonst in ihre alten Reflexe als europäischer »Festlanddegen« Amerikas zurückfallen und Frankreich mitreißen könnten.

Deutschland muss militärisch mitgehen, um die europäische Sicherheitspolitik der Zukunft nicht nur nicht zu gefährden, sondern erst möglich zu machen. Die Weltkrise um die Anschläge in Amerika trat zu einem Zeitpunkt ein, als Europa sich noch in den Anfängen einer derartigen Politik befand. Mazedonien war in gewisser Weise der Testfall. Und nun kommt – nahezu zeitgleich – die Bewährung im nahezu globalen Rahmen.

Unter solchen Umständen – aber auch angesichts der deutschen Vorgeschichte und der schwachen Rolle, die die deutschen Konservativen insgesamt gespielt haben – hat sich die Regierung Schröder/Fischer bravourös geschlagen. Sie ist Tag für Tag – wenn auch widerstrebend – mit ihren Aufgaben gewachsen und signalisiert damit zweierlei.

Erstens: Sie will in Deutschland an der Macht bleiben, und sie denkt nicht daran, leichtfertig davon zu lassen.

Zweitens: und dies ist wichtiger: Schröder und Fischer handeln im deutschen Interesse und als Europäer. Und sie gehen ihren Weg mit dem Wissen, dabei scheitern zu können.

KLAUS FABER

Grundregeln einer künftigen Weltordnung

Nach dem Untergang der Sowjetunion steht die Bildung einer neuen globalen Ordnung auf der Tagesordnung. Dazu gehört die Verständigung über elementare Regeln des internationalen Zusammenlebens und der inneren Organisation der Staaten. Im Recht der Vereinten Nationen war die Ausdehnung der Fälle einer »humanitären Intervention« ein erstes Anzeichen dafür, dass die Souveränitätszonen der Einzelstaaten auch bei unhaltbaren inneren Zuständen nicht mehr wie früher, zur Zeit des Ost-West-Konflikts, in jedem Fall unangetastet bleiben.

Eine neue Weltordnung kann kaum entstehen, wenn sie keinerlei Homogenität in den Grundanforderungen für die jeweiligen inneren Verhältnisse der Einzelstaaten aufweist, wie auch der internationale Terror deutlich macht. Das in Europa und von EU-Einrichtungen immer wieder betonte Prinzip der »Einen Welt« findet in dieser Überlegung im Grundsatz, nicht im Detail und in der Praxis, seine Rechtfertigung. Die Intervention einer europäischen Zentralbehörde mit europäischen Steuermitteln in die inneren politischen Verhältnisse eines anderen Staates, wie Israel, zeigt auf der anderen Seite Missbrauchsgrenzen und -gefahren eines derartigen Prinzips und seiner Umsetzung.

Die Präzisierung der Grundregeln einer künftigen Weltordnung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Wer für die Menschenrechte wirbt, muss berücksichtigen, dass er damit nur scheinbar ein klares Votum für ein globales Ordnungsprinzip abgibt. In den UN-Debatten vor dem Abschluss der Entkolonialisierung war die »Selbstbestimmung« eine zentrale Forderung. Gemeint war damit die Beseitigung europäischer Herrschaft, niemals die Selbstbestimmung von Minderheiten, etwa der nichtmuslimischen Völker im Südsudan, der Kurden im Nordirak, der Ibo in Nigeria, der Papua-Bevölkerung im indo-

nesischen Teil Neuguineas, der Kabylen in Algerien, der Tibeter oder der Uiguren in China. Die Berufung auf die Menschenrechte erfüllt heute leider vielfach ähnlich ambivalente Funktionen. Ordnungsprinzipien wie Rechtsgrundsätze müssen aber letztlich scheitern, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit verlieren, weil sie nur unter passenden machtpolitischen Voraussetzungen oder gar Medienstimmungen folgend angewandt und durchgesetzt werden. Der jetzt begonnene Kampf gegen den islamistischen Terror setzt auch im Medienbereich politische Prioritäten, die sich auf die Debatte über Menschenrechte auswirken, sie aber auf die Dauer nicht allein oder überwiegend bestimmen können.

Umstrittene Maßstäbe der internationalen Strafverfolgung

In diesem Zusammenhang ist der Prozess gegen Milosevic zu diskutieren. Hitlers Gefolgsleute in Nürnberg vor ein Gericht der Sieger zu stellen, war eine richtige Entscheidung. Die Verbrechen, für die das Hitler-Regime in die Geschichte eingegangen ist, verlangten nach einer gerichtlichen Sanktion, die man nicht allein den Deutschen überlassen konnte. Mit jedem weiteren Anwendungsfall des vom Ansatz her richtigen und jetzt schrittweise vollzogenen Prinzips, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord durch ein internationales Gericht zu bestrafen, stellen sich aber Fragen: Werden Verbrechen ähnlicher Art und Dimension in gleicher Weise auch dann verfolgt, wenn ihre Täter militärisch-wirtschaftlich einflussreicher sind als Milosevic?

Die Maßstäbe der Strafverfolgung und der Bewertung selbst – die Verbrechenstatbestände und die Menschenrechte als Orientierungsbasis – sind, wie die Menschenrechtsdiskussionen und -kampagnen in den Vereinten Nationen zeigen, nicht so unumstritten, wie viele glauben wollen. Eine internationale Strafgerichtsbarkeit für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord gibt es bisher nur

für bestimmte Tatbestände und Regionen wie die Bürger- und Sezessionskriege in Ruanda und Ex-Jugoslawien. Allein schon diese Begrenzung ist problematisch. Sie ist leicht unter machtpolitischen Prämissen zu erklären, wäre nach allgemeinen Maßstäben aber nur dann zu rechtfertigen, wenn die kriminelle Dimension der Verstöße in den zwei Ländern qualitativ und quantitativ deutlich diejenige anderer Verbrechen übertreffen würde. Eine derartige negativ herausgehobene Position lässt sich, im Rückblick, ohne weiteres für die Verbrechen Hitler-Deutschlands behaupten und belegen – kaum aber für die Ereignisse in Ruanda und Ex-Jugoslawien, wenn man zum Vergleich etwa den jahrzehntelangen Kampf im Südsudan, den Krieg gegen die Kurden Iraks, die sowjetische Intervention und den folgenden Bürgerkrieg in Afghanistan oder die Unterdrückung in Tibet heranzieht.

Auch bei einer isolierten Bewertung der Verbrechen in Ex-Jugoslawien, deren Opfer, nicht nur in Srebrenica, häufig bosnische Muslime waren, ergeben sich einige Probleme. Der Zerfall des früheren jugoslawischen Staates hat völkerrechtliche Übergangs- und Zweifelszonen entstehen lassen. Aus der Sicht des früheren jugoslawischen Zentralstaats war der Abfall illegal und strafwürdig – was keine Verletzungen des Kriegsvölkerrechts, soweit es in derartigen Fällen Anwendung findet, und sicherlich auch keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit rechtfertigen kann, aber doch die Legitimation der Gewaltanwendung in einem anderen Licht erscheinen lässt als ein Krieg zwischen zwei anerkannten Staaten. Die Nato-Intervention gegen das neue Jugoslawien (Serbien-Montenegro) war nicht vom UN-Sicherheitsrat beschlossen worden, was wiederum völkerrechtliche Fragen zur Rechtfertigung der kollektiven Kriegführung und in der Folge der Gegenmaßnahmen aufwerfen kann. Dass sich für die internationale Intervention gegen Menschenrechtsverletzungen innerhalb einzelner Staaten neues Völkerrecht heranbil-

Moslems in den USA
demonstrieren für den
Frieden und gegen
den Terror.



Foto: dpa

det, ist für die aktuelle Verfolgung durch internationale Gerichte nur eine begrenzte Hilfe, weil eine abschließende Klärung vieler Zweifelsfragen noch nicht erfolgt ist.

Die These mag richtig sein oder nicht, Ruanda oder das heutige Jugoslawien seien nicht in der Lage, die Verbrechen selbst zu verfolgen. Für die isolierte Auswahl der Vorgänge in den beiden Ländern wäre sie allerdings kein überzeugendes Argument, da eine entsprechende Bewertung für andere hier relevante Regionen, etwa für den Sudan oder den Irak, viel deutlicher als für Ruanda oder Ex-Jugoslawien zutreffen würde. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang ebenso diejenigen Fälle oder Länder, bei denen es um den Vorwurf geht, Terror zu dulden oder zu unterstützen.

Kein Zweifel, dass hier die Auswahl für die internationale Strafverfolgung nicht allein nach der Schwere der Verbrechen, sondern maßgeblich unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Opportunität und Durchsetzbarkeit erfolgt ist. Der offenkundige Legitimationsmangel könnte nur »geheilt« werden, wenn künftig in der Dimension vergleichbare Verbrechen ohne Ausnahme in gleicher Weise verfolgt oder zumindest glaubwürdige Anstrengungen für eine Verfolgung unter-

nommen werden. Davon sind wir aber, trotz der Bemühungen um eine erweiterte internationale Strafgerichtsbarkeit und der Nah- oder Fernwirkungen des Anti-Terrorkampfes, noch weit entfernt.

Propagandistischer Missbrauch von Menschenrechtsanklagen

Ähnlich zweideutig ist auch die Bilanz in der allgemeinen Menschenrechtsdebatte. Eine ganze Reihe von Staaten, darunter Länder des islamischen Kulturkreises, interpretieren in fundamentalen Fragen die Menschenrechte nicht im europäisch-amerikanischen Sinne und empfinden, wie dies Malaysias Ministerpräsident einmal formuliert hat, entsprechende westliche Forderungen als arrogant und anmaßend. Die Interpretationsdifferenzen beziehen sich dabei z. B. auf die Glaubens- und Pressefreiheit oder das Geschlechterverhältnis.

Die politische Kultur in denjenigen Ländern, in denen das Scharia-Recht als staatliches Recht gilt, und in anderen vergleichbaren Staaten ist oft sehr weit von den Ordnungsvorstellungen entfernt, die in westlichen Gesellschaften – zu Unrecht – als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Wer hätte dort, im Westen, etwa Verständnis für

eine staatliche Position, die eine zuverlässige statistische Erhebung über die Zahl der Angehörigen einer religiösen Minderheit verhindert, weil sie, die Minderheit, sich danach als zu groß erweisen könnte? Genau dies ist aber die seit langem bestehende Position des ägyptischen Staates gegenüber den Kopten.

Wer könnte sich im Westen, in unserer Zeit, einen Konflikt wie den algerischen Bürgerkrieg vorstellen, der inzwischen schon mehr – algerische – Opfer gekostet hat als der Kampf um die Unabhängigkeit. Natürlich ist dies ein Ausnahmefall, der nicht die Lage in der Mehrheit der islamischen Länder kennzeichnet, was übrigens auch für die Unterstützung der anti-amerikanischen Terroristen in diesen Staaten gilt. Manche Kommentatoren sehen in der kulturellen Destabilisierung Algeriens durch die Kolonialherrschaft einen Erklärungsansatz – eine Überlegung, die freilich die Frage offen lässt, weshalb in den meisten früheren Kolonialgebieten andere postkoloniale Konfliktformen entwickelt wurden.

Eine detaillierte Fernsehdokumentation eines Senders vor Ort über die Hinrichtung eines Palästinensers, dem Zusammenarbeit mit Israel vorgeworfen wurde, gehört ebenso in diesen Zusammenhang wie etwa die Freudenkundgebungen in einer Reihe von palästinensischen und anderen arabischen Städten, z.B. in Ägypten und im Irak, am 11. September oder generell die Feindbilddarstellung Israels in arabischen Publikationen. Antisemitische Positionen sind auch in syrischen oder palästinensischen Schulbüchern zu finden. Die jüngste *Holocaust-Konferenz* in Teheran diente leider nur dem Ziel, die Bedeutung des Völkermordes an den Juden zu relativieren und demgegenüber die Leiden des palästinensischen Volkes zu betonen. Ähnliches gilt für die Konferenz der Vereinten Nationen in Durban, bei der nur mit großen Anstrengungen eine Mehrheitsbildung dafür verhindert werden konnte, den Zionismus erneut als Erscheinungsform des »Rassismus« zu qualifizieren – eine Auffassung, die posthum Albert Einstein, Martin Buber, Kurt Weill, Mordechai

Anielewicz, den Kommandanten des Warschauer Ghettoaufstandes, und viele andere zu Rassisten stempelt. Das Ziel der Operation, an der sich die meisten arabischen Staaten und viele muslimische Länder beteiligten, ist klar: Israel soll delegitimiert, der Krieg gegen Israel zum Kampf für die Menschenrechte deklariert werden.

Besonders bedenklich ist, dass sich auch am Konflikt Unbeteiligte parteilich engagieren. In mehrfach wiederholten Fernsehsendungen hat sich vor kurzem die BBC mit dem Massaker in den Palästinenserlagern von Sabra und Shatila 1982 im Libanon befasst und erwägt, den israelischen Ministerpräsidenten Scharon wegen einer angeblichen Mitverantwortung als damaliger Verteidigungsminister anzuklagen. Entsprechende Ermittlungen hat jetzt ein Richter in Belgien aufgenommen. Dort sind Anklagen wegen bestimmter Delikte, zu denen Kriegsverbrechen gehören, auch ohne räumlichen oder personellen Bezug zu Belgien möglich.

Während des Libanonkriegs drangen damals israelische Streitkräfte unter Scharons Leitung bis nach Beirut vor, um pro-Einheiten im Südlibanon zu bekämpfen. Nach dem Attentat auf den designierten christlich-libanesischen Ministerpräsidenten Gemayel erlaubten die israelischen Militäreinheiten den christlichen Truppen, in die Palästinenser-Lager einzudringen, was zu Massakern an mehreren hundert Zivilisten führte. Scharon musste damals sein Ministeramt quittieren, weil ihm eine Kommission zum Vorwurf gemacht hatte, dass die Ausschreitungen der christlichen Truppen vorhersehbar gewesen seien.

Irritierend ist nicht, dass mit BBC ein Fernsehsender über diese Ereignisse nach fast zwanzig Jahren berichtet, sondern dass ein Richter isoliert gegen Scharon gerichtete Ermittlungen aufnimmt, ohne wenigstens zugleich eine derartige Untersuchung gegen die bekannten Kommandeure derjenigen Truppen zu führen, die das Massaker verübt haben. Irritierend ist ebenso, dass bei den



Friedhelm Boll
**Sprechen als Last
 und Befreiung:**
**Holocaust-Überlebende und poli-
 tisch Verfolgte zweier Diktaturen**

456 Seiten mit zahlr. Abb., Hardcover

DM 68,-/€ 34,80
 ISBN 3-8012-4123-8

Einfühlsame Darstellung und Vergleich lebensgeschichtlichen Erzählens von Überlebenden des Holocaust sowie von Opfern des Nationalsozialismus und des Stalinismus (SBZ/DDR). Am Beispiel eindrucksvoller lebensgeschichtlicher Interviews und einer detaillierten Presseanalyse der 50er Jahre werden Rivalitäten und Unterschiede der Opfergruppen sowie die Abhängigkeit des lebensgeschichtlichen Erzählens vom „Zeitgeist“ herausgearbeitet. Ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der deutsch-deutschen Erinnerungskultur und des Umgangs mit den beiden so unterschiedlichen Diktaturen.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

In der Raste 2
 D-53129 Bonn

Tel. 0228-23 80 83 Fax 0228-23 41 04
 info@dietz-verlag.de

Ermittlungen ein Kriegsverbrechen aus einer Vielzahl anderer aus dem Libanonkrieg herausgegriffen wird, obwohl vergleichbare Massaker und Verbrechen im gleichen Krieg ebenso gut wie die dafür jeweils Verantwortlichen bekannt sind. Man darf, um einen nicht in der Dimension, aber unter bestimmten Legitimationsaspekten vergleichbaren Fall heranzuziehen, gespannt sein, ob und wann nach den jüngsten Kongo-Enthüllungen Anklagen – wenigstens – gegen die belgischen Beteiligten an der Ermordung Lumumbas erhoben werden. Für diese Beteiligten trägt übrigens der belgische Staat unmittelbar Verantwortung.

Das Resümee muss folglich zwiespältig sein. Dass die Menschenrechte immer häufiger als kritischer Maßstab für staatliche Politik und für das Handeln nicht-staatlicher gewaltanwendender Organisationen verwandt werden, ist per se ein Fortschritt. Auch im Krieg oder in Konflikten mit Gewaltanwendung sind Minimalregeln zu beachten – das ist eine richtige globale Botschaft, nicht nur für anti-amerikanische Terroristen, ebenso, im Grundsatz, die Drohung mit internationaler Strafverfolgung bei schweren Verstößen gegen diese Regeln. Der gezielte Angriff auf unbewaffnete, unschuldige Zivilisten, auf Männer, Frauen oder Kinder ist ein Verbrechen, für das es keine politische, religiöse oder sonstige Rechtfertigung gibt – auch nicht mit der Berufung auf einen angeblich oder tatsächlich zu führenden »Befreiungskrieg«.

Der propagandistische Missbrauch von Menschenrechtsanklagen unter Missachtung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Gleichheit der Beurteilungsmaßstäbe in allen geografischen und politischen Himmelsrichtungen ist allerdings ein Problem, das zunehmend Bedeutung erhalten hat und voraussichtlich auch nach dem Antiterrorkampf behalten wird. Die nach neueren Untersuchungen wieder wachsende antisemitische Disposition, die in Deutschland keinesfalls nur im stigmatisierten Osten vor-

handen ist, spielt dabei eine Rolle. Zum Teil gilt das auch für in der Struktur naive Dritte-Welt-Sympathien oder Anti-USA-Ressentiments, wie selbst nach den Terroranschlägen vom 11. September in der Debatte zum Ausdruck kamen. Im muslimisch-arabischen Kulturkreis sind Vorstellungen über eine »Verschwörung« der westlichen Ungläubigen verbreitet, die eine realistische Beurteilung der eigenen und der fremden Verantwortung sowie die Abgrenzung gegenüber Terroristen nicht gerade erleichtern.

Verfahren ohne politischen Opportunitätsverdacht

Werden die Debatten national und international so weitergeführt, sind die Folgen absehbar: Menschenrechtsargumente werden, wie dies bereits heute für die Diskussion in den Vereinten Nationen gilt, zunehmend als politisches Schlagmittel wahrgenommen und damit entwertet. Im Ergebnis wird Macht- und Gewaltpolitik auf diesem Wege nicht durch glaubwürdig vertretene und angewandte Minimalregeln eingeschränkt und kontrolliert, sondern als durchsetzungsfähige, unersetzliche Größe bestätigt.

Die Erosion der Legitimation wird auch die internationalen Strafverfahren gegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfassen, wenn die Auswahl und die Richtung der Verfahren nicht mehr als bisher vom politischen Opportunitätsverdacht befreit werden können. Es kann auf die Dauer nicht überzeugen, wenn gegen Milosevic ein Strafverfahren eingeleitet, wegen des Giftgaskriegs im irakischen Kurdistan, um ein Beispiel unter anderen herauszugreifen, ein derartiges Verfahren aber noch nicht einmal diskutiert und von einigen Staaten, jedenfalls vor dem 11. September, darüber hinaus die Stärkung der Wirtschafts- und sonstigen Beziehungen zum Irak gefordert wird.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Glaubwürdigkeitslücke erkannt und ihre Wirkungen zeigen wird. Denn wichtig ist eine Strafverfolgung, die sich ohne Voreingenom-

menheit allein nach der Bedeutung der Taten richtet.

Keinen Bestand wird die von vielen europäischen Staaten bislang häufig angewandte opportunistische Praxis haben können, im Gewicht vergleichbare Menschenrechtsverletzungen in der politischen Beurteilung und in der Strafverfolgung ganz unterschiedlich zu behandeln, je nachdem, ob die jeweiligen macht- oder wirtschaftspolitischen Interessen Nachgiebigkeit und Verständnis oder Sanktionen zweckmäßig erscheinen lassen. Da nach dem Stand der internationalen Debatte und der Globalisierung, auch unter dem Zeichen des Kampfes gegen den Terror, ein Verzicht auf eine an den Menschenrechten orientierte Politik kaum in Frage kommt, werden am Ende auch die europäischen Staaten nicht umhin können, auf den verschiedenen Politikgebieten, z.B. beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, die Menschenrechtsentwicklung zu berücksichtigen. Auch die taktischen Bedingungen, die der neue Kampf gegen den Terror setzt, geben nicht für alle Fälle einen zuverlässigen Beurteilungsmaßstab, wie etwa die indische Unterdrückungspolitik in Kaschmir deutlich macht.

Es geht vor allem darum, politisches Handeln für die Menschenrechte an Maßstäben auszurichten, die global nachzuvollziehen sind, die sich, vor allem bei Sanktionen gegenüber Verstößen, aber auch in der Förderpraxis, auf wesentliche Fragen konzentrieren und dabei tatsächlichen oder angeblichen »Reformern« keinen Bonus mehr gewähren, hinter dem sich in Wahrheit vielfach nur Macht- oder Wirtschaftsinteressen verbergen.

Eine inkonsequente, opportunistische Position wird, selbst wenn sie vom Schirm einiger EU-Beschlüsse gedeckt sein sollte, auf die Dauer weder in der Außen-, noch in der Innenpolitik zum Erfolg führen. Das gilt auch während des »Kriegs« gegen den islamistischen Terror und für die Zeit nach seinem Abschluss.

FRANZ NUSCHELER

Global Governance

Begründungszusammenhänge – Widersprüche – Perspektiven

Das Konzept von *Global Governance* ist keine akademische Kopfgeburt, sondern der Versuch, eine politische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung zu finden. Diese ist kein Mythos oder Phantom, sondern eine historische Realität, für viele »Globalisierungsgegner« schon ein Horror- und Bedrohungsszenario. Zu den vielschichtigen Entwicklungstrends in Weltgesellschaft, Weltwirtschaft und Weltpolitik folgende Thesen:

Erstens: Die Globalisierung ist weder etwas völlig Neues, sondern die Beschleunigung der schon vor Jahrhunderten eingeleiteten »Europäisierung der Welt«, noch ein schicksalhaftes Naturereignis, sondern das Ergebnis politisch gewollter Deregulierungsstrategien. Es ist müßig, sie zu verteufeln, weil es unmöglich ist, aus den Entwicklungstrends der Weltgeschichte auszusteigen, aber es ist dringend geboten, ihre Eigendynamik politisch zu steuern und die Gestaltungskraft der Politik zu stärken.

Zweitens: Die Globalisierung birgt Risiken und Chancen; sie hat Gewinner und Verlierer, sowohl auf der Ebene der Staatenwelt als auch innerhalb der Gesellschaften in allen Weltregionen. Sie nutzt einerseits der technologisch überlegenen oecd-Welt und bietet wettbewerbsfähigen Schwellenländern neue Chancen auf dem durch die wto (*World Trade Organization*) deregulierten Weltmarkt; sie droht andererseits, ganze Regionen wirtschaftlich und politisch noch weiter zu marginalisieren.

Drittens: Der Weltmarkt fungiert als Weltgericht über die Wettbewerbsfähigkeit und damit über die Entwicklungsfähigkeit von Nationen. Unter den verschärften internatio-

nen Konkurrenzbedingungen geraten überall, auch in den oecd-Ländern, Sozial- und Umweltstandards unter Druck. Der zunehmend deregulierte Freihandel verstärkt die Versuchung, auf dem Rücken von Mensch und Natur Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Ohne ordnungspolitische Bändigung des Konkurrenzprinzips würde sich das sozialdarwinistische Prinzip des »*Survival of the Fittest*« durchsetzen.

Viertens: Die Frage der Beherrschbarkeit von Weltproblemen, denen sich in der »globalen Risikogesellschaft« (*Ulrich Beck*) kein Staat entziehen kann, ist zum zentralen Problem der Weltpolitik geworden. Mit der Globalisierung von Ökonomie und Technologie, von Kommunikation und Transportsystemen, internationalisieren sich auch Fehlentwicklungen. Auch Probleme in scheinbar weit entfernten Regionen – wie Verelendung, Umweltzerstörungen, armutsbedingte Migration oder Kriege – haben globale Bumeffekte.

»Ist die Erde noch regierbar?«

Der israelische Politologe Yehezkel Dror stellte in einem Bericht an den *Club of Rome* (1994) die skeptische Frage: »Ist die Erde noch regierbar?« Seine Antwort lautete: Auf herkömmliche Weise nicht mehr. Weil sich die Schere zwischen der Globalisierung der Weltprobleme und der Fähigkeit der Staatenwelt, sie mit den herkömmlichen Verfahren und Instrumenten der nationalstaatlichen Macht- und Interessenpolitik zu bewältigen, immer weiter öffnet, muss die Politik neue Wege in der Innen- und Außenpolitik beschreiten. Wenn sich die Probleme globalisieren, muss sich auch die Politik globalisieren. Dann genügt auch nicht mehr ein punktuell und reaktives Krisenmanagement, sondern es müssen neue Ordnungsstrukturen geschaffen werden.

Den Versuch, Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung zu finden, nennen die einen Globalpolitik oder Weltinnenpolitik, andere Weltordnungspolitik oder globale Strukturpolitik, viele inzwischen *Global Governance*, nachdem die von Willy Brandt angeregte *Commission on Global Governance* diesen Begriff in die internationale Diskussion eingeführt hat. Aber auch mit diesem Begriff werden sehr unterschiedliche Vorstellungen assoziiert.

Bausteine der

Global Governance-Architektur

In der Diskussion über die Chancen, den Weltfrieden zu organisieren und die Weltprobleme zu bewältigen, hält eine kleine Gruppe von »Globalisten« an der Vision eines Weltstaates fest. Dieses Plädoyer für einen Weltstaat teilen die *Global Governance*-Architekten nicht. Sie betonen stattdessen:

Erstens: Global Governance heißt nicht *Global Government*. Ein Weltstaat ist weder eine realistische noch eine erstrebenswerte Option, weil er kaum demokratische Legitimation gewinnen könnte und weit entfernt von den zu lösenden Problemen wäre. Weltweit steht Dezentralisierung auf der politischen Reformagenda. Die Vision von *Global Governance* entspricht eher der bereits von Immanuel Kant anvisierten Weltföderation von freien Republiken mit einem notwendigen Minimum an Zentralstaatlichkeit. Der Philosoph Otfried Höffe brachte diese Vision auf den Begriff der »föderalen und subsidiären Weltrepublik«.

Zweitens: Global Governance beruht auf verschiedenen Formen und Ebenen der internationalen Koordination, Kooperation und kollektiven Entscheidungsfindung. Internationale Organisationen übernehmen diese Koordinationsfunktion und tragen zur Herausbildung globaler Sichtweisen bei. Regime übersetzen den Willen zur Kooperation in verbindliche Regelwerke. In solchen Regimen verpflichten sich die Staaten durch vertragliche Vereinbarungen zur

Bearbeitung von gemeinsamen Problemen. Auch Hegemone lassen sich auf solche Regime ein, weil sie etwas regeln, was ihnen für das eigene Wohlergehen wichtig ist und was sie nicht allein regeln, aber kraft ihrer Machtfülle zum eigenen Vorteil beeinflussen können.

Drittens: Der Zwang zur Kooperation verlangt Souveränitätsverzichte, die Globalisierungseffekte und Interdependenzstrukturen schon längst erzwungen haben. Die zunehmende Entgrenzung der Staaten- und Wirtschaftswelt macht das traditionelle Verständnis von Souveränität zu einem anachronistischen Relikt des Westfälischen Staatensystems. Auch die Großmächte müssen sich mit »geteilten Souveränitäten« abfinden, die keinen Verlust, sondern einen Zugewinn an gemeinsamer Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit bewirken können.

Viertens: Die Neuverteilung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gewichte, die auf den Begriff der »multipolaren Welt« gebracht wurde, war begleitet von einem Prozess der Regionalisierung, der durch den Globalisierungsdruck noch verstärkt wurde. Die Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Regionalisierung gehört zu den strukturbildenden Entwicklungstrends der Weltwirtschaft und Weltpolitik. In allen Regionen formieren sich mehr oder weniger erfolgreiche Kooperations- oder Integrationszonen. *Global Governance* muss auf solchen regionalen Kooperationskernen aufbauen und sie als organisatorischen Unterbau nutzen, weil das Subsidiaritätsprinzip auch im globalen Kontext sinnvoll bleibt.

Fünftens: Global Governance ist kein Projekt, an dem nur Regierungen oder internationale Organisationen als Instrumente der Staatenwelt beteiligt sind. Das neue und unterscheidende Konzept der *Commission on Global Governance* liegt nicht nur in einem Mehr an staatlich organisiertem Multilateralismus, sondern im »Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren von der lokalen bis zur globalen



Foto: Corm K. Gaare/images.de

September 2000: Kampf gegen die Globalisierung am Rande des IMF-/WTO-Gipfeltreffens in Prag.

Ebene«. Die sich herausbildenden globalen Politiknetzwerke beziehen nicht nur die global operierenden »Multis« und Medienkonzerne, sondern auch die zunehmend transnational organisierten Nichtregierungsorganisationen (NGO's) in Konsultations- und Entscheidungsmechanismen ein. Die NGO's gehören längst zur Dramaturgie von Weltkonferenzen und erhielten in einzelnen »weichen« Politikbereichen (Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik) neben der konsultativen und korrektiven auch eine mitgestaltende Funktion. Die Staatenwelt kann nicht mehr wie auf dem Wiener Kongress in diplomatischer Exklusivität schalten und walten. Deshalb sprach UN-Generalsekretär Kofi Annan schon von einer »stillen Revolution« hinter den Kulissen der Staatenwelt.

Die Nationalstaaten bleiben aber die Hauptakteure der internationalen Politik, die

weiterhin allein autoritative Entscheidungen treffen können: Sie bilden weiterhin die tragenden Pfeiler der *Global Governance*-Architektur. Sie ist aber ohne netzwerkartige Verbündungen mit der Wirtschafts- und Gesellschaftswelt nicht mehr tragfähig. *Public-private partnership* bedeutet, dass der Staat in Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppen gemeinsame Problemlösungen erarbeiten muss. Längst haben sich partizipatorische *bottom-up*-Entscheidungsverfahren als leistungsfähiger gegenüber zentralistischen *top-down*-Verfahren erwiesen.

Voraussetzungen für Global Governance

Die *Commission on Global Governance* betonte drei Voraussetzungen für das Funktionieren von *Global Governance*, die schon Kant in seinen drei ersten Definitivartikeln zum *Ewigen Frieden* eingefordert hatte: Erstens kann ein langfristig gesicherter Frieden nur in und

zwischen rechtsstaatlich verfassten (»republikanischen«) Staaten entstehen. Zweitens braucht eine friedensfähige Weltpolitik zwar keinen Weltstaat, aber die regulierende Kraft eines innerhalb der Föderation freier Republiken verbindlichen Völkerrechts. Drittens muss die sich herausbildende Weltgesellschaft auf einer »weltbürgerlichen Verfassung« mit »Weltbürgerrechten«, also auf dem Fundament von universellen Menschenrechten, aufbauen, das der Theologe Hans Küng auf den Begriff der Weltethik brachte.

Die Herausbildung einer internationalen Kooperationskultur setzt neben allgemein akzeptierten Regelwerken und Verfahrensregeln in Verhandlungssystemen ein Fundament an gemeinsamen Werten und Handlungsprinzipien sowie ein Mindestmaß an Vertrauen, Verlässlichkeit, Kompromissfähigkeit und Respekt vor den legitimen Interessen anderer voraus. Verbindliche Regelwerke bilden die Voraussetzung für jedwede Ordnung, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene.

Widersprüche zwischen Einsichten und Handeln

Die prinzipielle Übereinstimmung über die normativen Strukturprinzipien von *Global Governance* ist groß. Vom Konsens in Prinzipien zum Handeln nach diesen Prinzipien ist jedoch erfahrungsgemäß ein weiter Weg. Zwar wuchs unter den weltpolitischen Akteuren die Einsicht, dass die Globalisierung die Problemlösungsfähigkeit der Nationalstaaten überfordert und die bisher praktizierten Mechanismen des internationalen Krisenmanagements – sei es im Rahmen der G7/G8 oder des UN-Sicherheitsrates – den sich abzeichnenden Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Der Problemdruck erzwang diese Einsicht. Aber ihr folgte nur ein zögerliches Durchwursteln zu einem reaktiven *ad hoc*-Krisenmanagement, das vor allem dann funktioniert, wenn die Interessen wichtiger Staaten bedroht sind.

Wir sind in der Tat in den 90er Jahren nicht, wie nach dem Ende des Kalten Krieges erhofft, einer »neuen Weltordnung« näher gekommen, sondern erlebten vielmehr Rückfälle in eine nur partiell durch internationale Regelwerke geordnete »Weltunordnung« und eine Krise des Multilateralismus, weil vor allem die Supermacht USA der Maxime folgte: Soviel Unilateralismus wie möglich, nur soviel Multilateralismus wie für das Eigeninteresse unbedingt nötig. Zur Illustration einige Beispiele:

Wir haben zwar inzwischen mit der WTO ein umfassendes Handelsregime, aber noch keine sozialen und ökologischen Leitplanken, die der Ausbeutung von Mensch und Natur und dem »Raubtier-Kapitalismus« (*Helmut Schmidt*) Grenzen setzen könnten. Wir haben noch keine internationale Wettbewerbsordnung, die die Belohnung eines solchen Verhaltens im internationalen Konkurrenzkampf verhindern könnte; und wir haben noch keine internationale Währungsordnung, die den spekulativen »Casino-Kapitalismus« bändigen könnte.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben zwar mit der auf der Rio-Konferenz von 1992 verabschiedeten *Agenda 21* ein umfassendes Aktionsprogramm zur Bewältigung der globalen Umweltprobleme, aber wir erlebten auf den Folgekonferenzen ein peinliches Feilschen der Staaten, sich unter dem Druck von mächtigen Interessengruppen möglichst um verbindliche Auflagen zur Verminderung der Umweltbelastungen zu drücken.

Lassen diese Beobachtungen nicht den Schluss zu, dass alles Rufen nach *Global Governance* den »globalen Kampf aller gegen alle« nicht verhindern könne? Man könnte aber auch einen ganz anderen Schluss ziehen: Weil die Staatenwelt mit den konventionellen Methoden und Instrumenten die Weltprobleme nicht lösen kann, müssen die Weichen der Weltpolitik neu gestellt werden.

Vision oder Illusion?

Das *Global Governance*-Projekt wurde mit mehrfachen Einwänden konfrontiert: Es sei ein theorieloses Konstrukt, das sich aus der kritischen Analyse der rauen Gegenwart in voluntaristische Zukunftsvisionen flüchte; es blende den Machtfaktor und Hegemonialinteressen aus und liefere deshalb angesichts der realen Machtverhältnisse in der Weltpolitik und globalen Ökonomie nicht einmal eine konkrete Utopie für die Welt von morgen. »Realisten« in Politik und Wissenschaft erkennen im Gefolge der Globalisierung eher verschärfte Konkurrenzsituationen, Deregulierungswettläufe und Handelskonflikte. Zum Beginn des 21. Jahrhunderts ist *Global Governance* in der Tat noch ein brüchiges Projekt.

Es gibt aber auch Entwicklungen, die *Global Governance* noch nicht zur Illusion machen: die Einrichtung einer Reihe von Regimen, die in verschiedenen Politikfeldern die internationale Zusammenarbeit vertiefen und verregeln; die Gründung des *Internationalen Strafgerichtshofes*, der weltweit Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden soll; eine »Politik der Einmischung« zur Verbesserung der Menschenrechtslage und Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit; die Herausbildung einer internationalen Zivilgesellschaft, die Politik nicht mehr den Staaten überlässt; den Versuch von Weltkonferenzen, kooperative Lösungen für die drängendsten Weltprobleme zu erarbeiten.

Der Problemdruck der steigenden Transaktionskosten wird auch die *Global Players* zur Regulation der unkontrollierten Eigendynamik der Globalisierung und die »einsame Supermacht« USA zur internationalen Kooperation zwingen, weil sie nicht allein oder im Verbund der NATO das Problem der Regierbarkeit der Welt lösen kann. Hegemoniale Weltordnungsvorstellungen haben in einer polyzentrischen Welt keine Zukunft. *Global Governance* ist kein romantisches Projekt für eine heile »Eine Welt«, sondern eine realistische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

BIRGIT MAHNKOPF

Irrwege in der Gerechtigkeitsdebatte

Während »moderne Sozialdemokraten« dafür plädieren, »gerechte Ungleichheiten« als Grundlage eines zeitgemäßen Gerechtigkeitsverständnisses anzuerkennen (Th. Meyer) und in »produktivitätsorientierten Ungleichheiten« einen »Katalysator für individuelle und gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten« sehen (W. Clement), wird erstmals von einer deutschen Bundesregierung ein »Armuts- und Reichtumsbericht« vorgelegt. Das muss irritieren.

Einerseits gibt es ein volkswirtschaftliches Mehr an Einkommen, Vermögen, Bildung und Wohnungsversorgung in Deutschland. Andererseits sorgt die Verteilung dieser Güter und Chancen dafür, dass einige Menschen über eine deutlich verbesserte Ressourcenausstattung verfügen, einen immer aufwendigeren Lebensstil pflegen und immer größere Vermögen anhäufen, während andere mit krasser Unterversorgung und Ausgrenzung konfrontiert sind. In den letzten Jahren ist die Ungleichheit der Vermögen, Einkommen und Bildung in Deutschland nachweislich gestiegen; v. a. die Verteilung der Einkommen ist in den 90er Jahren ungleicher geworden. Sie liegt heute zwar noch unter dem britischen und französischen Niveau, aber deutlich über dem dänischen und holländischen. Die Zunahme von Armut und Reichtum in Deutschland und der Sachverhalt, dass in der »sozialen Mitte« der Gesellschaft immer mehr Menschen in »prekärer Wohlstand« (M. Vester) leben, also durch unerwartete Schicksalsschläge leicht in den »sozialen Abgrund« rutschen können, ist auf die Zunahme von Arbeitsverhältnissen zurückzuführen, die mit einem hohen Beschäftigungsrisiko und mit Einkommensunsicherheit einher gehen. Auch in Deutschland gibt es die »Armut in der Arbeit«.

Arm sind in Deutschland vor allem die Immigranten – 20 % von ihnen sind arm, 60 % arbeiten unter der Schwelle der Niedrigeinkommen – und die Kinder. Mit ihrer Zahl

wächst zugleich die Zahl der Jugendlichen, die mit vielen *handicaps* in den wirtschaftlichen Wettbewerb eintreten. Einige der *handicaps* sind auf ein Bildungssystem zurückzuführen, das durch eine frühe Trennung der Schüler im Kindesalter die soziale Ungleichheit verstärkt und dafür sorgt, dass sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche »unter sich« bleiben.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, warum Sozialdemokraten für die Anerkennung jener »gerechten Ungleichheiten« streiten, »die aus dem verschiedenartigen Gebrauch der Freiheit der Einzelnen und aus ihren unterschiedlichen Beiträgen zur Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft folgen« (*Th. Meyer*). Denn in der Konsequenz läuft ihr Plädoyer für »gerechte« oder »produktionsorientierte« Ungleichheiten darauf hinaus, die Ergebnisse des Marktwettbewerbs *erstens* zu akzeptieren, *zweitens* normativ zu legitimieren. *Drittens* werden dadurch staatliche Eingriffe der sekundären Umverteilung, die für eine Beseitigung entwürdigender Armut unabdingbar sind, delegitimiert. Vor allem aber wird suggeriert, dass die strukturelle Unter- und Überbewertung von Leistungen, mit der wir es unter den Bedingungen globalen Wettbewerbs zu tun haben, deswegen gerecht sei, weil sie den unterschiedlich wertvollen Beitrag Einzelner zum Wohle aller Ausdruck verleihe.

Doch woran sollen die Leistungsbeiträge bemessen werden, welche (noch) mehr Ungleichheit der Einkommen und der Lebenschancen rechtfertigen könnten? Soll die Schaffung von Arbeitsplätzen der Maßstab sein – unabhängig davon, um welche Art von Arbeit es sich dabei handelt? Oder vielleicht die Steigerung des Bruttosozialprodukts – auch wenn sich dieses nicht in einem höheren Steueraufkommen und folglich auch nicht in der Bereitstellung von mehr und qualitativ besseren öffentlichen Dienstleistungen niederschlägt?

Womöglich wäre die Steigerung der Konsumnachfrage der Privathaushalte ein Maßstab – selbst wenn diese mit einem weiter

wachsenden Ressourcen- und Stoffverbrauch zusammengeht und die ökologische Krise verschärft? Und welche Instanz sollte die individuellen Beiträge für die öffentliche Wohlfahrt bewerten? Wenn dies dem Markt überlassen bleibt, können nur Anbieter knapper Ressourcen auf eine Honorierung ihrer Leistungen hoffen. Dann wären Gehaltserhöhungen um die 30-35 %, wie sie vor gar nicht langer Zeit von den streikenden Piloten der Lufthansa gefordert wurden, der Inbegriff »gerechter Ungleichheit«.

Oder soll auch unter den Bedingungen globalen Standortwettbewerbs versucht werden – und dies wäre Aufgabe der Politik –, Instrumente und Regeln zu finden, mit denen sich das »rechte Maß« für die Bewertung von Leistungen und Gegenleistungen, Lasten und Entschädigungen, Rechten und Pflichten bestimmen lässt? Dabei könnte es dann aber nicht allein um jene Tätigkeiten gehen, die als »produktive« mit einem Preis versehen sind. Denn »reproduktive« Tätigkeiten – die größtenteils unbezahlt und in der Regel von Frauen ausgeführt werden – sind für den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang sicherlich ebenso wichtig wie produktive Leistungen, die im erwerbswirtschaftlichen System erbracht werden.

Das Plädoyer für »produktivitätsorientierte Ungleichheit« führt in die Irre. Denn es basiert auf dem »Wachstumssyndrom«, das dem reformistischen Projekt der »alten« Sozialdemokratie zugrunde lag, von dem aber insbesondere aus ökologischen Gründen Abschied zu nehmen ist. Außerdem stellt die arbeitsgesellschaftliche Verankerung der Grundwerte keine tragfähige Grundlage für eine zukunftsweisende Politik dar: Erwerbsarbeit schafft heute für wachsende Teile der Bevölkerung selbst in den Industrieländern keine Sicherheit mehr, mit der sich ein Leben planen, gestalten, autonom führen ließe. Dadurch verliert die sozialdemokratische Leitidee von der sozialen Integration durch Erwerbsarbeit an Plausibilität.



Foto: dpa

Im November 2000 wurde in Schwerin eine neue Arbeitsamt-Hochschule eröffnet.

Allzu leicht verleitet die Fixierung auf den Skandal hoher und dauerhafter Arbeitslosigkeit dazu, die Integration in den Arbeitsmarkt um jeden Preis zu fordern oder gar zu erzwingen. Dies geschieht durch die Diskreditierung von Arbeitslosen als »Faulenzer« und dies in einer Zeit, da die Unternehmen mehrere tausend von Arbeitsplätzen abbauen. Diesem Ziel dient auch die aktuelle Debatte über autoritative Maßnahmen, mit denen Sozialhilfeempfänger in jedwede Erwerbstätigkeit gezwungen werden sollen. Darin ist impliziert, dass soziale Unterstützungsleistungen sich nicht mehr an der Sicherheit (von Einkommen und Lebensumständen) sondern an der Nützlichkeit des Einzelnen für die Gesellschaft orientieren. In dieselbe Richtung zielt auch eine staatliche Förderung von Niedriglohnjobs.

Kein Rekurs mehr auf eine menschenwürdige Arbeit

Mit Gerechtigkeit hat eine solche Politik nichts zutun. Denn *erstens* würde eine (weitere) Entlastung der Arbeitgeber von Sozialleistungen die Kosten für die soziale Sicherung von Billigstarbeitnehmern auf die Gemeinschaft der Lohnsteuerzahler, die über die Lohn- und die Mehrwertsteuer ohnehin mehr als zwei Drittel des Staatshaushaltes finanzieren, verschieben. *Zweitens* sind die Beschäftigungs- und Qualifizierungseffekte einer derartigen Maßnahme mehr als fraglich. *Drittens* ist dann in vielen Branchen mit einem verstärkten Druck auf das gesamte Lohngefüge zu rechnen. Vor allem aber handelt es sich dabei um eine geschlechtsblinde Empfehlung. Denn die Arbeitsplätze, um die es hier geht, sind schon heute eine »Frauendomäne«; sie sind niedrig bezahlt, weil sie

arbeitsintensiv sind, nicht weil sie lediglich geringe Qualifikationen verlangen. Ihrer Höherqualifizierung steht vor allem entgegen, dass sie als weibliche Tätigkeiten angesehen und deshalb unterbezahlt werden. Bei einer Förderung der ohnehin zunehmenden Niedriglohnarbeit muss daher mit einer Verlängerung des asymmetrischen Geschlechtervertrages gerechnet werden. Wenn gleichzeitig der Druck zur Aufnahme von schlecht bezahlter Erwerbsarbeit erhöht wird, bedeutet dies eine Privatisierung des Problems der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit auf Kosten der Frauen.

Doch die Arbeitslosigkeit stellt nur einen Teil jener globalen »Politischen Ökonomie der Unsicherheit« dar, die Grunderfahrungen aus der »vor-fordistischen« Periode des Kapitalismus zu neuem Leben erweckt. Was Arbeitslosigkeit zu einem für demokratische Gesellschaften bedrohlichen Problem macht, kennzeichnet inzwischen auch viele Erwerbsarbeitsverhältnisse: der Mangel an sozio-ökonomischer Sicherheit in all ihren Facetten. Dazu gehört die Einkommens- und die berufliche Sicherheit, vor allem aber die Sicherheit kollektiver Interessenvertretung, von der die Möglichkeit abhängt, Widerspruch (»voice«) anmelden zu können. Dazu kommen die Zukunftsangst und die Angst vor dem »sozialen Absturz«, physischer und psychischer Stress, der sich zu veritablen Krankheitsbildern verdichtet und gar nicht so selten auch Entwürdigung, Demütigung und Armut in der Erwerbsarbeit.

Lebendige Demokratien sind auf Menschen angewiesen, die selbstverantwortlich handeln können. Dies ist aber nur möglich, wenn sie keine Angst um das tägliche Überleben haben müssen. Das Gebot der Gerechtigkeit verlangt eine Angleichung von Vorteilen, die Resultat von Umständen sind, für die einzelne Menschen nicht verantwortlich gemacht werden können; es verlangt aber zugleich, dass Freiheitsrechte auf einem Sockel von Sicherheiten aufliegen, so dass die Individuen fähig sind, selbstkontrolliert und sozial verantwort-

lich handeln und entscheiden zu können. Daher sollte Sicherheit zu jenen »Grundgütern« gehören, die allen Menschen als Voraussetzung dafür zur Verfügung stehen, einen rationalen Lebensplan verfolgen zu können.

Grundwertegeleitete Politik kann sich daher nicht an einem *Recht auf Arbeit* – so wie in der Nachkriegszeit von Sozialdemokraten gefordert – orientieren. Noch weniger kann sie sich eine staatlich erzwungene *Pflicht zur Arbeit* zu eigen machen, wie sie der liberale Diskurs zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Bedingung dafür fordert, Unterstützung durch die Gemeinschaft zu erhalten und als Bürger anerkannt zu werden. Politik, die sich den Grundwerten Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität verpflichtet weiß, kann nur für *decent work*, für eine *menschenwürdige Arbeit*, eintreten. Eine Rückbesinnung auf den Beginn des 20. Jahrhunderts, als Sozialdemokraten sich für die *Rechte der Arbeiter* stark machten und deren Streben nach sozialem Status, Würde, Sicherheit und Autonomie unterstützten, könnte hier hilfreicher sein als Anleihen bei einem modernisierten Paternalismus, der die abhängige Arbeit idealisiert, Unterstützungsleistungen an Wohlverhalten koppelt – v. a. daran, jede Art von Job oder Ausbildung anzunehmen – und die Armen überwacht, statt die Armut zu bekämpfen.

Unter den Bedingungen von Globalisierung und Flexibilisierung ist eine neue Vision von Verteilungsgerechtigkeit gefordert. Doch kann diese nur gefunden werden, wenn zuerst die neoliberale Grundannahme zurückgewiesen wird, dass Unsicherheit und substanzielle Ungleichheit für ökonomisches Wachstum notwendig und daher, wenn schon nicht erstrebenswert, so doch unvermeidlich wären. Denn hinter dieser Annahme verbirgt sich ein neo-darwinistisches Menschenbild, wonach Menschen durch Sicherheit gefährdet, weil »abhängig« gemacht werden. Doch die Idee der sozialen Demokratie, die die bürgerlichen und politischen um soziale Bürgerrechte ergänzt hat,

bezog ihren Impetus gerade daraus, dass die wechselseitigen Abhängigkeiten, die in modernen Gesellschaften bestehen, anerkannt und einer Institutionalisierung zugänglich gemacht wurden.

Heute versuchen die Privilegierten, sich aus den Verpflichtungen zu stehlen, die aus der Idee sozialer Bürgerrechte folgt, indem sie den »Anderen« weismachen, sie seien eigentlich gar nicht »abhängig« und könnten sich durch Selbsthilfe aus den Fallstricken ihrer Existenz befreien. Doch nicht allein das untere gesellschaftliche Fünftel bleibt weiterhin angewiesen »auf die klassischen Solidaritäten, Schutzmechanismen und staatlichen Ausgleichshandlungen«, auf »einen handlungsfähigen Staat, der robust Transfers von oben nach unten erzwingt«, auf »kräftige Institutionen, die entschieden ihre Interessen vertreten« und »kollektiv organisierte Versicherungssysteme, die ihnen verlässlich Schutz bieten« (*Franz Walter*).

Wer im Namen der Gerechtigkeit wirklich etwas gegen die Verbreitung sozio-ökonomischer Unsicherheit auf formellen Arbeitsplätzen, im Schattenreich der informellen Ökonomie oder im Zustand der Arbeitslosigkeit unternehmen will, kann nicht gleichzeitig die Sicherung lokaler Wettbewerbsfähigkeit im globalen Standortwettbewerb über alle anderen politischen Ziele stellen, der muss wohl zuvorderst versuchen, die Besteuerungs- und damit auch die Steuerungsfähigkeit des Staates wieder herzustellen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die globalen Geld- und Kapitalmärkte einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Wer diese Konsequenz scheut und sich statt dessen darauf verlegt, den Teufel mit dem Belzeub – oder: die Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitszwang – auszutreiben, kann die eigentlich zentralen Fragen der Zeit vielleicht ignorieren, aber sicherlich nicht beantworten: Die Frage danach, wieviel Ungleichheit für eine demokratische Gesellschaft erträglich und für den Weltfrieden zulässig

ist und die andere, wie soziale Ungleichheit sich verringern lässt, wenn – anders als im »goldenen Zeitalter des Kapitalismus« in den Industrieländern – exponentielles Wachstum aus ökonomischen und ökologischen Gründen nicht mehr als Vehikel zur Verfügung steht, um schärfere Verteilungskonflikte zu vermeiden. Und genau darum wird es im 21. Jahrhundert gehen: um die schärfsten Verteilungskonflikte, die die Welt je erlebt hat (*E. Hobsbawm*).

HEINZ THÖRMER

Was meint Gleichheit heute?

I.

»Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit« – das sind die Worte, die mit goldenen Lettern in zahlreiche SPD-Traditionsfahnen eingestickt sind.

Die Begriffe Freiheit und Brüderlichkeit – geschlechtsneutral: Solidarität – sind als sozialdemokratische Grundwerte unumschränkt akzeptiert und anerkannt. Wie aber steht es um die Gleichheit?

Dieser alte Grundwert scheint in Verruf gekommen. Er wird – jedenfalls in vielen öffentlichen Diskussionen – nur noch mit Gleichmacherei gleichgesetzt. Und wer will die schon.

Gleichheit als traditioneller sozialdemokratischer Grundwert verfolgt jedoch gerade *nicht* das Ziel der Gleichmacherei. Im Art. 3 unseres Grundgesetzes ist der Gleichheitsgrundsatz formuliert worden. Dort heißt es:

»(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.«

Darüber hinaus garantiert das Grundgesetz das gleiche Stimmrecht. Betrachtet man näher die Gleichheit vor dem Gesetz oder populärer gesprochen »gleiches Recht für alle«, so wird deutlich, dass dies allein nicht ausreichen kann, um dem Gleichheitsgebot zu folgen. Ich verweise auf das hübsche Bonmot eines französischen Autors, der sehr richtig bemerkte: »Arme und Reiche haben also das gleiche Recht, unter den Brücken von Paris zu schlafen.« Das kann es ja nicht gewesen sein.

Hinzu kommen muss also das, was in der Bundesrepublik immer noch unter dem Stichwort Chancengleichheit diskutiert wird. Und Chancengleichheit führt ohne Umweg zum Thema soziale Gerechtigkeit, die für den Gleichheitsgrundsatz die zentrale Grundlage bildet.

II.

Anhand von Beispielen aus Niedersachsen möchte ich darstellen, wie ein solcher abstrakter Anspruch: »Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit« konkret umgesetzt werden kann. Dem Bildungsbereich kommt angesichts der erheblichen gesellschaftlichen Veränderungen eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung von Chancengleichheit zu. Hier hat die Politik die Aufgabe, die Startbedingungen für die Jugend zu schaffen, damit sie in der Zukunft eine reale Chance hat und in der Lage ist, die Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

So wird in Niedersachsen dafür gesorgt, dass die Voraussetzungen schnell geschaffen werden, dass möglichst alle niedersächsischen Schülerinnen und Schüler die Grundfertigkeiten des Umgangs mit den Informationstechnologien in der Schule erlernen können. Neben der Verbreiterung des Verständnisses der Jugend für diese Basistechnik ist dies deshalb ein Beispiel für Chancengleichheit, weil wir verhindern müssen, dass die finanziellen Ressourcen des Elternhauses darüber entscheiden, ob die Basiskenntnisse der Infor-

mationstechnologie zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erlernt werden können oder nicht.

Es ist aber nicht damit getan, dass die Schulen mit Computern und Internet-Anschluss ausgestattet werden. In den Jahren 2000 und 2001 werden auch über 5.000 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt.

In den Schulen hat der Markenfetischismus unter den Jugendlichen extrem Platz gegriffen. Wer heute in der Schule nicht die richtigen Marken bei der Bekleidung, Sportartikel usw. vorweisen kann, der ist *out*, ein Langweiler, der links liegen gelassen wird. Die richtigen Marken zu benutzen sind gegenwärtig anscheinend die Qualitätskriterien, nach denen Zugehörigkeit und Ausgrenzung organisiert wird.

Und der Besitz eines Handy scheint ja selbst für 12jährige inzwischen zur Grundausstattung zu gehören; auf die Kosten des Betriebs wird gar nicht mehr geachtet. Nun kann aber ein beachtlicher Teil der Eltern diese hohen finanziellen Mittel zur Ausstattung ihrer Kinder – die ja auch dauernd *trendy* sein müssen – nicht aufbringen. Die Frage, ob wir solche Deklassierungsstrategien weiterhin hinnehmen sollen oder nicht im Sinne der Chancengleichheit verhindern oder zumindest einschränken sollten, müssen wir uns stellen. Ich will nicht soweit gehen und – wie in England – für eine einheitliche Schulkleidung plädieren. Selbstverständlich würden gegen einen solchen Vorschlag sofort eine große Anzahl von Einwendungen vorgebracht werden. Wir müssen aber adäquate Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Fragen finden, auch wenn dabei eingefahrene Wege verlassen werden. Dabei steht für mich außer Frage, dass wir gerade bei der Diskussion solcher veränderten Problemstellungen die junge Elterngeneration stärker einbeziehen müssen, als dies bisher gelungen ist.

Dies sind Beispiele aus Niedersachsen, die verdeutlichen sollen, wie ein theoretischer Anspruch auf Chancengleichheit praktisch



Foto: dpa

»Das Menschenrecht auf individuelle Souveränität schließt unterschiedliche Ergebnisse menschlichen Handelns und Wirkens mit ein.«

im Alltag erlebbar gemacht werden kann und dies auch dabei hilft, dass sich Sozialdemokraten von der diffamierenden Interpretation der Konservativen abgrenzen können. Angesichts der rasanten Veränderungen in unserer Gesellschaft dürfen gerade Sozialdemokraten nicht die Rolle des Heizers auf der E-Lok übernehmen, sondern müssen der Bevölkerung situationsgerechte Lösungen anbieten.

III.

Umfragen belegen, dass gerade sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler viel von dem Grundsatz Gleichheit halten – und nun zunehmend enttäuscht sind. Am krassen ist das zur Zeit in Österreich zu beobachten, wo die Sozialdemokratie im Herbst 1999 ein historisches Wahldesaster erleben musste.

Von denjenigen traditionell spö-Wählenden, die diesmal ihre Stimme *nicht* »ihrer Partei« gaben, nannten 54 % als Grund: »weil die sozialdemokratischen Grundsätze (von der spö-geführten Regierung) vernachlässigt wurden.«

In Deutschland sind – nach Berechnungen des Berliner Wahlforschers Richard Stöss – 46 % der Wählerinnen und Wähler der Unterschicht, 31 % der Mittelschicht und 20 % der Oberschicht zuzuordnen. Noch ist dabei die spd-Anhängerschaft in der Unterschicht leicht über- und in der Oberschicht leicht unterrepräsentiert.

Wie auch immer man die Grenzen zwischen den Schichten ziehen mag, wie immer man gewichtet: Die Tendenz ist beachtlich genug, um politischen Schluss-

folgerungen nicht länger auszuweichen. Denn hinzu kommen weitere Daten, von denen ich nur auf Zahlen aus Allensbach hinweisen möchte: 70 % unserer Bevölkerung, also eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit ist nach einer Umfrage aus dem Frühjahr dieses Jahres der Ansicht, dass die Reichen zu wenig für die Allgemeinheit leisten.

Die politische Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Ohne diejenigen mitzunehmen, für die Gleichheit und soziale Gerechtigkeit hohe Werte sind, ist die Sozialdemokratie nicht mehrheitsfähig.

Anders ausgedrückt: Wer nur auf jene 10 bis 15 % der Wählerschaft setzt, die das Milieu der jungen, aufstiegsorientierten, yuppie-haften Menschen mit Ellenbogen-Mentalität umfasst, stößt den übergroßen Rest vor den Kopf. Und selbst zu diesen 10 bis 15 % gehören noch aufgestiegene, moderne, leistungsorientierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die soziale Kälte nicht ertragen, einen starken Sinn für soziale Gerechtigkeit haben und für die Solidarität kein Fremdwort, sondern ein hoher Wert ist.

IV.

Wenn Sozialdemokraten also von Gleichheit reden, so sollten sie nicht der Ergebnisgleichheit das Wort reden, weil das Menschenrecht auf individuelle Souveränität eben auch individuelle und damit unterschiedliche Ergebnisse menschlichen Handelns und Wirkens einschließt. Alles andere wäre ja schrecklich; es käme den Verhältnissen der *brave new world* nur allzu nahe.

Was die Ergebnisgleichheit angeht, so ist dem Bundeswirtschaftsminister Müller zuzustimmen: (Ergebnis-)»Ungleichheit ist der Motor des Fortschritts.«

Das sozialdemokratische Ideal ist vielmehr eine Gesellschaft, die geprägt ist von Chancengleichheit und dem höchstmöglichen Maß an individueller Freiheit auf der einen und einem diese Chancengleichheit

durchsetzenden und ansonsten dienstleistungsorientierten und moderierenden, dem Gemeinwohl und nicht Einzel- oder Gruppeninteressen verpflichteten Staates auf der anderen Seite.

Das Wort vom »aktivierenden Staat in einer aktiven Gesellschaft« meint genau diese Vorstellung. Eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgerschaft wird damit angestrebt: der Staat behält seine Gemeinwohlkompetenz. Allerdings werden die konkreten öffentlichen Aufgaben sowie deren Erfüllung neu – und transparent – ausgehandelt. Dieses Aushandeln geht aber nur, wenn in diesem Prozess die Stimmen aller Bürgerinnen und Bürger das gleiche Gewicht haben.

»Alle Tiere sind gleich!« heißt es auf den Plakaten in George Orwells *Farm der Tiere*. Das bleibt richtig. Richtig bleibt aber auch, dass es vielerlei Arten von Tieren gibt. Die Orwellsche Fabel über die Entartung der sozialistischen Idee im Stalinismus gibt so auch Hinweise auf den zukunftsweisen Umgang mit unserem heutigen Thema, das aktueller denn je scheint: dem Grundwert Gleichheit.

Münzen der Welt zu „Brot für die Welt“!



Jetzt
ummünzen!

Der EURO kommt. Tauschen
Sie Ihr europäisches Restgeld in
ein Stück Gerechtigkeit!

**Brot
für die Welt**

Abgabestellen finden Sie überall, wo Sie das Aktionsmotto sehen
Oder: Brot für die Welt, Staffenbergstraße 76, 70184 Stuttgart

WIELAND FREUND

Den Krieg herbei reden

Die Sprache der Mediengesellschaft

Es dauerte etwa fünf Stunden, bis nach den Anschlägen auf das *World Trade Center* sich ein Berliner Romanschriftsteller namens Ingo Schramm ausgerechnet in einem medienkritisch orientierten Literatenforum im Internet zu Wort meldete. Um 21 Uhr 40 ging ein Beitrag online, der unter anderem folgende zwei Sätze enthielt: »Eine neue Epoche beginnt, vielleicht ein neuer Krieg. Ein großer Krieg.« Und obwohl Schramms Beitrag in seinen weiteren, nicht zitierenswerten Zeilen sich, wenn auch in unerträglich expressivem Pathos, besann und gegen die Verurteilung ganzer Ethnien aussprach, blieben doch die zitierten zwei Sätze im Gedächtnis des Lesers hängen. In Schramms Text hatten sich die starken Worte selbstständig gemacht.

Was der unbedarfte Autor, immerhin einer, der im Literaturbetrieb sein Plätzchen gefunden hat, angesichts der Opfer bestimmt nicht beabsichtigte, geschah doch in seinem Text: Die Feier eines Ereignisses. »Eine neue Epoche beginnt«, der erste Kommentar, den Schramm nach den Anschlägen für veröffentlichenswert hielt, das klingt nach Silverster oder einer bahnbrechenden technischen Erfindung. »Neu« ist ein Zauberwort in der Mediengesellschaft, und dem konnte sich auch ein angeblich medienkritischer Schriftsteller nicht entziehen. Und Schramm hält die Tonlage der Marktschreier.

Auf die »neue Epoche« folgt in seinem Beitrag der »neue Krieg«. Und nur im ersten Versuch setzt Schramm noch ein »vielleicht« davor. In seinem folgenden expressiv elliptischen Halbsatz klingt er schon gewisser: »Ein großer Krieg«, als würde ein kleiner nicht reichen, oder: als hielte ein kleiner Krieg Schramms Sprache nicht Stand. Denn auch

das schien geschehen zu sein, während die Deutschen sich von den Fernschbildern nicht lösen konnten: jene historischen Dämme, die eine martialische Sprache über fünfzig Jahre lang zurückgehalten hatten, waren gebrochen. Und solchen wie Schramm, gleich, ob bewusst oder unbewusst, erschien das als Erlösung. Eine harte Vokabel, die bis dahin mit Vorsicht und Verbot belegt gewesen war, kehrte als gewaltiges Wort zurück: »Krieg«.

Andere hatten andere Gründe für die Verwendung einer harten Sprache. Da war zum Beispiel George W. Bush, jener nach den Anschlägen auf einer Odyssee befindliche Präsident der Vereinigten Staaten, den die Sicherheitsbestimmungen nach Nevada exportiert hatten und dem nichts blieb außer einer Sprache, die wettmachen sollte, was seine Abwesenheit an Imageschaden gerade anrichtete. Dieser ohnehin wackelige us-Präsident, dem die Worte oft genug texanische Kiesel im Mund sind, sprach zunächst von *a new kind of war* und blieb damit im Bereich des bildlichen Sprechens. Denn das war doch auch das erste Sprachbild verdatterter Fernsehkommentatoren gewesen: New York sieht aus wie im Krieg und doch ist keiner. Dann erst ging die versammelte Gesellschaft der Sprecher, ein wilder Mix aus Politikern, Reportern und vereinzelt Augenzeugen dazu über, die uneigentliche Sprache in eine eigentliche zu transformieren. Aus »wie Krieg« wurde »Krieg«.

In der Rede des Präsidenten, in der Rede der Medien und in der Rede der unkritischen Rezipienten, von denen Ingo Schramm nur einer war. Sprachlich war das ungenau: »Krieg«, so definiert der *Wahrig*, ist die »bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten, Stämmen oder Völkern«. Die aber fand nicht statt. Die Selbstmordattentäter repräsentierten weder ein Volk noch einen Staat. Nicht einmal das Afghanistan der Tali-

ban. George W. Bush hatte des Effekts wegen von »Krieg« gesprochen. Denn die starke Vokabel macht ihren Sprecher stark. Der amerikanische Präsident hatte im Keller gepfiffen. Der us-Nachrichtensender CNN griff das Bush-Wort schnell auf. Hatte die Headline der notwendig improvisierten Berichterstattung aus New York und Washington zunächst »America Under Attack« geheißen, lautete sie bald darauf: »America's New War«, eine durch und durch professionelle Zeile, wie sie für jede Art von Produkt, sei es eine Nachricht oder ein Shampoo, in der westlichen Welt jeden Tag abertausendmal verfertigt wird. Medien reagieren auf jedweden Inhalt mit derselben Form, der nämlich, die ihr Medium konstituiert.

Und dementsprechend reagierte CNN auf die verheerenden Terroranschläge. Bushs »kind of« wurde als nicht schlagzeilentauglich gestrichen, ein obskures Subjekt, »America«, wurde hinzugefügt, die Zeile funktionierte. Von nun an war Krieg. Zumindest auf der Ebene der Signifikanten. Trotz einer plötzlichen Welle der Pietät nahm scheinbar niemand daran Anstoß. Der deutsche Schriftsteller Thomas Meinecke sprach in einem Interview mit der FRANKFURTER RUNDSCHAU von den *Twin Towers* des *World Trade Centers* als »diesen Dingen«, ein simpler sprechsprachlicher Lapsus, für den er heftige Schelte einstecken musste. Die medial angestoßene Hyperkorrektur also funktionierte. Eine Distanz zu den berichterstattenden Medien aber gab es nur versteckt. Sie funktionierten als Trauerboten und schienen, obwohl sie die Grenzen des guten Geschmacks sofort und für fast zwei Wochen allzeit überschritten, den Schutz der Trauernden selbst zu genießen. Seit' an Seit' standen die Fernsehsender, die Radiostationen, die Zeitungen und die Magazine und – feierten.

Sie feierten das in den Journalismus zurückgekehrte Gefühl. Sie feierten die wiedergewonnene Bedeutung. Sie feierten die steigenden Auflagenzahlen. Sie feierten wie

Ingo Schramm. Denn auch sie schienen erlöst. Nach langen Jahren der Nachrichten, hatten sie eine Sensation. »On Monday morning«, schrieb der us-Schriftsteller Jonathan Franzen in der ersten Ausgabe des *NEW YORKER* nach den Anschlägen, »the front-page headline in the News had been ›KIPS BAY TENANTS SAY: WE'VE GOT KILLER MOLD‹. This front page is (and will, for a while, remain) amazing.« Bis zur üblichen und tröstlichen Diversifizierung der Gefühle hatte die flexible Gesellschaft, die sich bereitwillig und sensationslüstern in einen Schock versetzen ließ, einen gemeinsamen sprachlichen Ort: den Signifikanten »Krieg«, ein spätes Erbe, so schien es, aus den auf die Apokalypse versessenen Achtziger Jahren, die zu ihrem Elend mit dem Ende des Kalten Krieges ein positives Ereignis den Garaus gemacht hatte. Aber jetzt, so schien es, funktionierten die Katastrophenfilme doch noch. Kein Feuilleton ließ sich die Geschichte der unheimlichen Übereinstimmung von Fiktion und Wirklichkeit, von »Independence Day« und dem Tag der Anschläge entgehen. Allerdings: man begnügte sich gern mit Geraune. Die Frage, inwieweit die Attentäter Kinder Hollywoods gewesen sein und sich absichtsvoll seiner Zeichensätze bedient haben könnten, wurde ungern gestellt. Denn sie hätte zur Reflexion leiten können. Darüber, wie Eigentlichkeit aus der Uneigentlichkeit wachsen kann. Darüber, dass aus »Krieg« Krieg werden kann. »Langsam komme ich zu der Überzeugung«, so hat es ein selbsternannter Pop-Schriftsteller in dem unter seinesgleichen üblichen Wirrwarr aus Provokation, Ironie und Freud'schen Versprechern einmal gesagt, »dass wir uns in einer ähnlichen Geistesverfassung befinden wie die jungen Briten, die im Herbst 1914 enthusiastisch die Rugby-Felder von Eton und Harrow – verließen, um lachend in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen.« Soviel daran ist richtig: Der 11. September hat gezeigt, wie schnell die Dämme brechen. Mit der zivilisierten Welt, die am 11. September angegriffen worden ist, ist es so weit nicht her.

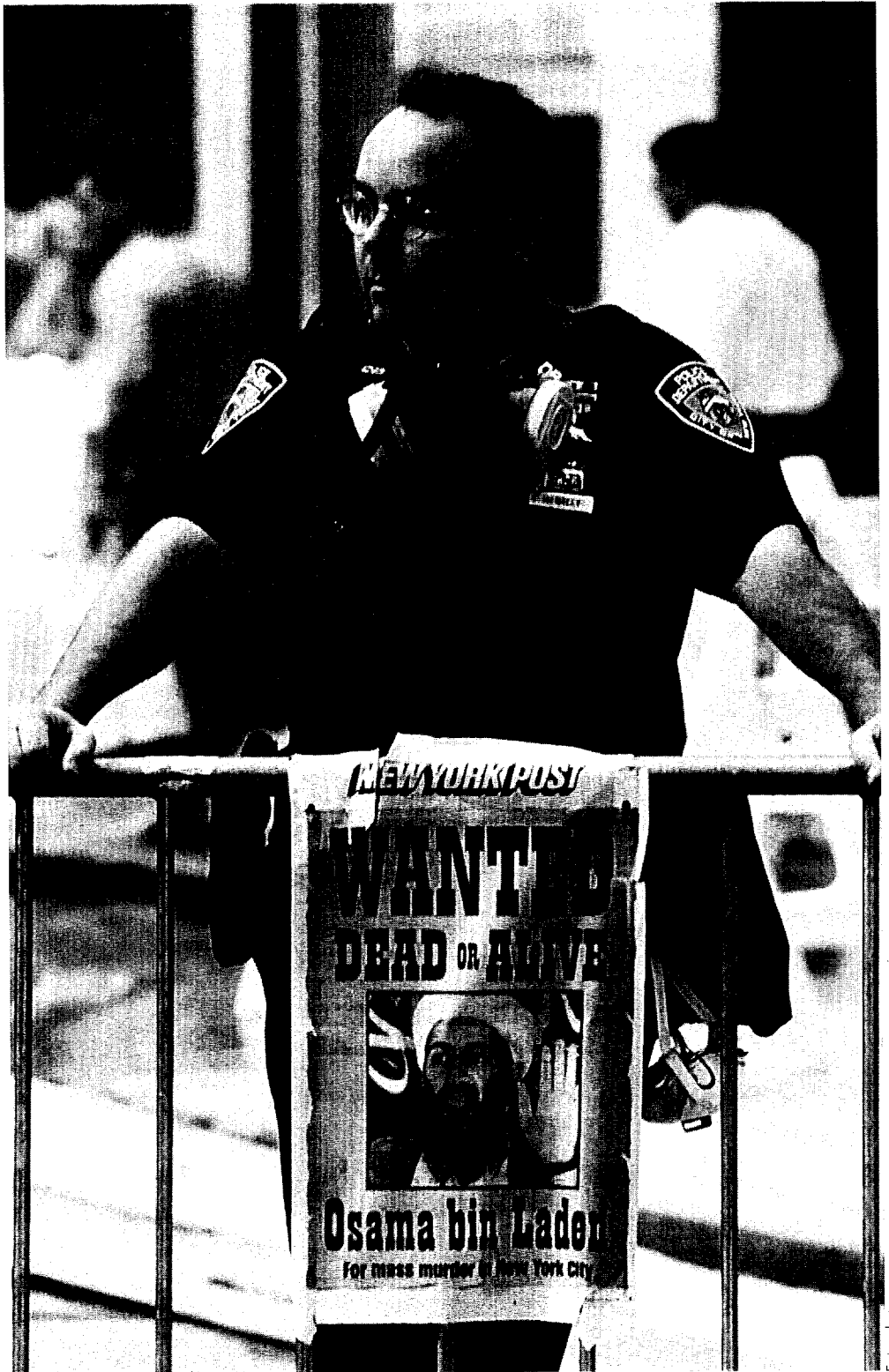


Foto: dpa

»Krieg ist die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten, Stämmen oder Völkern« (Wahrig).

KLAUS HARPPRECHT
Die Glosse:
Goldene Distel für Gaus

Die bewegten Sympathien, die in den ersten Tagen nach dem Terrorschauspiel über den Atlantik wogten, sind in manchen Zirkeln der deutschen Intelligentsia rasch verebbt. Drei Wochen nach der Tragödie fragte ein höflicher Student aus Thailand, der sich seine Groschen am Steuer eines Nacht-Taxis verdient, was von seinen Kommilitonen an der Technischen Universität in Berlin zu halten sei, die längst schon wieder mit höhnender Kritik über Amerika herzögen. Seien die Deutschen für oder gegen den großen Bruder?

Zu jener Stunde war noch kein Schuss gefallen, keine Bombe explodiert, keine Granate in einem Bunker der Mörder G.m.b.H. eingeschlagen. Vielmehr bemühten sich Außenminister Colin Powell, selbst arabische Diktaturen wie das Syrien der Assad-Dynastie oder das Libyen des exzentrischen Obristen Ghaddafi für die Koalition gegen den Terror zu gewinnen. Überdies legte er sich energisch ins Zeug, um die nahöstlichen Chefneurotiker Scharon und Arafat aus dem Krampf der Gewalt zu lösen. Was sollte der Autor dem verwirrten Gast aus Bangkok sagen? Dass die Deutschen, die vor sechs Jahrzehnten noch die halbe Welt in Brand zu stecken vermochten, nun endlich gelernt hätten, den Frieden zu lieben – um jeden Preis?

Natürlich, uns wäre leichter ums Herz, wenn sich Präsident Bush jr. pompös-banaler Parolen à la »Kreuzzug« und »Hass« und »Reich des Bösen« enthalten hätte. Doch immerhin billigte der Cowboy, dass ein Iman das Eröffnungsgebet beim Trauergottesdienst in der Kathedrale von Washington sprach – ein Beispiel, das tausendfach Schule machte. Immerhin besuchte er eine Moschee, um seinen Landsleuten zu sagen, dass man sehr wohl ein Muslim und dennoch ein guter Amerikaner sein könne. Immerhin schützten in New York jüdische Bürger die Läden ihrer arabischen Nachbarn. Es wurden, auch das ist

wahr, einige hundert Übergriffe und zwei brutale Morde verzeichnet: bitter genug. Alles in allem aber bestand, zumal in New York, die multikulturelle Gesellschaft Amerikas ihre Reifeprüfung mit bewundernswerter Solidarität. Es ist nicht ausgemacht, dass wir einer ähnlichen Heimsuchung – dank unserer »Leitkultur« – mit vergleichbarer Disziplin begegnen würden.

Das Bindemittel, das ein heterogenes Volk von nahezu 280 Millionen amerikanischer Bürger vereint, ist nicht nur der naive Patriotismus, in dem sich noch immer der Glaube der Pilger- und Gründerväter an eine neue Gesellschaft in einer neuen Welt wiederzufinden scheint, allen Enttäuschungen durch die Jahrhunderte trotzend. Es ist vor allem die Religiosität, die Amerika in jedem Winkel seines Daseins durchdringt. An ihr vor allem reiben sich in Deutschland die Geister, die sich als Lichtgestalten der Rationalität gebärden, obwohl sie in Wirklichkeit mit schweren Stiefeln hinter der Welt einherstapfen. Sie geben vor, Amerika zu kennen, aber sie haben niemals begriffen, dass für unsere transatlantischen Vетtern Religiosität und Aufklärung keine unversöhnlichen Gegensätze, sondern als Grundströme ihres Denkens einander in produktiver (und keineswegs spannungsloser) Koexistenz verbunden sind. Sie halten es wie Günter Gaus nicht für denkbar, dass die Amerikaner auf schlichte Weise fromm sein könnten – nein, sie sind eine »frömmelnde Nation«. Gausens Tagebuch-Notiz vom 11. September im FREITAG offenbarte eine peinliche Verdunkelung des Gemüts: »... diesmal triumphiert das *Alte Testament* vorbehaltlos über das Neue«, rief der bekennende Nichtchrist. Was könnte gemeint sein? Welche Urbilder großdeutscher Jugend durchbrachen hier unversehens den roten Firnis? »Rache« – des Gottes der Juden? – »wird für lange Zeit die *raison d'être* der einzig verbliebenen Weltmacht sein«, sagte er düster voraus. Würde eine goldene Distel für die eindrucksvollsten Exzesse publizistischer Arroganz verliehen: Genosse Gaus hätte sie verdient.

JOCHEN RACK

»Neue Medien machen alte nicht überflüssig«

Gespräch mit dem Medienwissenschaftler Jochen Hörisch

In Ihrem jüngst erschienenen Buch »Vom Sinn zu den Sinnen« vertreten Sie die Ansicht, Medienwissenschaft sei heute die fundamentale Wissenschaft. Wie exklusiv kann sie tatsächlich die gesellschaftliche Situation reflektieren? Muss die Medientheorie nicht Anleihen machen bei inzwischen in die Jahre gekommenen Wissenschaften wie Ökonomie, Soziologie oder Sprachwissenschaft?

Jochen Hörisch: Exklusivitäten heute noch zu beanspruchen, bedeutete a priori, sich lächerlich zu machen. Eine Mega- oder Metawissenschaft kann es nicht geben, wie wir spätestens seit Luhmann wissen. Wer heute noch Universalzuständigkeit in sachlicher oder fachlicher Richtung für sich reklamiert, ist wahnsinnig und blamiert. Die These, die ich in meinem Buch entwickelt habe, ist auch ironisch gemeint. Wir haben immer bestimmte Theorie-Konjunkturen und -Moden. Mit »Mode« meine ich die Bereitschaft, den eigenen Standpunkt zu überdenken und zu ändern, wenn die Situation sich geändert hat. Dies spricht für Aufmerksamkeit und Wachheit. Im Zeitalter des Internets zu leben, bedeutet etwas ganz anderes als beispielsweise im Zeitalter des frühen Fernsehens zu leben.

Leitmotivisch beziehen Sie sich in Ihrer Geschichte der Medien auf die Formel von Marshall McLuhan: »Das Medium ist die Botschaft«. Welche Rolle spielen seine Einsichten heute noch?

Hörisch: McLuhan ist eine auratische Gründungsgestalt, ein seltener Fall in der neueren Theoriegeschichte. Eine seiner zentralen Aussagen ist z. B., dass neue Medien alte niemals überflüssig gemacht haben. Nach Erfindung der Schrift kann man weiterhin noch mündlich kommunizieren. Kino hat das Theater nicht verdrängt, Video nicht das Kino. Digi-

tale Medien haben den analogen Medien den Platz nicht streitig gemacht – auch wenn dies ein interessanter Grenzfall ist, denn es spricht vieles dafür, dass die Zeit der Analogmedien in etwa zehn bis zwanzig Jahren vorüber sein wird. Das Radio hat zum Beispiel durch das Hinzutreten neuerer Medien wie dem Fernseher, dem Computer oder dem Internet, einen ganz neuen Systemplatz bekommen. Aus einem Medium, das ein zentrales Massenmedium gewesen ist und das in den zwanziger Jahren, als es gestartet wurde, als solches konkurrenzlos war, ist ein Begleitmedium geworden, das unseren Alltag untermalt.

Wie sieht die Geschichte des Radios aus?

Hörisch: Das Seltsame ist, dass wir immer die großen Namen aus dem Reich des Geistes parat haben, Dante, Shakespeare, Goethe und andere. Die Namen der Techniker sind weniger geläufig. Dazu gehören zum Beispiel Hertz, Marconi oder Maxwell, die Schwingungstheorien entwickelt haben und auch schalten konnten. Sehr viele Menschen haben versucht, mit Funk zu experimentieren, nicht selten unter Kriegsbedingungen. Nicht zufällig liegt die Geburtsstunde des Rundfunks in der Zeit der Umstellung vom deutschen Kaiserreich auf die Weimarer Republik. Dies geschah übrigens unter sehr demokratischen Verhältnissen. Es waren Arbeiter- und Soldatenräte, die diese Entwicklung vorangetrieben haben. Sie kamen auf die Idee, den Rundfunk den Offizieren wegzunehmen, da sie nicht mehr Befehlsempfänger sein, sondern ihre Radiosendungen selbst machen wollten. Hier spielt vor allem Bredow eine Rolle, der Funkoffizier im Ersten Weltkrieg war und die Rundfunktechnik weit vorangetrieben hat. Er hat auch dazu beigetragen, dass wir so etwas wie eine Frühform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter den Bedingungen der Weimarer Republik hatten. Die Technik war bereits entwickelt und unter Kriegsbedingungen erprobt und nun wurde sie nach Beendigung des Krieges auch in friedlichen Zeiten nutzbar

gemacht. So kam es in den ersten Jahren der Weimarer Republik zur Rundfunkgründung.

Welche anderen genealogischen Ursprünge der neuen Medien würden Sie noch geltend machen?

Hörisch: Die zweite zentrale Herkunftsgeschichte der Medien stammt aus der Sphäre der Religion. Alle großen Religionsereignisse sind Medienereignisse. Moses bekommt die Gesetzestafeln von Gott dem Herrn selber; Paulus nutzt sehr intensiv das römische Postsystem; Luther könnte man geradezu als »Medienfreak« bezeichnen, der den damals avancierten Stand der Drucktechnik nutzt, um seine Gedanken in Sendschreiben und Flugblättern zu verbreiten. Selbst Ayatollah Khomeini, oder »Tele-Khomeini« wie Derrida ihn nennt, nutzte sehr intensiv die Medientechnik. Aus einem Pariser Vorort verschickte er Tonbänder, welche wiederum kopiert und weitergegeben wurden. So konnten auch die Analphabeten in iranischen Dörfern seine Reden hören. Schließlich ist noch die Ökonomie als der dritte Pfeiler der Medientechnologie zu nennen. Geld ist ein Medium. Hollerith hat die Lochmaschine erfunden, um ökonomische Probleme zu lösen. Die ersten Schriften dienten dazu, Steuerverwaltung, Eigentumsverträge und ähnliches zu machen. Medien und Unterhaltungsmedien inklusive stehen demnach auf drei Säulen. Sie gehen zurück auf: 1. Militär, 2. Religion, 3. Ökonomie.

Sie beschreiben den Übergang von der Schriftkultur zu den neuen elektronischen Medien. Was sind die wesentlichen Charakteristika der schriftzentrierten Kultur?

Hörisch: Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es *die* Schrift nicht gibt. So unterscheiden sich beispielsweise das Griechische und das Hebräische in ihrem Umgang mit Vokalen und Konsonanten fundamental. Es besteht ein sehr großer Unterschied zwischen der alphabetischen Schrift und einer Silbenschrift oder den Hieroglyphen. Daher sollte man über *die* Schrift nicht zu abstrakt sprechen. Bei allen Verschiedenheiten blei-

ben dennoch einige Gemeinsamkeiten. Schrift ist immer testamentarisch. Man hat ein anderes Zeitverhältnis als bei der direkten Kommunikation. Ämter und Funktionen werden in der Regel schriftlich bestätigt. Wie will man eine monotheistische Religion ohne Schrift allgemein verbreiten? Schrift ist in jeder Hinsicht, verwaltungstechnisch, religiös und temporal gesehen, testamentarisch, was für alle Schriften gilt. Alphabetschriften stellen darüber hinaus in sehr starkem Maße auf Abstraktionen um. Mit etwa fünfundzwanzig Buchstaben lässt sich beinahe alles kodifizieren. Man kann, um mit Celan zu sprechen, alles durch ein Buchstabengitter laufen lassen. Dieses hat aber mit demjenigen, wovon es Zeugnis abzulegen versucht, so gut wie nichts zu tun. Es besteht demnach keinerlei Analogie. Ich vermute, dass wir durch Schrift erst so etwas wie homogene Großgruppenbildung haben, aber auch die Distanzierung von allzu unmittelbaren Zeiterfahrungen und einen sehr großen Abstraktionsschub. Man könnte sagen, dass unsere Köpfe anders organisiert werden.

Der zweite Teil Ihres Buchs heißt »Diesseits der Zeichen«. Was genau ist mit dem Titel gemeint?

Hörisch: Es geht hierbei um die Thesen von Baudrillard und deren Folgen sowie um die Annahme, dass wir in einer rein simulierten Welt leben. Dieser Ansatz war einmal sinnvoll, ist inzwischen allerdings überwertig geworden. Mit *Diesseits der Zeichen* meine ich folgendes: Ein Tonband zeichnet jeden gesagten Satz exakt auf. Mit der Erfindung von Fotografie und Phonographie ist es möglich geworden, sich unterhalb der sinnfixierten Ebene Schrift auf Registrierungen des Realen einzulassen. So ist beispielsweise die Wiedererkennung eines Fotos einer Straße von Paris sehr viel verlässlicher als die Beschreibung derselben Straße durch Balzac.

Es geht demnach auch um eine Aufwertung der Realität, die sich zunächst einmal nicht durch die Zeichen, durch das »Buchstabengitter«

»hindurch pressen« muss. Der nominale Sinn des Titels bezeichnet so etwas wie eine neue säkulare Weltordnung insofern, als Diesseits und Jenseits einander gegenübergestellt werden.

Hörisch: Die Schrift ist am Jenseits, an der Metaphysik und an der Theologie orientiert. Dagegen sind Fotografie und Phonografie am Diesseits orientiert. Man kann in das Diesseits das Jenseitsbedürfnis hineinkopieren. So wird zum Beispiel die Stimme von Caruso unsterblich oder ein »göttlicher« Schauspieler bleibt durch den Film lebendig. Aber das Spiel der Deificatio wird im Diesseits gespielt, daher ist es präpositional, »diesseits der Schrift«. Ich beziehe mich hierbei vor allem auf Kracauers »Theorie des Films«. Der Materialist Kracauer sieht in der Kinematographie die Möglichkeit, das Diesseits zu heiligen und ruft dazu auf, aus dem diesseitigen Leben etwas zu machen. Hier haben wir nun das Diesseits (groß geschrieben): eine Diesseits-Theologie bzw. Anti-Theologie.

Die Fotografie spielt in der Geschichte der Medien, die das Diesseits erlösen, bewahren oder zumindest naturalistisch wiedergeben, eine entscheidende Rolle. Wie sieht der »Schock« aus, den die Fotografie bei den Zeitgenossen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgelöst hat?

Hörisch: Dieser »Schock« hat in erster Linie mit dem Problem des Abwesenden zu tun. So kann ein Verstorbener auf einem Foto noch präsent sein. Dies wäre in gewisser Hinsicht auch bei einem Brief oder bei einem Testament einer verstorbenen Person der Fall. Beim Foto ist diese Präsenz jedoch radikaler: Man sieht, was man nicht sehen kann – so paradox dies klingen mag. Die neuen Medien machen das »optisch Unbewusste« (Walter Benjamin) sichtbar. Zum Beispiel wurden die Bewegungsabläufe eines Pferdes auf Kupferstichen von Dürer falsch dargestellt. Die Medientechnik dagegen kann diese Bewegungen genau erfassen. Im Foto ist ein ähnliches Pathos enthalten wie in dem Faust'schen Satz: »Werd ich zum Augenblicke sagen: / Verweile doch! du bist so schön! / Es kann die Spur von meinen Erdentagen /

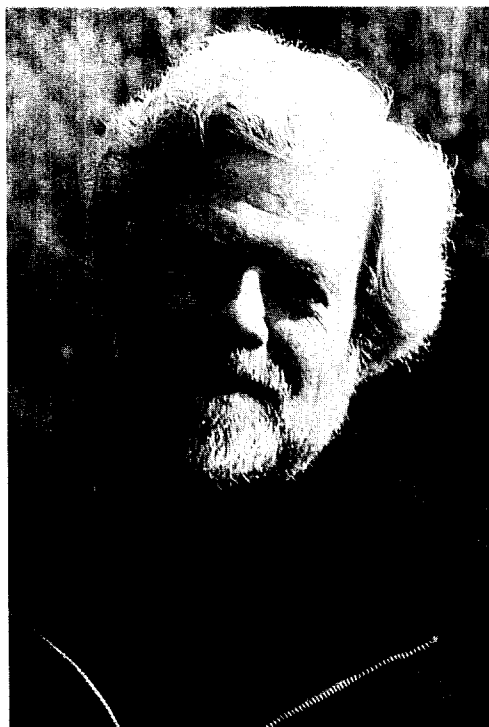


Foto: privat

Professor Jochen Hörisch lehrt an der Universität Mannheim Neuere Deutsche Literatur und Qualitative Medienanalyse.

Nicht in Äonen untergeh'n«. Mit dem einfachen Druck auf den Auslöser der Kamera lässt sich dieser Augenblick dauerhaft fixieren, was für uns heute nichts Außergewöhnliches mehr ist. Die Zeitgenossen um 1840/1850 dagegen reagierten schockiert, als man von der Subjektivität der setzenden Sinnproduktion auf die Objektivität des Kameraobjektivs und auf seinen Zauber der Zeiteinstellung umschalten konnte.

Welchen Einfluss hat die Fotografie auf die Arbeitsweisen und die Formgebungsverfahren der Literatur?

Hörisch: Sowohl katastrophalen als auch produktiven Einfluss. Es handelt sich um so etwas wie eine »schöpferische Zerstörung«, um einen Begriff von Schumpeter zu verwenden. Mit katastrophal meine ich, dass ein neues Medium vieles besser kann als Literatur oder Malerei. Es wäre sinnlos, hier in ein Konkurrenzverhältnis treten zu wollen. Rea-

lismus bzw. realistisches Schreiben hat es schwer und leicht zugleich, da man nun versuchen kann zu zeigen, was Realismus im Bereich der Lettern heißt. Noch deutlicher wird dies in der bildenden Kunst, wo Naturalismus keinen Sinn mehr macht, sobald es die Fotografie gibt. Die Konsequenzen sind demnach weitreichend. Die Leistung von schöner Literatur kann nicht mehr einfach registrieren, was der Fall ist. Literatur kann jedoch versuchen, in ihrem genuinen Bereich realistisch zu sein. Dabei handelt es sich um mentale, psychische, emotionale oder kommunikative Abläufe, die ein Foto nicht abbilden kann.

Weil es innersubjektive Phänomene sind, die sich der Lichtdarstellung verweigern.

Hörisch: Mit dem Aufkommen des Films kommt es in der Literatur zur Entwicklung des inneren Monologs, zum Beispiel in Schnitzlers *Leutnant Gustl*. Den inneren Monolog kann man deshalb als realistisch bezeichnen, da er das wiedergibt, was eine Person gerade denkt, empfindet etc. Der Realismus bei Schnitzler oder Joyce ist natürlich ganz anders beschaffen als derjenige bei Gottfried Keller. In dem Maße, in dem die neuen Medien in Erscheinung treten, bekommen die alten Medien, Literatur einbezogen, einen neuen Systemplatz zugewiesen. Literatur wird exzentrisch; sie wird experimentell und kann somit nicht mehr im naiven Sinne naturalistisch sein. Autoren wie Hauptmann oder Arno Holz lassen sich heute nur schwer produktiv fortsetzen.

Die Herausforderung für die Literatur wird noch dadurch gesteigert, dass der Film »sprechen« gelernt hat. Er kann demnach sowohl Sprache als auch innere Monologe darstellen. Wo sehen Sie für die Gegenwartsliteratur neue Möglichkeiten, auf diese veränderte Situation zu reagieren?

Hörisch: Ich denke, eine apokalyptische Sicht auf die neuen Medien macht wenig Sinn. In mancherlei Hinsicht ist jedoch das alte Medium Literatur den neuen Medien weit überle-

gen, auch wenn es lediglich durch neue Buchstabenkonfigurationen neue Texte erzeugt. Dies zeigt sich, wenn man nach der Entsprechung einer Ich-Erzählung im Medium Film oder Fernsehen fragt. Ich kenne nur einen Film, der in diesem Zusammenhang zu nennen wäre: *The Lady in the Lake*. Am Anfang dieses Films sieht man den Hauptdarsteller selbst nicht, nur seine Extremitäten. Hier hat der Regisseur offenbar versucht, aus der Ich-Perspektive zu filmen.

Norbert Bolz ist der Auffassung, dass Bücher gerade aufgrund ihrer Antiquiertheit kompensatorisch gegenüber der neuen, durch die elektronischen Medien entstandenen Unübersichtlichkeit wirken. Sind Bücher die »roten Fäden«, die durch das Medienlabyrinth hindurchführen?

Hörisch: Bücher sind in der Tat antiquiert. Es gibt so etwas wie eine »heimliche Allianz« zwischen der *Antiquiertheit des Menschen* und derjenigen des Buchmediums. Gerade das Antiquierte ist jedoch angesichts des Überangebots der neuen Medien das Reizvolle am alten Medium Buch, womit ich beispielsweise seinen Purismus meine. Es hat weder die Möglichkeit, Töne oder Lichtwellen zu registrieren, noch hat es Links oder ähnliches. Das Buch ist ein vergleichsweise »langsames« Medium, denn zwischen dem Verfassen und der Publikation vergeht sehr viel Zeit. Damit fällt es aus den heute bestimmenden Geschwindigkeitsordnungen heraus, weshalb es ebenfalls exzentrisch ist. Dabei verdamme ich die neuen Medien, die ich selbst sehr intensiv nutze, keineswegs. Jedoch ist die Medienflut nur zu ertragen, solange man bisweilen Zuflucht beim alten Medium Buch sucht. Der »antiquierte« Mensch hat nur eine begrenzte Kapazität, um Daten aufzunehmen. Das Buch ist deshalb geradezu mystisch, da es arm und reich zugleich ist; seine Armut ist sein Reichtum. Es dient noch der Kategorie Sinn, was in einer immer mehr zur Unsinnsgesellschaft werdenden Gesellschaft notwendig ist.

CLAUDIA GLIEMANN

Die Vielfalt wirkt ungeordnet

Das Jüdische Museum soll auch in die Zukunft weisen

Mehr als 350.000 Besucher hatten den leeren Bau besichtigt. Und die meisten fragten sich, wie eine Ausstellung in den inhaltlich schon so stark geprägten Räumen Platz haben könnte, als im September das JÜDISCHE MUSEUM mit einer Ausstellung über die 2000 Jahre alte deutsch-jüdische Geschichte feierlich eröffnet wurde.

Daniel Libeskind entwickelte die Architektur des JÜDISCHEN MUSEUMS aus drei Dimensionen. Die erste war ein Liniengeflecht, das aus dem Verbund der Berliner Adressen von Heinrich von Kleist, Heinrich Heine, Rahel Varnhagen, E.T.A. Hoffmann, Arnold Schönberg, Paul Celan, Ludwig Mies van der Rohe, Walter Benjamin und vielen anderen entstand. Ein verzerrter Davidstern bildete sich heraus, heute allgemein als Blitz gelesen, und Logo des Museums. Die zweite Dimension ist mit der unvollendeten Oper Schönbergs *Moses und Aron* eine musikalische. Die dritte schließlich eine textliche, ein Verzeichnis der Namen aller jüdischen Menschen, die aus Berlin deportiert worden sind.

Ergebnis der Arbeit mit diesen drei Dimensionen ist das 1998 fertiggestellte JÜDISCHE MUSEUM, ein Bau aus sich horizontal brechenden Achsen, in denen vertikale Leerstellen eingeschnitten sind. Voids nennt sie Daniel Libeskind. Sie stehen für den unwiederbringbaren Verlust jüdischen Lebens und jüdischer Kultur durch den Holocaust. Insgesamt gibt es fünf Voids, und eigentlich sollten sie leer bleiben. Leer aber ist heute nur noch der *Turm des Holocaust*, der in Beton materialisiert vor dem JÜDISCHEN MUSEUM steht.



Foto: dpa

Für Daniel Libeskind sollte das Museum »das unstete Schicksal Berlins in sich bergen, das es spiegeln, brechen, und zu gleicher Zeit überschreiten soll«. Es sollte dem »Geordneten – Ungeordneten«, dem »Willkommenen – Unwillkommenen«, dem »Erwählten – Nichterwählten« einen Platz bieten. Sein Wunsch war es, die Ausstellung um »eine Leere herum« aufzubauen, »die durch das Gebäude verläuft, eine Leere, die vom Publikum erfahren werden soll«. Denn, so Daniel Libeskind, es bleibe, »rein materiell betrachtet, von der ehemaligen jüdischen Anwesenheit in Berlin sehr wenig übrig. Kleine Dinge, Dokumente, Archivmaterial, die weniger eine Anwesenheit als vielmehr eine Abwesenheit beschwören. Die Leere (void), die sich durch die heutige Kultur Berlins hindurchzieht, soll ... sichtbar gemacht werden ... Sie soll zum Strukturmerkmal werden, das sich an dieser Stelle der Stadt kristallisiert und in einer Architektur bloßgelegt wird«.

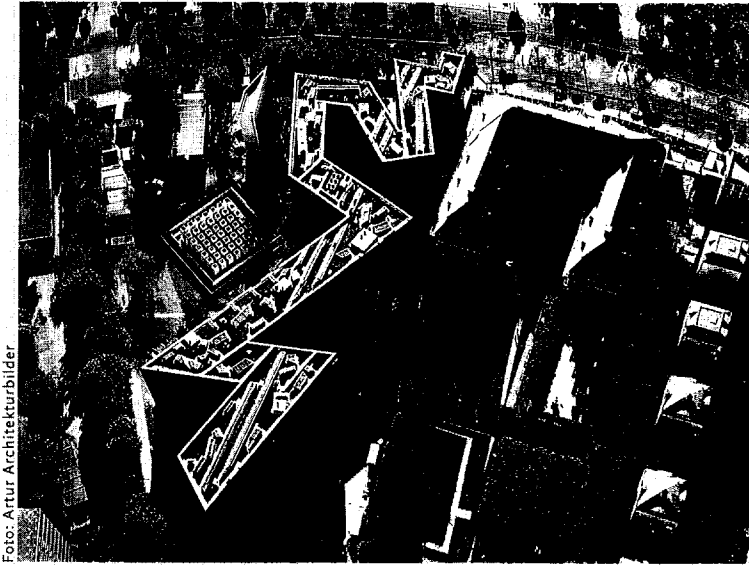


Foto: Artur Architekturbilder

Luftaufnahme
des »Jüdischen
Museums«: der
»verzernte Davidstern«.

Was ist nun aus den Vorstellungen zum Bau und zur Ausstellung geworden? Wie fügen sich Ausstellung und Architektur ineinander? Der Besucher betritt das JÜDISCHE MUSEUM durch einen Barockbau. Dann geht er hinunter in die Tiefe und trifft als erstes auf die *Achse der Kontinuität*, die in Folge von der *Achse des Holocaust* und der *Achse des Exils* durchbrochen wird. Die *Achse des Holocaust* endet im *Turm des Holocaust*, einem Void. Ein hoher schmaler Raum, kalt, beängstigend dunkel, erhellt nur durch einen vertikalen Lichtstreifen, unerreichbar weit oben. Die *Achse des Exils* endet im *Garten des Exils*. Auf einer Tafel ist zu lesen, dass Daniel Libeskind anregt, hier über Desorientierung nachzudenken, die das Exil mit sich bringt. Doch Desorientierung ist in diesem Garten nicht nur geistig, sondern auch physisch zu spüren. Im Gang durch schräg gegeneinander laufende Ebenen und parallele Stelen verliert der Besucher leicht das Gleichgewicht, ist irritiert und weiß nicht, woran er sich orientieren soll, was gerade und was schräg ist. Hier wie im *Holocaust Turm* ist es die Architektur selbst, die Eindrücke zur deutsch-jüdischen Geschichte vermittelt. In den langen Gängen der Achsen sind in Wän-

de eingelassene Exponate hinter Glas ausgestellt, die an einzelne Schicksale erinnern.

Eine Treppe, welche die *Achse der Kontinuität* fortsetzt, führt den Besucher in die Ausstellungsräume des ersten und zweiten Obergeschosses. Thematisiert werden chronologisch die Anfänge, das Mittelalter, das religiöse Leben in Tradition und Wandel, die Land- und Hofjuden, Bürgertum und Familie, Wege zur Gerechtigkeit, Vollendung und Ende der Gleichberechtigung, Synagoge und Schule, Moderne und Urbanität, Ost und West, Nationalsozialismus und das deutsch-jüdische Leben nach 1945.

Verantwortlich für die Ausstellung ist Ken Gorbey, den der Direktor des JÜDISCHEN MUSEUMS Michael Blumenthal von Neuseeland nach Berlin holte. Ken Gorbey sieht die Aufgabe des Museums in der Präsentation der »belasteten und letztlich unheilvollen Geschichte der Juden in Deutschland«. Die dazu entwickelten Themen sollen zum einen in einen Dialog zur Architektur treten und zum anderen mit verschiedenen Medien gepaart werden, die sich am besten eignen, die einzelnen Ideen dem Besucher nahezubringen. Angesprochen werden dabei Besucher jeden Alters, auch Kinder.

Diese Ansprüche in einer Ausstellung umzusetzen, ist eine große Herausforderung. Geschafft hat man es wirklich, die Kinder mit einzubeziehen. Einzelne Räume passen sich ihrem Maßstab an. Darin gibt es Spiel- und Kuschecken und kleine Exponate zu entdecken. Doch insgesamt wirkt die Ausstellung überfüllt. Die Gestalter der Ausstellung Petra Winderoll und Klaus Würth wählten zu viele Ausstellungsformen, zu viele unterschiedliche Medien. Neben massiven Ausstellungswänden in verschiedenen Grautönen hängen rote Paneele von der Decke, daneben gibt es weiße Stoffbahnen mit Projektionen, Vitrinen aus Glas in vielfältigen Formen, auch in menschlicher, Computerterminals, Farben und Funktionen, Sitzcken und wieder andere Stühle. Galerien sind in den Raum gestellt, daneben erhobene Podeste in verschiedenen Materialien, Säulen mit Schubfächern, immer wieder unterschiedliche Rahmungen usw.

Was vielleicht Vielfalt ausdrücken soll, wirkt nebeneinander ungeordnet. Es ist nicht bereichernd, sondern belastend. Und es steht in keinem Dialog zur Architektur, sondern ganz im Gegenteil, sieht einfach hineingestellt aus. Sicher ist es schwierig, neben Ausstellungsstücken aus dem Alltag, Kunstwerke, Skulpturen, Modelle, Begleittexte und wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu präsentieren. Aber mit einer zurückhaltenderen Ausstellungsarchitektur, die eher als schlichtes Trägermaterial als zur Selbstinszenierung dient, hätten die Exponate mehr Raum gehabt, zu wirken und in Beziehung mit dem sie umgebenden Raum zu treten. Anders wäre es auch, wenn die Ausstellungsarchitektur eine weitere konzeptuelle oder sinnliche Ebene, eine zusätzliche inhaltliche Aussage mitgebracht hätte. Aber so ist es nicht.

Gelungen ist die Verbindung von Architektur und Ausstellung in einigen Kunstprojekten. So zum Beispiel bei der Arbeit *Gefallenes Laub* von Menashe Kadisham im *Memory Void*, der Leerstelle des Gedenkens. Auf dem Boden des Void und von zwei Ebe-

nen aus zu sehen, starren den Besucher viele schreiende oder auch staunende Gesichter an. Es sind massive runde Metallplatten, grob eingeschnitten.

Daniel Libeskind sieht in diesem Kunstwerk keinen Widerspruch zu seinem Void. Denn die Voids sind auch da, um sich mit ihnen auseinanderzusetzen, zu sagen, was verloren ist. In diesem Sinne korrespondiert auch die *Galerie der verschwundenen Dinge* von Via Lewandowsky mit der Architektur. Schwarze nicht einsehbaren Glasskulpturen enthalten akustische Beschreibungen des nicht mehr Vorhandenen, des Verlorenen, des Abwesenden. Mit Hilfe von Audiobeiträgen werden hier vermisste Objekte dem inneren Auge des Besuchers vorgeführt. In diesen zwei Projekten kommen Architektur, Kunst und gewähltes Medium auf umwerfende Weise zusammen. Das wäre auch dem Rest der Ausstellung zu wünschen gewesen. Denn die Auswahl der Themen und Exponate ist interessant und beeindruckend.

In einem Brief von Martha Liebermann zum Beispiel, datiert auf den März 1943, kann der Besucher die Angst vor dem Abtransport nachlesen. Als ein Freund sie einen Tag später besuchen will, ist sie tot. Eine Überdosis Veronal, um der Deportation zu entkommen. Das Schicksal mehrerer tausend Juden. Daneben ein Bild mit ihrem Mann Max Liebermann, Maler und früher Präsident der Berliner AKADEMIE DER KÜNSTE, aus glücklicheren Tagen.

Neben diesen erschütternden Zeugnissen zeigt die Ausstellung aber auch frohe Seiten des jüdischen Lebens, aus Alltag, Schule, Kultur und Wissenschaft. Das Museum soll kein Holocaust-Museum sein, sondern über die breit gefächerte deutsch-jüdische Geschichte informieren. Und es wird immer eine Möglichkeit bieten, Ausstellungskonzepte neu zu überdenken. Daniel Libeskind empfindet seinen Bau mit der Ausstellung als ein nun »lebendiges Museum«, in das auch virtuelles Leben einbezogen ist. Im RAFAEL ROTH LEARNING CENTER stehen jedem Besu-

cher zusätzliche Informationen per Netz offen. Daneben soll in Wechselausstellungen Historisches vertieft, aber auch Gegenwärtiges der jüdischen Kultur präsentiert werden. »Lebendig« bedeutet ja auch immer in die Zukunft weisend. Die große öffentliche Feier für das breite Publikum sollte eigentlich am 11. September stattfinden, jenem Tag, an dem die USA von einer beispiellosen Terrorwelle heimgesucht wurden. Wegen der Anschläge in New York und Washington wurde die Feier abgesagt.

Jüdisches Museum, Lindenstraße 9-14,
10969 Berlin. www.jmberlin.de

Die Reportage

DOROTHEE KNAB

Kann ein »Unort« sichtbar werden? Die »Topographie des Terrors« auf dem Prinz-Albrecht-Gelände

Steigt man am Askanischen Platz aus dem Bus, genau gegenüber dem Ruinenbogen vom Portal des ANHALTER BAHNHOFES, überquert die Stresemannstraße und wendet sich noch einmal scharf nach links, Richtung Norden, scheint die Unternehmung, deretwegen man in diesen Teil der Stadt gekommen ist, so notwendig wie gleichzeitig unmöglich zu sein. Unmöglich, eine einfache geschichtliche und städtebauliche Bestimmung des PRINZ-ALBRECHT-GELÄNDES zu geben, das sich nach ein paar hundert Metern Fußweg auf der linken Seite erstreckt. Der erste atmosphärische Eindruck von dem Gelände, das Ausmaß seiner Verheerung, kenntlich nur durch ungeordnete Schutt- und Erdhügel zwischen verstreut liegenden Gebäuden, lässt dem instinktiven Orientierungsbedürfnis eine Ortsbeschreibung, eine Topographie, sofort als das Allerschwierigste und Allernotwendigste erscheinen. Aber vielleicht lautet

die dringlichste Frage für einen aufmerksamen Besucher heute nicht, ob eine Lagebeschreibung dieses immer noch wüsten Landstriches nahe dem wiedererstandenen Potsdamer Platz möglich sei, sondern unter welcher geschichtlichen Perspektive sie vorgenommen und welche Ordnung sichtbar gemacht werden soll.

Die TOPOGRAPHIE DES TERRORS liegt auf dem PRINZ-ALBRECHT-GELÄNDE, das im Norden von der Niederkirchnerstraße begrenzt wird, von der Wilhelmstraße im Osten, im Westen von der Stresemannstraße und im Süden von der Anhalterstraße. Der Namensgebung liegt die Prägung des Geländes durch die Hauptregierungsstellen des nach Eugen Kogon so genannten ss-Staates zugrunde, die hier von 1933-1945 ihren Sitz hatten. Die Dokumentation von GESTAPO, SS und REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT auf dem PRINZ-ALBRECHT-GELÄNDE ist seit 1987 das Anliegen der 1992 gegründeten Stiftung, die mit dem Vorhaben einer umfassenden Beschreibung des Ortes in die Problematik einer Archäologie von dreihundert Jahren deutscher und Berliner Stadtgeschichte eingetreten ist.

Die Arbeit am Besucher- und Dokumentationszentrum wurde gestoppt.

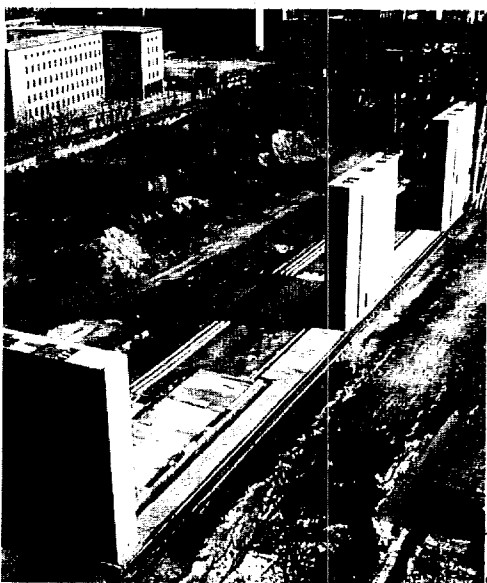


Foto: dpa

Die »Open-air-Ausstellung« auf dem Prinz-Albrecht Gelände.



Die Bebauung des obengenannten Areals findet im Zuge der Ausweitung der Friedrichstadt nach Süden ab 1732 statt, wobei das Ende der 30er Jahre des 18. Jahrhunderts errichtete Palais des Baron Mathieu Vernezobre de Laurieux an der Wilhelmstraße in einer eher ärmlichen und stillen Gegend einen städtebaulichen und auch politischen Glanzpunkt mit weitreichender Ausstrahlungskraft setzen wird. Nach verschiedensten Nutzungen durch den Preußischen Hof geht es 1830 in die Verfügung des Prinzen Albrecht über, dem Sohn Friedrich Wilhelm III., der das Gebäude von Schinkel und den Park von Lenné umgestalten lässt und dem Haus nebst Umgebung seinen Namen aufprägt. Die beiden Komplexe des EUROPAHAUSES werden von 1926 bis 1931 auf der Westseite des Parks nach Abriss des Schinkelschen MARSTALLS errichtet. Zusammen mit dem MARTIN-GROPIUS-BAU ist es das einzige Gebäude in diesem Teil der Südlichen Friedrichstadt, das den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges und der anschließenden Entrümmung entgeht.

Vorher jedoch macht das Viertel um das Palais in der Wilhelmstraße 102 im Gefolge der Reichseinigung von 1871 eine atemberaubende, hauptstädtische Karriere. Zur rechten Seite der Nord-Süd Achse der Hauptverkehrsknotenpunkte POTSDAMER BAHNHOF

und ANHALTER BAHNHOF entstehen prunkvolle Bauten, die deutsche Kulturleistungen für das In- und Ausland wegweisend sichtbar machen sollen: Museen, Hotels und Regierungsgebäude. 1881 wird das von Martin Gropius und Heino Schmieden gebaute KUNSTGEWERBEMUSEUM eröffnet, direkt daneben an der Ecke Königgrätzerstraße, der späteren Stresemannstraße, 1886 der imposante Rundbau des VÖLKERKUNDEMUSEUMS. Zwischen dem Eckgrundstück zur Wilhelmstraße und den Museen entsteht zwei Jahre darauf das HOTEL VIER JAHRESZEITEN, das seit der Jahrhundertwende HOTEL PRINZ ALBRECHT heißt. Die Anlage der Straße gleichen Namens als westliche Verlängerung der Zimmerstraße wird erst durch den Bau des Preußischen Abgeordnetenhauses von 1893-98 möglich, und schließlich fügt sich der Neubau der KUNSTGEWERBESCHULE, die seit 1905 Unterrichtsräume und die Bibliothek des Museums beherbergt, als Prinz-Albrecht-Straße Nummer 8 zwischen Museum und Hotel ein.

Macht man einen gewagten Zeitsprung über die Nutzungsweisen der ersten dreißig Jahre des Jahrhundert, stößt man auf diejenigen inneren und teilweise auch äußeren Umgestaltungen der Gebäude, die der institutionellen und personalpolitischen Konzen-

tration des nationalsozialistischen Machtapparats folgen. 1934 zieht Reinhard Heydrich als Leiter des Sicherheitsdienstes der SS, des SD, ins PRINZ-ALBRECHT-PALAIS ein, das 1939 zu seinem Dienstsitz als Chef des REICHSSICHERHEITSHAUPTAMTES wird. Das HOTEL PRINZ-ALBRECHT beherbergt ab 1934 die Adjutantur des »Reichsführers-SS«, ist somit Himmlers Dienstsitz und wird in SS-HAUS umbenannt. In die benachbarte, ehemalige KUNSTGEWERBESCHULE war bereits 1933 die GESTAPO eingezogen, die 1939 im Sockelgeschoss des Hauses ein Gefängnis einrichtet.

Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind es zunächst wieder stadtplanerische Überlegungen, die das vernachlässigte Gelände direkt an der Berliner Mauer aus seinem Dornröschenschlaf wecken und das Interesse einer engagierten Öffentlichkeit auf seine Bedeutung im nationalsozialistischen Staat lenken. Zu diesem Zeitpunkt wird das Gelände hauptsächlich durch den Betrieb eines Autodroms genutzt. Im Zusammenhang mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) und im Vorfeld der 750-Jahr Feier Berlins werden 1987 die freigelegten Reste der Kelleranlagen im Nordflügel der ehemaligen Kunstgewerbeschule präsentiert. Die Entdeckung des gefliesten Mauerwerks kann als eine Art umgekehrter Grundsteinlegung für die TOPOGRAPHIE DES TERRORS gelten und führt bis heute zu Missverständnissen. Denn es handelt sich dabei nicht um die steinernen Zeugen für die Grausamkeit in den sprichwörtlich gewordenen Folterkellern der GESTAPO, sondern um die Überbleibsel ihrer Depot-, Archiv- und Tresorräume in der Tischlerei der vormaligen Schule.

Es erhebt sich an dieser Stelle die Frage, ob dieses Missverständnis überhaupt aufzuklären ist, und nicht vielmehr auf eine ursprünglichere Problematik hindeutet, die der bildungspolitisch-pädagogischen Intention einer Topographie des PRINZ-ALBRECHT-GELÄNDES zugrunde liegt. Seit der Freilegung hat die heutige Stiftung mit zunehmender

staatlicher Unterstützung in provisorischen Ausstellungen und Open-Air-Präsentationen von weiteren Ausgrabungen eine beispiellose und beeindruckende Aufklärungsarbeit zur Geschichte der NS-Gewaltherrschaft geleistet und eine Vernetzung von Denk- und Lernorten im ganzen Land zu diesem Thema ins Werk gesetzt. Besucht man die aktuelle Dokumentation in der Niederkirchnerstraße 8, der 1951 umbenannten Prinz-Albrecht-Straße, ist der Eindruck nicht abzuweisen, dass der Geist, der die gesamte Arbeit der BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG getragen hat, die bis vor kurzem ihren Berliner Sitz im EUROPA-HAUS an der Stresemannstraße hatte, sich hier, in unmittelbarer Nachbarschaft niedergelassen hat und darauf wartet, in ein neues Haus einzuziehen. In den Neubau nämlich des auf mittlerweile 76 Millionen Mark veranschlagten Dokumentations- und Besucherzentrums nach Entwürfen des Schweizer Architekten Peter Zumthor.

Seit Ende 1999 sind u.a. durch eine Haushaltssperre des Berliner Senats die Bauarbeiten zum Erliegen gekommen, die Stiftung spricht in ihrem *Bericht April 1999-März 2001* von einer »Baukrise« und davon, dass das Gelände wie ein »Unort« wirke, »der nicht an die Verbrechen der NS-Zeit, sondern an die Probleme der Gegenwart erinnert«. Aber könnte nicht ein »Unort«, eine Lücke in der mittlerweile flächendeckenden hauptstädtischen Erinnerungskultur, ein Stachel im Fleisch staatstragenden Gedenkens sein? Denn ein Abgrund scheint sich aufzutun, sichtbar in der aktuellen Wüstenei des Geländes, zwischen den ehrgeizigen Plänen zur Schaffung eines neuen Museumsbezirkes – mit dem geographisch eng beieinander liegenden Dreigestirn JÜDISCHES MUSEUM BERLIN, dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der TOPOGRAPHIE DES TERRORS – und den symbolischen und künstlerischen Verwerfungen, mit denen es eine Präsentation der historischen Schichtungen von Gewalt, Verheerung und Erinnerung zu tun hat.

Von Daniel Libeskind wird berichtet, dass er den Grundriss für das JÜDISCHE MUSEUM über eine imaginäre Topographie entwarf, indem er auf einem Stadtplan von Berlin die Adressen jüdischer Berliner und anderer Zeitgenossen des 20. Jahrhunderts durch Linien verband. Diese Weise, einen Ort zu beschreiben, ihn als Ort künstlerisch lebendiger, umarbeitender Vorstellung sichtbar zu machen, ist verwandt mit dem poetischen Verfahren schlechthin und mit einer Topographie des Grauens, wie sie der Autor Peter Weiss zum Programm seines Schaffens gemacht hat.

Peter Weiss, der Mitte der zwanziger Jahre als Kunststudent in eben jenen Ateliers im Mansardengeschoss der Prinz-Albrecht-Straße 8 arbeitete, deren freigelegte Mauerreste einem kollektiven Vorstellungsvermögen bis heute als Folterkeller erscheinen. Nach seiner Flucht aus Deutschland und der Einbürgerung im schwedischen Exil besuchte er im Sommer 1947 im Auftrag der STOCKHOLMS TIDNINGEN das zerstörte Berlin. Die damals entstandenen Reportagen wurden als »unjournalistisch« betrachtet und eine eindeutige Parteinahme gegen das besiegte Deutschland vermisst. So veröffentlichte Peter Weiss 1948 einen schmalen Textband mit dem Titel *Die Besiegten*, die Topographie einer durch Terror und Gewalt verwüsteten Stadtlandschaft:

»Wandle durch die Allee, wo die Besiegten einmal von Siegen träumten, wo sie marmorne Monumente ihrer ruhmvollen Herrschaft errichteten. Lausche den fernen gebrochenen Fanfaren, den gedämpften Trommeln, besichtige den Weg der Helden, an dem sie strammstehen, von Orden geschmückt, mit weggeschossenen Armen, weggeschossenen Beinen, gespaltenen Leibern, durchbohrten Hälsen, abgehauenen Köpfen. (...)

Wie ist die Stadt schön in ihrer Stille. Ungestört liegen die Straßen in ihrem Dornröschenschlaf. In ihren Rissen und Kratern steht hohes Gras, auf den Kieshaufen wächst Laubwerk und duften Blumen. Eingehüllt in

Unkraut, Efeu und Gestrüpp träumen die Ruinen, Stille. Hier singt kein Vogel. Alte Patronenhülsen, Munitionskisten und Uniformteile verwittern in den Urwäldern der Gärten. Zerschossene Helme werden vom Rost zerfressen und werden zu Erde. Du spürst die Kraft der Natur, spürst wie alles hindrängt zu seiner Auflösung, zu seiner Verwandlung ...«

»Topographie des Terrors«, Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin. www.topographie.de

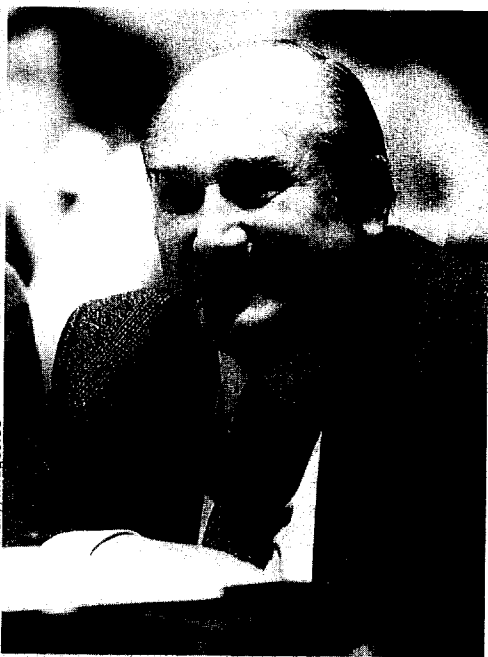
Dokumentation

HARRY RISTOCK

Der Sozialismus hat Zukunft!

Harry Ristock, 1928 – 1991, war Führer der Linken innerhalb der Berliner SPD und entschiedener Gegner einer Großen Koalition. Er schrieb kurz vor seinem Tod diesen Text, den wir aus aktuellem Anlass dokumentieren.

Die Zukunft des Sozialismus. In einer Zeit, in der sich die Apologeten des Kapitalismus endgültig als Sieger wännen, wird einer wie ich, der heute erst recht den Sozialismus als Chance, Herausforderung und vielleicht einzige Möglichkeit sieht, eine sich der Lebensgrundlagen für Pflanze, Tier und Mensch beraubenden Gesellschaft Einhalt zu gebieten, noch für einige Zeit als einsamer Rufer betrachtet werden. Wer allerdings in dem zusammengebrochenen »realen Sozialismus« den Sozialismus sah und sieht, dem wird sicher schnell und ohne mühsamen Denkprozess der Übergang zum reinen Kapitalismus geboten erscheinen. So findet man heute in ihren Schlussfolgerungen, wenn auch mit unterschiedlichen Motiven, in trauter Eintracht drei Gruppen: Konservative, reaktionäre Kommunisten, die »ihren« Sozialismus als gescheitert ansahen, europäische, vor allem auch westdeutsche Linke, die Marx, die Rosa



Harry Ristock galt einst als Berliner Wortführer der SPD-Linken.

Luxemburg wirklich nie begriffen haben und somit einen Teil ihrer Hoffnungen und Sehnsüchte eben mit diesem »real existierenden Sozialismus« koppelten. Und da sind jene Vertreter des reinen Kapitalismus, die zum Beispiel Marx schon tausend Tode haben angedeihen lassen. Sie jubeln und triumphieren.

Die ganze Mischpoke irrt

Zusammengebrochen ist ein Herrschaftssystem, das nicht sozialistisch, sondern quasi staatskapitalistisch bestimmt war. Unter Lenin (die Voraussetzungen einer aufzubauenden sozialistischen Gesellschaft fehlten im Russland des Jahres 1917 völlig) war die so noch jakobinisch, dann unter Stalin cäsaristisch, mörderisch, totalitär beherrscht. Seine Nachfolger bis hin zu Andropow bildeten ein oligarchisches Herrschaftsgebilde, das seine Herrschaft nach innen und außen rigide vertrat, beispielsweise bei der Niederschlagung des 17. Juni 1953 in der DDR, bei der militärischen Intervention in Ungarn 1956 und, für mich die schrecklichste Erfahrung nach 1945,

das Zertreten des *Prager Frühlings* durch die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten.

Hier wurde ein Riegel nackter Gewalt vor eine sich zum Sozialismus hin entwickelnde Gesellschaft geschoben. Stalin schuf den »Marxismus-Leninismus« als ideologische Hülle seiner Gewaltherrschaft. Zum Vergleich: Wozu hat die Heilslehre des Christentums nicht alles erhalten müssen. Spanische Inquisition, hurende Päpste, die Verbrennung unzähliger Frauen als angebliche Hexen und die Segnung der Waffen in allen Kriegen und auf allen Seiten.

Nun zum Standort des Betrachters: Ich sehe mich seit 40 Jahren (also ein Traditionalist) als einen Marxisten luxemburgianischer Prägung. Für mich ist die Demokratie Mittel, Weg und Ziel zugleich. Sozialismus kann nur demokratisch sein, oder er ist keiner. Der Sozialismus als eine humane, demokratische, den Menschen nicht entwürdigende, die Natur auch für weitere tausend Generationen bewahrende Gesellschaft ist nach wie vor eine konkrete Utopie. Die Welt lebt im Hunger, im Elend, in der Hoffnungslosigkeit. Die Welt, das ist Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika. Der Westen treibt Raubbau mit der Natur, nicht aus Hunger, sondern nach wie vor aus Profitgier, aus einer subtiler gewordenen Sucht nach Herrschaft. Nein, der Westen ist nicht die Welt, sondern nur ein kleiner Teil der Welt.

Für diese Welt ist der Kapitalismus keine Hoffnung, keine Lösung. Alle Welt redet jetzt im Westen vom Niedergang des Sozialismus. Hier ist für viele der Wunsch der Vater des Gedankens. Niedergegangen ist zu Recht und sehr spät eine Herrschaftsform, die als Phrase, als Ideologie den Begriff Sozialismus missbrauchte und diskreditierte. Es gibt den Westen, und es gibt die Welt. Der Westen verbraucht und missbraucht die Ressourcen der Welt. Nur eine neue, demokratische Gesellschaftsordnung jenseits vom untergegangenen real existierenden Sozialismus und dem die Welt ausbeutenden, unterjochenden, raffgierigen Kapitalismus kann den Menschen Hoffnung geben. (aus: *ЗИТТ*, 25/91)

DIERK SPREEN

Nachdenken über Krieg

Lange Zeit wurde Krieg als das Übel schlechthin aus der politischen Vernunft verbannt. Unter der Herrschaft der Doktrin der atomaren Abschreckung, die jenseits und diesseits des eisernen Vorhangs Gültigkeit hatte, galt der Krieg nicht mehr als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Ihn zu führen, hätte bedeutet, Politik zu dementieren. Entweder die Waffen schwiegen oder die Welt ging unter.

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich diese Situation grundlegend geändert. Auf der ganzen Welt erscheinen lokale oder regionale Konflikte, die nicht mehr unter dem Interessenschirm einer Supermacht »gehegt« werden.

Als Ergebnis desselben Prozesses fällt Deutschland eine neue weltpolitische Rolle zu. Sich hinter amerikanischen Atomraketen zu verstecken, gilt nicht mehr. Gerade sind drei Bücher erschienen, die sich dieser Situation stellen und dem politischen Denken in Deutschland helfen können, sich der neuen Verpflichtung bewusst zu werden und entsprechende innen- wie außenpolitische Konzepte zu diskutieren.

In seinem kurzen Essay über *Die Erfindung des Friedens* gibt der bekannte britische Historiker Michael Howard einen Überblick über die europäischen Friedensordnungen. Er beginnt mit der Reichsidee, die um 800 n. Chr. von Karl dem Großen durchgesetzt wurde. Weiter geht er auf den Westfälischen Frieden von 1648 ein. Damit formulierte sich eine Friedensidee, die auf einem System souveräner Staaten beruhte und den Gedanken des Machtgleichgewichts in den Vordergrund schob. Revolution und Nationalismus brachten dieses System Ende des 18. Jahrhunderts gründlich durcheinander. Der Wie-

ner Kongress von 1815 drückte die Einsicht aus, dass man den nationalistisch-revolutionären »Volkskrieg« kontrollieren müsse. Auf dem Berliner Kongress von 1878 wurde der Nationalstaat als Grundelement dieser Friedensidee fixiert und das neu entstandene Deutsche Reich als wesentlicher Pfeiler dieses Systems anerkannt.

Diese Verantwortung allerdings gedachte Deutschland nicht wahrzunehmen. In Folge geriet auch die politische Vernunft der aus dem Ersten Weltkrieg siegreich hervorgegangenen westlichen Demokratien aus dem Ruder. Der Versailler Vertrag brachte keinen einheitlichen Plan für eine europäische Ordnung hervor, denn in Frankreich und Großbritannien »lehnten die Wähler Deutschland als gleichberechtigten Partner bei Friedensverhandlungen ab«. In Deutschland triumphtierte der Nationalsozialismus, der in der Vision des »Tausendjährigen Reiches« den rassistischen Krieg verklärte. Erst die Konfrontationsstellung der Supermächte im Kalten Krieg lässt eine neue Friedensordnung erkennbar werden, weil »der Westen allmählich zu einer wirklichen kulturellen Gemeinschaft zusammen[wuchs]«.

Nach dem Kalten Krieg, der mit einem Sieg des Westens endete, ist für Howard noch nicht genau erkennbar, welche Friedensidee das Vakuum auffüllen könnte. Globalisierung und die Erosion staatlicher Macht bilden einen Problemhorizont, der es schwierig macht, sich auf historische Friedenssysteme zu beziehen. In der transnationalen westlichen Kultur- und Wertegemeinschaft sieht Howard allerdings einen tragenden Pfeiler der zukünftigen Friedensordnung.

Die Lektüre von Howards Essay macht dem Leser schnell klar, dass die reflexartigen Bewertungen, die anlässlich des bewaffneten Kosovo-Engagements der NATO in der deutschen Öffentlichkeit wieder auftauchten,

wenig geeignet sind, eine zukunftssträchtige politische Friedensidee zu entwerfen. Deutlich wird das erst recht, wenn man anschließend das neue Buch von Michael Ignatieff zur Hand nimmt. *Virtueller Krieg* lautet der Titel dieses Buches, in dem Ignatieff über die Hintergründe des Balkankonflikts und des Kosovokrieges berichtet. Als angesehener, für die BBC und das kanadische Fernsehen tätiger Journalist hatte er Zugang zu den Personen, die in diesem Konflikt eine wichtige Rolle spielten.

Er beschreibt die diplomatischen Bemühungen des amerikanischen Sonderbeauftragten Richard Holbrooke, die Leistungen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte Wesley Clark, die Ermittlungstätigkeit der Chefanklägerin des internationalen Kriegsverbrechertribunals Louise Arbour. Außerdem berichtet er über seine Erfahrungen in einem kosovarischen Flüchtlingslager und über das schwierige Verhältnis zu oppositionellen Freunden in Belgrad, insbesondere zu dem Schriftsteller Aleska Djilas.

Mit Hilfe der Geschichten, die sich um diese Personen und Orte drehen, zeichnet Ignatieff ein eindrucksvolles und spannendes Bild der komplexen Situation auf dem Balkan. Er lässt den Leser keinen Moment darüber in Zweifel, dass der Einsatz der NATO im Kosovo politisch und moralisch gerechtfertigt war. Das Hauptproblem im Hinblick auf die zukünftige Friedensordnung, das sich im Kosovokrieg darstellt, sieht Ignatieff in der Diskrepanz zwischen den hochmoralischen Ansprüchen des Westens und seinem begrenzten, zurückhaltenden militärischen Engagement. Was hält der Westen von den Menschenrechten, wenn er nicht bereit ist, das Leben seiner Soldaten für diese Ideale zu riskieren? In dieser Spannung zwischen Moral und Risiko ist das »Virtuelle« des Krieges zu verorten.

Der Kosovokrieg wurde aus 5000 Meter Höhe, unter Einsatz hochgezuchteter Präzisionswaffen und von einer Armee aus Spezialisten geführt. Das hat außen- wie innenpolitische Konsequenzen: In diesem

virtuellen Raum rechnen sich Diktatoren und Schurkenstaaten eine Chance aus, wodurch das Problem, dass man dann aus der Luft bekämpft, möglicherweise überhaupt erst entsteht. Wird der Westen seiner humanitären Moral folgen oder erscheint ihm das Risiko zu groß?

Man wird den westlichen Demokratien nicht vorwerfen wollen, dass sie zuerst an das Leben ihrer Soldaten denken. Wenn humanitäre Intervention an die Stelle nackter Selbstverteidigung tritt, kann der staatliche Souverän nicht umstandslos das Recht über das Leben seiner uniformierten Bürger beanspruchen. Vielmehr hat er sich zuerst um ihren maximalen Schutz zu kümmern. Denn die Soldaten riskieren ihr Leben nun für die Freiheit anderer Nationen. Aber gerade die neuen Motive westlicher Kriegführung erzeugen, was Ignatieff einen »virtuellen Krieg« nennt. Damit beschreibt er neue politische Paradoxien, denen man sich stellen muss.

Kriegskategorien müssten überprüft werden

Außerdem stellt sich die Frage, ob die westlichen Demokratien noch in der Lage sein werden, ihre Kriege zu kontrollieren. »Wenn der Krieg für die Bürger der modernen Demokratien unrealistisch wird, betrifft er sie dann noch so sehr, dass sie die in ihrem Namen ausgeübte Gewalt einschränken und kontrollieren wollen?«

Wer denkt, er könnte nach dem Kosovokrieg wieder zur Tagesordnung übergehen, der wird von Ignatieff eines Besseren belehrt. Die Fragen, die er aufwirft, lassen zu dem von Konrad Paul Liessmann herausgegebenen Sammelband greifen, der im Untertitel zum *Nachdenken über den Krieg* aufruft. Das Buch heißt *Der Vater aller Dinge* und es versammelt Beiträge einer 2000 in Lech am Arlberg durchgeführten Tagung.

Der Politologe Herfried Münkler aus Berlin entfaltet das Panorama des Verhältnisses von Politik und Krieg in der Moderne und versucht die Rückkehr der Theorie des »gerech-

ten Kriegen« im 21. Jahrhundert zu verstehen. Die Wiener Philosophin Herlinde Pauer-Studer analysiert die *Ethik des gerechten Krieges*. Sie gelangt dabei zu dem Schluss, dass man dem humanitären Motiv zur Kriegführung in Zukunft nicht entkommen wird. »Die Parameter des Moralischen sind unentrinnbar: Selbst wenn wir ihr Versagen beklagen oder das angebliche Unheil, das sie bringen, verdammen, so entlässt uns das dahinterstehende Argument nicht aus der Sphäre des Normativen.«

Richard Swartz, Journalist aus Stockholm, dagegen erzählt die Geschichte seiner Familie aus dem Dorf Sovinjak in Istrien/Kroatien. Es gelingt ihm, eine nachdrückliche Vorstellung davon zu vermitteln, wie der Bürgerkrieg ganz unten, d.h. in den Dörfern funktioniert. Der Hass zwischen den verschiedenen kulturellen Gemeinschaften im ehemaligen Jugoslawien ist nicht Ursache, sondern Folge eines systematisch ins Land getragenen Bürgerkrieges. »Die Balkankriege sind den südslawischen Völkern [...] durch eine politische Klasse (neu oder alt) von oben aufgezwungen worden, die nach dem Fall des Kommunismus eine neue Legitimität brauchte.«

Die drei Bücher zeigen: Über die politische Bedeutung des Kosovokrieges, über die Friedensordnung des 21. Jahrhunderts muss – insbesondere in Deutschland – noch mehr debattiert werden. Wir müssen dringend die Kategorien unseres Diskurses über Krieg und Frieden überprüfen.

Howard, Michael: *Die Erfindung des Krieges. Über den Krieg und die Ordnung der Welt*. ZU KLAMPEN VERLAG, Lüneburg 2001, 112 S., DM 29,80 / EUR 15,24.

Ignatieff, Michael: *Virtueller Krieg. Kosovo und die Folgen*. ROTBUCH VERLAG, Hamburg 2001, 232 S., DM 34,00 / EUR 17,38.

Liessmann, Konrad Paul, Hg: *Der Vater aller Dinge. Nachdenken über den Krieg*. Wien: PAUL ZSOLNAY VERLAG, DM 35,00 / EUR 17,90.

JOHANO STRASSER **Die Revolution hält nicht, was sie verspricht** Bilanz eines frustrierten Sandinisten

Ich erinnere mich noch gut an das Glück, das ich empfand, als ich im Fernsehen die Bilder sah: junge Guerilleros, die meisten jünger als ich, mit lachenden Gesichtern, die auf Lastwagen durch die Straßen von Managua fahren, jubelnd begrüßt von der Bevölkerung. Und der blutrünstige Diktator im Exil in Miami, der sich larmoyant darüber beklagt, dass ihn seine amerikanischen Freunde im Stich gelassen haben. Über zwanzig Jahr ist es her, dieses Bloch'sche »Gelingen«, das überall auf der Welt die Linke mit neuer Hoffnung erfüllte.

Schon bald nach dem Sieg der Sandinisten besuchte ich mit Günter Grass und Franz Alt das neue von der Diktatur befreite Nicaragua. Ernesto Cardenal hatte uns eingeladen. Wir blieben vierzehn Tage, fuhren durch das ganze Land, führten Gespräche, sondierten Hilfsmöglichkeiten. Wir lernten die neue Führung des Landes kennen, die *Comandantes*, unter ihnen so bewundernswerte Frauen wie Dora Maria Telles, Tomás Borge, die Brüder Daniel und Humberto Ortega und Sergio Ramírez.

Schon damals war uns klar, dass nicht alle der führenden Sandinisten es mit der Demokratie so ernst meinten, wie wir es erhofften. Untergrundkampf, Gefängnis und Folter – am Beispiel von Tomás Borge konnten wir es studieren – macht aus Menschen selten Demokraten. Und als dann unter dem neuen Präsidenten Reagan die USA auf Konfrontationskurs gingen und die Contra unterstützten, spielten sie denjenigen in der breiten Koalition der Sandinisten in die Hände, die mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz ohnehin nicht viel anzufangen wussten.

Der Schriftsteller Sergio Ramírez, eine der wichtigsten Figuren der Sandinistischen Revolution, hat in seinem neuesten Buch den

Triumph und den Niedergang der revolutionären Volksbewegung in Nicaragua nachgezeichnet. *Adios, Muchachos!* ist eine zugleich wehmütige und kritische Erinnerung an eine Revolution, die wie so viele Revolutionen nicht zu halten vermochte, was sie versprach.

Ramírez, der 1994 mit der Sandinistischen Partei brach, versucht zu erklären, wie es dazu kam, dass eine ursprünglich von allen Schichten des Volkes getragene Befreiungsbewegung mehr und mehr die Unterstützung der Menschen verlor und – wenig mehr als zehn Jahre nach ihrem unvergleichlichen Triumph – schließlich mit deutlicher Mehrheit abgewählt wurde.

Natürlichkennt Ramírez nicht den Anteil, den die aggressive Politik der USA daran hat, dass den Sandinisten der Übergang von der militärischen Organisation des Untergrunds zur zivilen Organisation eines befreiten Landes nicht gelang. Aber diese richtige Erkenntnis gerät ihm nicht zur Ausrede für das Versagen der Sandinisten. Offen spricht Ramírez über Dogmatismus und mangelnde Professionalität, über die Borniertheit und Lebensferne sandinistischer Kader, über Caudillo-Allüren und Intrigen, Machtmissbrauch und Nepotismus in den eigenen Reihen.

Neben dem Bürgerkrieg, der die Ressourcen des armen Landes verschlang, ist es nach Ramírez vor allem das System der »Doppelherrschaft« von Sandinistischer Partei und staatlichen Organen, das eine vernünftige Politik im Interesse der Menschen immer wieder behinderte und das Land am Ende in Chaos und erneutes Elend stürzte, aus dem es sich bis heute nicht hat befreien können.

War also alles umsonst, der jahrelange Kampf gegen die Diktatur der Somozas, die Leiden des Volkes, die vielen Opfer? Am Ende des Buches berichtet der Autor von seiner Begegnung mit einer jungen Frau, deren Mutter in den Kämpfen gegen das Somoza-Regime gefallen ist. Was sie über ihre Mutter sagt, ist als Summe des Buches von beun-

ruhigender Ambivalenz: »...die Ergebnisse und die Folgen zählen nicht, was zählt, ist ihr Ideal ... vor allem in dieser Zeit ohne Ideale.«

Sergio Ramírez, *Adios, Muchachos! Eine Erinnerung an die sandinistische Revolution*, PETER HAMMER VERLAG, Wuppertal 2001, DM 35,00.

ULRICH ROSENBAUM

Nur ein neugieriger Journalist ist ein guter Journalist

Hubertus Knabes Stasi-Report verdächtigt linksliberale Medien

Er mag »jeden toten Journalisten«, sagt er. Denn der kann keine einstweilige Verfügung mehr gegen ihn anstrengen. Er habe es in vielen Fällen vermieden, die Betroffenen zu befragen, bekennt er freimütig. Ihm sei es darum gegangen, geheimes Material ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, das der Normalbürger nur mit geschwärzten Namen zu sehen bekomme. Er kokettiert mit seinem Vornamen: »Hubertus, der Schutzpatron der Jäger.« Dann berichtet er, dass es aus dem Hause Springer besorgte Anfragen gegeben habe. Dabei hatte der Verlagsleiter des PROPYLÄEN-VERLAGS zuvor prophylaktisch versichert, dass das Mutterhaus nicht den geringsten Einfluss auf die Publikation ausgeübt habe.

Ein seltsamer Knabe. Als der Mann sein Buch *Der diskrete Charme der DDR* vorstellt, ist schon viel darüber geschrieben worden. Die Stasiunterlagen-Behörde, in dessen Diensten Hubertus Knabe bis zum vorigen Jahr stand, hatte von ihm verlangt, das Manuskript vor der Veröffentlichung zur Prüfung vorzulegen und die eine oder andere Stelle beanstandet. Der STERN und sein einstiger Chefredakteur Manfred Bissinger waren beim Landgericht Hamburg gegen die Veröffentlichung vorgegangen. Der Verlag musste einige Passagen tilgen, zum Beispiel jene, in der unterstellt wurde, die DDR habe 1967 bei einem STERN-Artikel

Berlin, April 2001:
Hubertus Knabe mit
seinem »spröden
Werk« in der SFB-
Talkshow »Alex«.

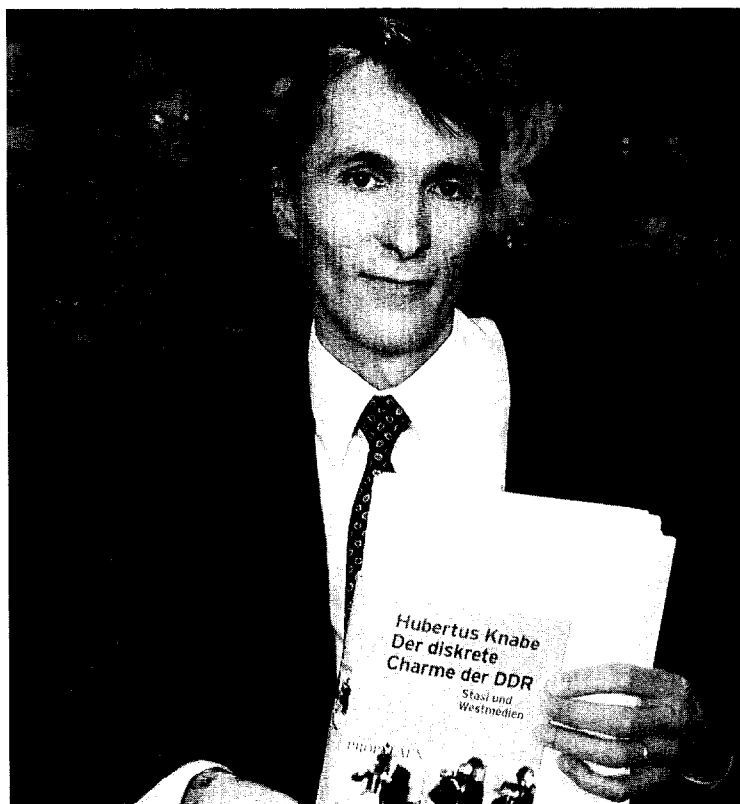


Foto: dpa

über Axel Springer die Finger im Spiel gehabt. Knabe hatte seine Stellung als Mitarbeiter der Forschungsabteilung dazu genutzt, Material für Artikel und Bücher wie zuvor schon für *Die unterwanderte Republik* zu sammeln. Heute leitet er die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Höhenschönhausen und erzählt von den ehemaligen Gefangenen, die ihn in dunklen Stunden immer wieder ermuntern: »Lassen Sie sich nicht beirren, Herr Knabe!«

Wenn man es nicht besser wüsste, möchte man meinen, er sei ein ehemaliger Dissident, ein Verfolgter des DDR-Regimes, der sich irgendwie immer noch verfolgt fühlt. Weit gefehlt. Der 1959 in Unna geborene Sohn des GRÜNEN-Mitbegründers Wilhelm Knabe war in den 80er Jahren GRÜNEN-Sprecher in Bremen und an der dortigen Universität tätig. Darüber erfährt der Leser nichts, und so bleibt er ratlos, was die ausführliche Schilderung der

Tätigkeit des Stasi-IM Wolfgang Schmitz, Pressesprecher der Universität Bremen, in diesem Buch zu suchen hat. Der Untertitel lautet *Stasi und Westmedien*, doch Knabe kann es nicht lassen, noch einige Abrechnungen, die in seinem vorigen Buch fehlten, nachzureichen, auch wenn es nur am Rande um Medien geht. Das gilt auch für den Fall des ehemaligen Bonner SPD-Funktionärs Rudolf Maerker, der sich zwar »Journalist« nannte, aber als Partei-Mitarbeiter tätig war.

Am Anfang des Buches steht eine Auseinandersetzung mit dem STERN. Schon wenige Monate nach dem 13. August 1961 hatte die Illustrierte versucht, wenigstens publizistisch die Mauer zu überwinden. Es begann mit einem Interview mit Walter Ulbricht. Natürlich sagte der SED-Chef das, was er sagen wollte. Aber es war, und das hat der damals erst zwei Jahre alte Autor offenbar nie begriffen, ein Hoffnungsschimmer in einer Zeit der Sprach-

losigkeit. Für ihn steht eine Stasi-gesteuerte Strategie dahinter: »Nicht mehr die kleinen kommunistischen Postillen im Westen sollten Werbung für den Sozialismus machen, sondern die großen Blätter der Bundesrepublik.«

Darauf baut er mit nahezu paranoider Akribie seine Story von den Hamburger Journalisten auf, die sich ihre Artikel von der Stasi in die Feder diktieren ließen. Zum Beispiel im Fall des »kz-Baumeisters« Heinrich Lübke. Pech nur für Knabe, dass der Vorwurf gegen den Bundespräsidenten der 60er Jahre gerade erst durch neuere Forschungen, die seine Rolle in Peenemünde aufdecken, bestätigt wurde. Knabe übersieht, dass die deutsche Teilung auch zur Folge hatte, dass ein großer Teil zeitgeschichtlicher Dokumente unzugänglich in der DDR lagerte. Keine Frage: Das SED-Regime hat dieses Material in ihrem Sinne genutzt. Niemand war beim STERN so naiv, das politische Interesse zu übersehen. Das Material wurde kritisch gesichtet. Der damalige Politik-Ressortleiter Gerhard Gründler hat diesen Vorgang auf seiner Internetseite www.gerdgruendler.de beschrieben.

Dort findet sich auch ein Brief an Knabe, der nie beantwortet wurde. Er passte wohl nicht in sein vorgefertigtes Weltbild. Der Grundvorwurf, den man Knabe machen muss: In seinem Eifer, alles Linke und Links-liberale zu diffamieren, hat er nicht begriffen, dass nur ein neugieriger Journalist ein guter Journalist ist. Henri Nannen hatte das Motto der NEW YORK TIMES »All the news that's fit to print« über seinem Schreibtisch hängen. Der andere Grundvorwurf, den man Knabe nicht ersparen kann: Obwohl er doch selber die Zeit der Teilung miterlebt hat, ignoriert er ihre damalige Ausweglosigkeit. Geglaubt haben mögen ja manche, dass Deutschland eines fernen Tages wieder vereinigt sein würde. Damit rechnen aber konnte bis zum Sommer 1989 niemand. Unter den Journalisten, die damals Kontakte zur DDR unterhielten oder aus ihr berichteten, waren auch manche wie Dettmar Cramer, die sich selber als Mittler verstanden.

Dass die Stasi darüber Buch führte, zum Beispiel wenn Branchenklatsch zur Sprache kam, wissen wir erst heute. Für Knabe ist das am Rande des Landesverrats. Und unbekümmert mixt er die journalistischen Grenzgänger zusammen mit den kleinen, miesen Agenten in West-Medien, die dafür von der Stasi entlohnt wurden oder es nur aus politischer Überzeugung taten. Übrigens waren es, wie Knabe eingestehen muss, ganze 36 an der Zahl. Wo er nichts beweisen kann, verweist er auf die unvollständige Aktenlage und lässt schlimmen Verdacht im Raum stehen.

Man merkt die Absicht spätestens dann, wenn Knabe die Anti-Springer-Bewegung der 60er und 70er als Werk der Stasi darstellt. Er ignoriert die Ursache der Proteste, die in der maßlosen Hatz der Springer-Blätter gegen den aufgeklärten Teil der Gesellschaft lag. Dabei brauchte es gewiss nicht des Einflusses der DDR und ihrer Einflussagenten, dass sich die Studenten dagegen erhoben und »Enteignet Springer!« riefen. Die Vorabdrucke dieser Passagen in Springer-Zeitungen haben gezeigt, dass Knabes Dienste beim Auftraggeber Wohlgefallen gefunden haben. Immerhin muss man ihm zu Gute halten, dass er auch »Die taz als Feindobjekt« dokumentiert.

Nicht, dass Knabes im Großen und Ganzen sprödes Werk nicht gelegentlich auch spannend zu lesen wäre. Aber die wirklich spektakulären Fälle wie die des SPIEGEL-Redakteurs Diethelm Schröder, des NPD-Vorstandsmitglieds Lutz Küche (der übrigens trotz dieser Vergangenheit erst vom Zeitschriftenverleger-Verband und dann vom RHEINISCHEN MERKUR beschäftigt wurde) oder des DEUTSCHE WELLE-Korrespondenten Karl-Heinz Maier sind alle nicht neu. Als Knabe sein Buch vorstellt, ahnt er schon, dass es kein Bestseller werden dürfte. Kein Wunder, haben es die Springer-Blätter doch schon gnadenlos ausgeschlachtet. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Hubertus Knabe: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. PROPYLÄEN-VERLAG, Berlin 2001, 504 S., DM 49,90.

Autorinnen und Autoren

Klaus Faber, geb. 1940, früherer Staatssekretär im Kultusministerium von Sachsen-Anhalt.

Claudia Gliemann, geb. 1973, ist FES-Stipendiatin und promoviert über Dan Graham und Peter Eisenman.

Manfred Güllner, geb. 1941, Geschäftsführer von FORSA in Köln und Berlin.

Jochen Hörisch, geb. 1951, Professor für Neuere Deutsche Literatur und Qualitative Medienanalyse an der Universität Mannheim.

Dorothee Knab, geb. 1963, lebt als freie Autorin in Berlin.

Thomas Lazar, geb. 1965, ist Biologe am MAX-PLANCK-INSTITUT in Göttingen.

Birgit Mahnkopf, geb. 1950, Professorin an der FACHHOCHSCHULE FÜR WIRTSCHAFT Berlin.

Franz Nuscheler, geb. 1938, Direktor des INSTITUTS FÜR ENTWICKLUNG UND FRIEDEN (INEF) in Duisburg.

Jochen Rack, geb. 1963, lebt als freier Autor und Kritiker in München.

Unser Dezember-Heft beschäftigt sich mit dem Thema »**Grenzen der Erinnerung**«.

Mit Texten von Klaus Harpprecht, Peter Brandt, Stefan Wolle u. a. Zu seinem 100. Geburtstag porträtiert Katharina Lehmann André Malraux.

Harry Ristock, 1928-1991, war führender linker Sozialdemokrat und Berliner Bausenator von 1975-81.

Ulrich Rosenbaum, geb. 1945, Berliner Korrespondent der HAMBURGER MORGENPOST.

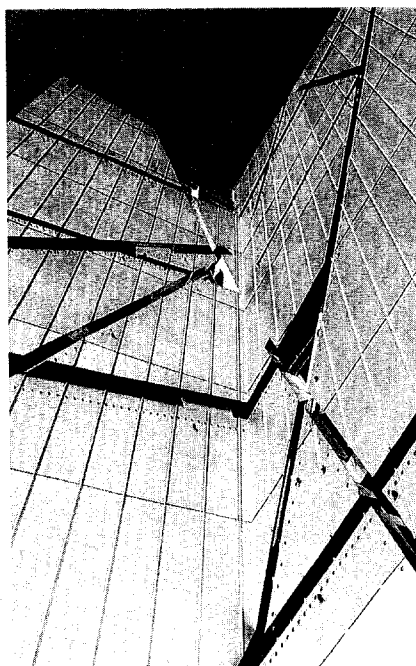
Jochen Thies, geb. 1944, Sonderkorrespondent des DEUTSCHLANDRADIO Berlin.

Heinz Thörmer, geb. 1948, freier Publizist, früherer Referent in der Niedersächsischen Staatskanzlei.

Oliver Thränert, geb. 1959, STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK in Berlin.

Karsten D. Voigt, geb. 1940, Koordinator für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt.

Ludwig Watzal, geb. 1950, Redakteur der PARLAMENTS-Beilage AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE.



Neues jüdisches Museum, Berlin.

Foto: Stephan Falk

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)*
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistenz)
Elke Schubert (Berliner Facetten)

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Wieland Freund, Rainer Münz, Hans-Joachim Schabedoth, Burkhard Reichert, Uli Schöler, Dierk Spreen, Tina Stadlmayer und Johano Strasser*

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Gottfried Erb, Iring Fetscher, Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen, Norbert Greinacher, Tomas Kosta, Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer, Susanne Miller, Siegmars Mosdorf, Peter von Oertzen, Richard Schröder, Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel*

Anschrift der Redaktion *c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin*
Hiroshimastraße 17 10785 Berlin
Telefon 030 / 26 93 58 18-21
Telefax 030 / 26 93 58 55
www.frankfurter-hefte.de

Verlag und Anzeigenverwaltung *Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH*
In der Raste 2 53129 Bonn
Telefon 02 28 / 23 80 83
Telefax 02 28 / 23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 27 vom 1.1.2000

Anzeigenverwaltung:
Susanna Weineck

Umschlag- und Innenkonzept
Groothuis + Malsy, Bremen

Satz und Lithografie: Maenen Kommunikation GmbH, Köln
Druck und Verarbeitung: satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft DM 14,80/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus;
Doppelheft DM 29,60/sFr 29,60/öS 216,00 frei Haus;
Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12). ÖS = empfohlener Richtpreis
In den Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.